Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

1. Juni 1981 Nr. 23 Preis 1 DM D 21060 C

Ein Hoch der Barbarei

Um mehr als nur um die Staatsfinanzen geht es bei den Entscheidungen zum Bundeshaushalt

frb. Von der Notwendigkeit eines Haushaltssicherungsgesetzes wird nun ganz offen gesprochen. Makulatur ist heute, was noch zu Jahresbeginn ,,bester Erkenntnisstand" des Finanzministers. War schon im vergangenen Jahr das Ziel, daß ,,die Finanzierungsdefizite unter denen des Jahres 1979 gehalten werden sollten", weit verfehlt worden, und dies bei allen öffentlichen Haushalten, so sieht es dieses Jahr noch schlechter aus. Statt um 27 Mrd. DM werden die Schulden nun um 34 Mrd. DM zunehmen. Vorbei die traumtänzerische Ankündigung, die Neuverschuldung künftig Jahr für Jahr zurückzuführen. Die Zinsausgaben entwickeln mittlerweile die größte Dynamik unter allen Posten und sind selbst die sicherste Basis dafür, daß die Verschuldung immer rascher steigt. Just die Hälfte der diesjährigen Neuverschuldung geht sogleich als Zins an jene zurück, die – Folge ihrer Unterbesteuerung – an den Staat Geld verliehen haben.

So mußten denn, nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß, die Experten der Regierungsparteien eingestehen, ein haushaltspolitischer Spielraum sei faktisch nicht mehr gegeben. ,,Kürzungen auf der geltenden gesetzlichen Grundlage sind in nennenswerter Höhe nicht mehr zu erbringen." Eine Rückgewinnung der Handlungsfähigkeit sei nur dann möglich, wenn die Haushaltsstrukturen selbst verändert würden. So stehe die Aufgabe für die Beratung des Haushalts 1982

frb. Von der Notwendigkeit eines Haushaltssicherungsgesetzes wird nun ganz offen gesprochen. Makulatur ist heute, was noch zu Jahresbeginn ,,bester Erkenntnisstand" des Finanzministers. War schon im vergangenen Jahr das Ziel, daß ,,die Finanzierungsdefizite unter denen des Jahres 1979 gehalten werden sollten", weit verfehlt worden, und dies bei allen öffentlichen Haushalten, so sieht es dieses Jahr noch schlechter aus. Statt um 27 Mrd. DM werden die Schulden nun um 34 Mrd. DM zunehmen. Vorbei die traumtänzerische Ankündigung, die Neuverschuldung künftig Jahr für Jahr zurückzuführen. Die Zinsausgaben entwickeln mittlerweile die größte Dynamik unter allen Posten und sind selbst die sicherste Basis dafür, daß die Verschuldung immer rascher steigt. Just die Hälfte der diesjährigen Neuverschuldung geht sogleich als Zins an jene zurück, die – Folge ihrer Unterbesteuerung – an den Staat Geld verliehen haben.

So mußten denn, nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß, die Experten der Regierungsparteien eingestehen, ein haushaltspolitischer Spielraum sei faktisch nicht mehr gegeben. ,,Kürzungen auf der geltenden gesetzlichen Grundlage sind in nennenswerter Höhe nicht mehr zu erbringen." Eine Rückgewinnung der Handlungsfähigkeit sei nur dann möglich, wenn die Haushaltsstrukturen selbst verändert würden. So stehe die Aufgabe für die Beratung des Haushalts 1982
– und in der Tat sprießen die Vorschläge hierzu allenthalben.

,,Alle werden schließlich zahlen müssen", lautet das Motto (wobei *einige* allerdings etwas bekommen sollen), und ,,Die Zeit" schreibt, ,,wenn nicht durch Beschluß der gegenwärtigen Bundesregierung, dann eben über kurz oder lang auf Weisung eines anders gefärbten Kabinetts oder gar eines ganz anders zusammengesetzten Parlaments".

Mit ,,Sanierung der Staatsfinanzen" ist nur schlecht umschrieben, um was es hier geht. Immerhin geht es um eine Weichenstellung für die Zukunft der Gesellschaft. Nicht nur Erhöhung der Militärausgaben zu Lasten des Sozialhaushalts oder Steuererhöhungen stehen zur Debatte. Nur schlecht kann gespielte Heuchelei und billiger Vorwand (von wegen Beseitigung von Mißbrauch usw.) verdecken, daß, was als Staatsausgaben im weitesten Sinne zählt, in Privatbesitz des Kapitals überführt werden soll. ,,Staatsverbrauch" soll Konsum der Kapitalisten, Staatsausgaben sollen Investitionsausgaben werden.

,,Staat und Gesellschaft sollten sich auf die Eigenverantwortung des Menschen für seine Lebensführung rückbesinnen", schreibt Rainer Nahrendorf im ,,Handelsblatt", ,,das Solidaritätsprinzip darf das Prinzip der Subsidiarität nicht länger überwuchern". Und flugs ist er bei der Kürzung des Arbeitslosengeldes, die die FDP fordert.

Subsidiarität bedeutet, daß der Staat nur einspringen solle, wo die Eigenhilfe versage. Es ist das Prinzip der Armenfürsorge, das den Besitzlosen der gnädigen Laune des Reichtums ausliefert. Die Frage steht, ob die gesetzlichen Schranken, die die Solidarität der Arbeiter der Allmacht des Kapitals gesetzt hat, sich durchsetzen, oder ob der Arbeiter dem Kapital auf dem Arbeitsmarkt feilgeboten wird als vereinzeltes Individuum, für das *alles* daran hängt, überhaupt einen Käufer seiner Arbeitskraft zu finden. Und es geht darum, ob jene Teile der Reproduktion, die Anerkennung als gesellschaftliche Angelegenheit gefunden haben, wieder zurückversetzt werden in den Rang der Privatangelegenheit.

Die ,,Staatsquote" umfaßt heute rund 47% des Bruttosozialprodukts, wobei die Ausgaben der Gebietskörperschaften 32% und die Ausgaben der Sozialversicherung 15% ausmachen. Allein die Transferzahlungen an private Haushalte beliefen sich 1980 auf 232 Mrd. DM, rund 9400 DM je Haushalt oder ¼ des verfügbaren Einkommens im Durchschnitt. Es sind dies Renten, Kindergeld, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Sozialhilfe usw. Neue Abhängigkeiten wurden hier geschaffen, die Grundlage für allerhand Schikanen und Lohnprellerei gelegt, wesentlich aber finden sich hier Voraussetzungen, die die ,,Lebensführung" dem Zufall des Schicksals entreißen und ihre gesellschaftliche Verwirklichung, damit auch die Entfaltung des Individuums erst möglich machen.

Was heute als ,,Abbruch des Sozial- und Subventionsstaats" serviert wird, oder feiner ausgedrückt als ,,Eingriffe in vorhandene Leistungsgesetze" firmiert, ist in Wirklichkeit der Versuch des Rückschritts in Richtung jener Barbarei, in der die Krankheit das persönliche Pech und die Versorgung Arbeitsunfähiger, Alter und Arbeitsloser Familienangelegenheit war. Karl Marx hat die englische Fabrikgesetzgebung, mit der dem nach Aneignung von Mehrarbeit jagenden Kapital erstmals notdürftige Beschränkungen abgerun-

kennung als gesellschaftliche Angelegenheit gefunden haben, wieder zurückversetzt werden in den Rang der Privatangelegenheit.

Die ,,Staatsquote" umfaßt heute rund 47% des Bruttosozialprodukts, wobei die Ausgaben der Gebietskörperschaften 32% und die Ausgaben der Sozialversicherung 15% ausmachen. Allein die Transferzahlungen an private Haushalte beliefen sich 1980 auf 232 Mrd. DM, rund 9400 DM je Haushalt oder ¼ des verfügbaren Einkommens im Durchschnitt. Es sind dies Renten, Kindergeld, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Sozialhilfe usw. Neue Abhängigkeiten wurden hier geschaffen, die Grundlage für allerhand Schikanen und Lohnprellerei gelegt, wesentlich aber finden sich hier Voraussetzungen, die die ,,Lebensführung" dem Zufall des Schicksals entreißen und ihre gesellschaftliche Verwirklichung, damit auch die Entfaltung des Individuums erst möglich machen.

Was heute als ,,Abbruch des Sozial- und Subventionsstaats" serviert wird, oder feiner ausgedrückt als ,,Eingriffe in vorhandene Leistungsgesetze" firmiert, ist in Wirklichkeit der Versuch des Rückschritts in Richtung jener Barbarei, in der die Krankheit das persönliche Pech und die Versorgung Arbeitsunfähiger, Alter und Arbeitsloser Familienangelegenheit war. Karl Marx hat die englische Fabrikgesetzgebung, mit der dem nach Aneignung von Mehrarbeit jagenden Kapital erstmals notdürftige Beschränkungen abgerun-
gen worden waren, die ,,erste bewußte planmäßige Einwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses" genannt. Diese ,,bewußte planmäßige Einwirkung der Gesellschaft", deren weitere Entwicklung das Kapital nicht hat aufhalten können, steht nun auf der Abschußliste.

Das Kapital ist nicht besser geworden. Wirtschaftliche Umstände, für die niemand könne, erzwingen das Opfer aller, heißt es. Tabu die Frage nach der Entwicklungsgeschichte dieser Umstände, tabu die Frage nach den Grundlagen einer Wirtschaft, die sich die Gesellschaft zum Spielball macht, doch klar die Lösung: Der Lohn hat zu *sinken* bis auf einen Punkt, da sich die Profitrate wieder auf ein Niveau *erheben* kann, das die Akkumulation des zusätzlich produzierten Werts seinem Eigentümer schmackhaft macht. Dazu muß der Arbeiter jeden Schutzes beraubt werden. Es ist das naturwüchsige allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, das sich hier den Respekt der Gesellschaft erpreßt.

Daher der Hinweis der seriösen ,,Zeit", ohne Verletzung der ,,sozialen Symmetrie" seien die ,,gewaltigen Strukturprobleme unserer Wirtschaft, die ja die Krise der Staatsfinanzen mitverursacht haben", nicht zu lösen. ,,Diejenigen, die Geld besitzen, müssen ermuntert werden, zusätzlich zu investieren; das aber setzt Einkommensverzichte der vielen anderen voraus." Da endlich liegt der Hase im Pfeffer, den Hans-Dietrich Genscher so umschreibt, bei der notwendigen Lastenverteilung seien vor allem die Leistungskräfte und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu berücksichtigen. Und wo alles ,,Staatliche" sonst suspekt, hierbei darf ruhig staatlich nachgeholfen werden. (s. auch S. 9)



Neue Hinweise über eine direkte Beteiligung der Guardia Civil an dem Geiselüberfall auf die Zentralbank in Barcelona wurden am Wochenende bekannt. Eine spanische Zeitung veröffentlichte Tonbandaufnahmen der Verhandlungen zwischen den Geiselnehmern und dem Polizeichef. Mehrfach appellierte jener dabei an den ,,patriotische Ehre" der Geiselnehmer und erinnerte sie an ihren Fahneneid. Mit dem Überfall hatten Offiziere freigepreßt werden sollen, die nach dem Putschversuch vom 23. Februar inhaftiert wurden.

Dagegen kam Klose nicht an

Kapitalinteressen gingen vor Parteimehrheiten

cld.Hamburg. Am letzten Montag ist der Hamburger Bürgermeister Klose zurückgetreten. Er ist nicht zurückgetreten, weil er für seine Politik keine Mehrheit gehabt hätte. In der entscheidenden Frage des Baus des Kernkraftwerkes Brokdorf hatte Klose unter den Massen, in der Partei und in der SPD-

und da Klose nicht in der Lage war, die Bewegung zu spalten und zu schwächen, war er für sie überfällig.

Als erstes haben sie ihn gezwungen, Fahning, Chef der Hamburgischen Landesbank, bei der der Senat mit 9 Mrd. DM in der Kreide steht, zum neu-



Neue Hinweise über eine direkte Beteiligung der Guardia Civil an dem Geiselüberfall auf die Zentralbank in Barcelona wurden am Wochenende bekannt. Eine spanische Zeitung veröffentlichte Tonbandaufnahmen der Verhandlungen zwischen den Geiselnehmern und dem Polizeichef. Mehrfach appellierte jener dabei an den ,,patriotische Ehre" der Geiselnehmer und erinnerte sie an ihren Fahneneid. Mit dem Überfall hatten Offiziere freigepreßt werden sollen, die nach dem Putschversuch vom 23. Februar inhaftiert wurden.

Dagegen kam Klose nicht an

Kapitalinteressen gingen vor Parteimehrheiten

cld.Hamburg. Am letzten Montag ist der Hamburger Bürgermeister Klose zurückgetreten. Er ist nicht zurückgetreten, weil er für seine Politik keine Mehrheit gehabt hätte. In der entscheidenden Frage des Baus des Kernkraftwerkes Brokdorf hatte Klose unter den Massen, in der Partei und in der SPD-
Fraktion eine Mehrheit. Nur der SPD-Landesvorstand in seiner Mehrheit und die Kapitalisten waren für den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf, mit Unterstützung der Bundesregierung. Diese hat sich dann auch nicht besonders überrascht von dem Rücktritt Kloses gezeigt. Trotzdem mußte Klose zurücktreten.

In den Bürgerschaftswahlen 1978 hatte Klose für die SPD die absolute Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft errungen und war unumstrittener Wahlsieger in der SPD. Er war Bürgermeister geworden, als es in der Krise 74/75 darum ging, Einsparungen in der durch den Staat unterhaltenen allgemeinen Reproduktion der Massen an den Schulen, an Kindergärten etc. durchzusetzen und gleichzeitig für die Kapitalisten Gelder für Investitionen bereitzustellen. Dabei hatte er sich bewährt. In der Zeit des Aufschwungs und der politischen Entspannung haben trotzdem viele ihre Hoffnungen in einen Wahlsieg der SPD und vor allem Kloses gesetzt. Sie wurden nicht enttäuscht. Klose entwickelte sich vom SPD-Rechten zum SPD-Linken. Er wandte sich gegen den Extremistenbeschluß und kritisierte die Unterstützung der Kapitalisten durch den Staat. Anfang dieses Jahres sprach er sich öffentlich gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf aus. Er hatte die Unterstützung des SPD-Landesparteitages und setzte einen entsprechenden Senatsbeschluß durch. Das hat der Bewegung gegen die Kernernergie Bewegungsspielraum gegeben und hat mit zum Erfolg der Brokdorfdemonstration beigetragen. Auf Kloses Mahnungen, den Rechtsstaat zu achten und nicht gegen das BVG-Urteil zu handeln, hat sie sich nicht einengen lassen. Die Kapitalisten haben daraufhin gehandelt. Die Kernenergie brauchen sie,

und da Klose nicht in der Lage war, die Bewegung zu spalten und zu schwächen, war er für sie überfällig.

Als erstes haben sie ihn gezwungen, Fahning, Chef der Hamburgischen Landesbank, bei der der Senat mit 9 Mrd. DM in der Kreide steht, zum neu-
en Aufsichtsratsvorsitzenden der HEW vorzuschlagen. Die HEW und die Handelskammer haben dann erklärt, daß das AKW Brokdorf auf jeden Fall gebaut würde. Auch der Senat als Mehrheitsaktionär könne daran nichts ändern. Damit war Kloses Politik gegen das AKW Brokdorf gescheitert. Die Rechten in der SPD, Landesvorsitzender Staak und Fraktionschef Hartmann, haben Klose dann erklärt, daß bei einer Abstimmung über einen Antrag der CDU in der Bürgerschaft zu Gunsten von Brokdorf, sich eine Reihe von Abgeordneten, gegen den Willen der Mehrheit der SPD, der Stimme enthalten würden. Damit wäre der Antrag durchgekommen, Klose wäre gescheitert.

Außerdem wurde in der Presse unverholen gedroht, die Beteiligung der SAGA an einem Bauskandal im Iran zu einer Neuauflage der Garski-Affäre zu machen.

In der SPD, vor allem bei der Jusos, aber auch bei den Frauen in den SPD, die ihn erst vor einem Monat als Bürgermeisterkandidaten unterstützt haben, gibt es eine Bewegung zur Unterstützung von Klose und zum Sturz der SPD-Rechten, wozu auch einige Gewerkschaftsführer, wie Schnelle, Ortsvorsitzender Harburg, gehören. Ob sie Erfolg haben und eine linke SPD-Mehrheit im Vorstand durchsetzen können, ist noch offen. Die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung kann darauf nicht setzen. Klose tritt zwar gegen das AKW Brokdorf auf, aber nicht für die Stillegung von Stade, Brunsbüttel und Krümmel. Er ist verantwortlich für die Durchsetzung neuer Sparmaßnahmen, die vor allem bei der Schließung von 105 Schulen in Hamburg zu heftigem Widerstand der Massen geführt haben.

Stefan Wyszynski, Primas von Polen

gek. Der Verkehr stand für Minuten still am Donnerstag früh, in den Fabriken ruhte die Arbeit, die Nation gedachte des Toten, Stefan Wyszynski, *Primas von Polen.*

Primas von Polen – das war in der polnischen Geschichte das Haupt der Nationalkirche, das an die Spitze des Landes trat, wenn kein Wahlkönig gefunden war oder Kriegswirren herrschten. In den langen Zeiten der Vernichtung des polnischen Staates war diese Kirche der eine, unzerstörbare, letzte Rückhalt der Nation. Und hat dabei Züge einer Volkskirche bewahrt, wie sonst nirgendwo in Europa. Zuletzt im Widerstand gegen die faschistische deutsche Okkupation, in dem Wyszynski, wie tausende anderer Priester, seine Rolle gespielt hat. Und dann in der Nachkriegsperiode.

Welche Rolle hat er, 1948 zum Primas gewählt, gespielt? Wyszynski war der Sohn eines Dorfschullehrers, und die Bauern-Intelligenz, das eben waren die Priester in Polen. Einer Bauernschaft, die im Kampf um die Land-Reform stand und dennoch rasch proletarisiert wurde. Wyszynski wurde in den 20er und 30er Jahren Arbeiterpriester, später Dozent für Kirchenrecht und Sozialwissenschaften. Als Primas der Kirche ist er – konservativ in Fragen von Familie und Moral – doch nie für eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen aufgetreten, im Gegenteil: die gesellschaftliche Umwälzung in Polen sei nötig gewesen – *und weiter nötig.*

Vor allem in den 70er Jahren ist unter seiner Führung die polnische Kirche zum weiten Schutzdach der demokratischen und sich neu entwickelnden Arbeiterbewegung geworden. Man muß

Nationalkirche, das an die Spitze des Landes trat, wenn kein Wahlkönig gefunden war oder Kriegswirren herrschten. In den langen Zeiten der Vernichtung des polnischen Staates war diese Kirche der eine, unzerstörbare, letzte Rückhalt der Nation. Und hat dabei Züge einer Volkskirche bewahrt, wie sonst nirgendwo in Europa. Zuletzt im Widerstand gegen die faschistische deutsche Okkupation, in dem Wyszynski, wie tausende anderer Priester, seine Rolle gespielt hat. Und dann in der Nachkriegsperiode.

Welche Rolle hat er, 1948 zum Primas gewählt, gespielt? Wyszynski war der Sohn eines Dorfschullehrers, und die Bauern-Intelligenz, das eben waren die Priester in Polen. Einer Bauernschaft, die im Kampf um die Land-Reform stand und dennoch rasch proletarisiert wurde. Wyszynski wurde in den 20er und 30er Jahren Arbeiterpriester, später Dozent für Kirchenrecht und Sozialwissenschaften. Als Primas der Kirche ist er – konservativ in Fragen von Familie und Moral – doch nie für eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen aufgetreten, im Gegenteil: die gesellschaftliche Umwälzung in Polen sei nötig gewesen – *und weiter nötig.*

Vor allem in den 70er Jahren ist unter seiner Führung die polnische Kirche zum weiten Schutzdach der demokratischen und sich neu entwickelnden Arbeiterbewegung geworden. Man muß
die Dinge schon in ihrer lebendigen Dialektik sehen. Die Kirche in Polen war gegenüber dem monolithischen Staats- und Parteimonopol ein existierender gesellschaftlicher Gegenpol. So gab es immer innenpolitische Bewegung, Widerspruch, anders als in der Sowjetunion oder der DDR. Und das war fruchtbar. In religiöser Verkleidung sind in Polen gerechte Beschwerden und Forderungen gegen einen entarteten Staatssozialismus, der die Menschen erst recht auf die reine Funktion von *Arbeitskräften* reduzierte, geltend gemacht worden. Forderungen nach Demokratie, nach Arbeitschutzmaßnahmen und nach Bildung unabhängiger Gewerkschaften sind aus dem Mund der Kirche schon *vor* der Streikbewegung des letzten Sommers erhoben worden. Und die Forderung nach ,,der Souveränität der Nation im eigenen Vaterland", von der der Primas wiederholt gepredigt hat.

Die Reaktion sitzt in Polen nicht in der Kirche, sondern im Staats- und Parteiapparat. Die Kirche bildet die national-loyale Opposition. Die Revolution sammelt *dahinter* ihre Kräfte.

An unsere Leser

Wie angekündigt werden wir ab der kommenden Nummer den Erscheinungstermin der Kommunistischen Volkszeitung ändern. Die Zeitung erscheint in Zukunft jeden Freitag zum Wochenende. Die Exemplare für unsere Abonnenten gehen donnerstags zur Post. Unsere nächste Ausgabe erscheint am 12. Juni.

„Antidemonstrationseinheiten!“

gkr. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen hat Friedrich Karl Fromme zur Feder gegriffen und diesen Ruf ausgestoßen. Nicht irgendwo, sondern als Leitartikel der „FAZ“. Und F.K. Fromme ist schließlich auch nicht irgendwer, er ist verantwortlicher Redakteur der FAZ für Innenpolitik. Der Anlaß: die Straßenschlacht auf dem Flohmarkt in Frankfurt – provoziert von der Polizei, als sie die nächstens wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung Anzuklagenden aus der Menschenmenge fischen wollte.

Das neue an seinen Forderungen ist eine Sondereinheit der Länderpolizei, „die als Abschreckungspotential wirken, zumal gegenüber denjenigen, die politisch motivierte Gewalt ausüben wollen und die als hinreichend tüchtig in diesem Sinne gelten“. Warum das? Wäre es ihm nicht genug, wenn das Demonstrationsrecht wieder verschärft wäre und wenn die Polizei mit Gummigeschossen ausgerüstet wäre, beides Forderungen, die er ebenfalls erhebt? Offensichtlich gilt seine Sorge dem von ihm als letzten genannten Punkt: „Soll man es jungen, für die Umwelt, in der sie leben, empfänglichen Polizeibeamten verübeln, daß sie ihre Haut nicht zu Markte tragen mögen für Prinzipien, die ihnen immer wieder als kleinlich, kleinbürgerlich, unaufgeklärt vorgeführt werden?“ Um richtig zuzuschlagen, soll die Truppe skrupellos sein, Korpsgeist besitzen, wie die GSG 9, nur eben auf Demonstrationen, gedrillt sein.

Nur: Es sind nicht weitgehend schon isolierte Kräfte, gegen die sich diese Spezialtruppe dann richten soll, die Lage ist anders und die Adressaten sind anders als bei den in seltener Einmütigkeit von Koalition und Opposition durchgezogenen Antiterrorgesetzen. F.K. Frommes Sonderpolizei müßte sich gegen Hausbesetzer, gegen die Aktionseinheit gegen Kernkraftwerke, gegen diejenigen, die die Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft unterstützen, richten. Und das hieße weit in die Gewerkschaft und in die SPD hinein. Die Sozialliberalen werden kaum auf seine Vorschläge eingehen. Viel eher könnten einige Länder vorpreschen, wie in bezug auf die Ausrüstung der Polizei.

Baustopp für Großflughafen München II macht den Behörden zu schaffen

jüd.München. Wie eine Bombe schlug die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof vom 16.4.81 in die Planungsherrlichkeit der bayrischen Behörden ein: Einstellung der am 3.11.80 begonnen Bauarbeiten im Erdinger Moos, Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der über 5700 Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluß der Regierung von Oberbayern, der mit der sofortigen Vollziehbarkeit versehen worden war. Mit der Grundwasserabsenkung war begonnen worden, bevor über den Planfeststellungsbeschluß wenigstens in 1. Gerichtsinstanz entschieden war. Man wollte vollendete Tatsachen schaffen.

Drei Tatsachen hat nun das oberste bayerische Verwaltungsgericht Rechnung tragen müssen: das Aufsichtsratsmitglied der Flughafengesellschaft FMG Anton Jaumann hat als bayrischer Wirtschaftsminister ungeniert das Planfeststellungsverfahren beeinflußt, der geplante Landbedarf von 23 qkm und die Konzeption von 3 Start-/Landebahnen haben keine vernünftige Grundlage, der Baubeginn hat den Rechtsschutz der Kläger zu einer Farce degradiert. Nun wankt der ganze Planfeststellungsbeschluß.

Strauß sprach von „Unregierbarkeit“ und Münchens OB Kiesl („Ich bin mehr als verzweifelt und ratlos“) mobilisierte am 25.4. unter der Parole „Riem muß weg“ ca. 800 Menschen zu einer Kundgebung vor dem bisherigen Flughafen in München-Riem. Während die bürgerlichen Politiker auf die Spaltung und Polarisierung der betroffenen Bewohner in der Umgebung von Riem und im Erdinger Moos setzen und sich als Interessenvertreter der vom Flughafen in Riem Geschädigten aufspielen, deren Anzahl sie durch massiven sozialen Wohnungsbau in den Lärmzonen des Flughafens in den vergangenen 20 Jahren gesteigert haben, verweisen die „Vereinigten Bürgerinitiativen gegen den geplanten Großflughafen München II“ auf die gemeinsamen Interessen und rufen die Anwohner von Riem auf: „Laßt euch nicht weiter vertrösten mit den Sprüchen, die ihr seit mehr als 10 Jahren zu hören bekommt: Riem wird aufgelassen, wenn der Großflughafen München II im Erdinger Moos gebaut ist! Schließt euch den Forderungen auf der ersten Seite an. Laßt uns zusammen für die Durchsetzung dieser Forderungen kämpfen, um somit eine erhebliche Lärmentlastung für euch zu erreichen. Lassen wir uns nicht weiter gegeneinander ausspielen, wir sind keine Gegner; die Gegner sitzen woanders und sind auch unsere Gegner.“ (aus einem Flugblatt der BI Freising) Zu den erwähnten Forderungen gehört neben einer weiteren Einschränkung des Nachtflugverkehrs und der allgemeinen Reduzierung des Flugverkehrs die Verlagerung des Spitzenverkehrs und Charterverkehrs nach Manching (Militärflughafen zwischen Freising und Ingolstadt), Zahlung von Lärmschutzzuschüssen und Umzugsbeihilfen für Riem-Anwohner.

Anläßlich eines 3-tägigen Flughafen-Symposiums in der TU Weihenstephan (von der Studentenvertretung organisiert) trug diese Forderungen auch der Bund Naturschutz bei einer Podiumsdiskussion mit ca. 1000 Teilnehmern vor. Die Staatsvertreter aus Bonn und München begründeten unter breitem Protest ihr weiteres Festhalten an den bisherigen Ausmaßen des 6 Mrd. DM-Projektes mit der „kommerziellen und politischen Verbindung mit der Welt“, wobei das westdeutsche Kapital im weltweiten Konkurrenzkampf sich „nicht die Brocken wegschnappen lassen“ dürfe. Zum Abschluß des Symposiums fand eine Kundgebung am 17.5. auf dem Baugelände im Erdinger Moos mit dem Schweizer Umweltschützer F.Weber als Hauptredner statt.

Nach dem Baustopp reagierten die Flughafenplaner zunächst mit Befangenheitsanträgen gegen 2 der 3 Richter des 20. Senats des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, um eine erneute Verhandlung zu erzwingen. Damit kamen sie nicht durch. Das Verwaltungsgericht München, dessen 17. Kammer ebenfalls am vergangenen Mittwoch (27.5.) das Hauptsacheverfahren in der 1. Instanz abschloß, verhielt sich allerdings regierungsfreundlicher: es bescheinigte dem Planfeststellungsbeschluß keine Verfahrens- und Ermessensfehler, bemängelte aber die 3-bahnige Konzeption und unzureichende Lärmschutzauflagen und Nachtschutzgebiet-Ermittlungen. Strauß und Jaumann äußerten „Genugtuung“. Aber der Baustopp besteht weiter. Und die Flughafengegner haben bereits Berufung eingelegt: beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.

Im Bundestag ist Helmut Schmidt noch einmal ganz gut weggekommen

lup. 6 Gegenstimmen gab es aus den Reihen der SPD-Fraktion bei der Abstimmung über den Passus der von den Koalitionsparteien vorgelegten Resolution, die die Zustimmung des Bundestages zum Doppelbeschluß der NATO beinhaltet. Auch wenn 4 Enthaltungen hinzukamen und einige distanzierende Voten von Abgeordneten, die ihr Jawort um des Erhalts der sozialliberalen Regierung willen gaben, ist das wenig. Die Friedensbewegung ist auch in den Reihen der Sozialdemokratie breiter, als das in den 6 Voten zum Ausdruck kam. Sie reicht auch in die FDP hinein, auf deren Parteitag in Köln trotz Rücktrittsdrohungen Genschers im Antrag des Vorstands stimmten.

Hinzu kommt, daß die Gegenstimmen gerade nicht aus den Reihen des Gewerkschaftsflügels der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion kamen. Sondern bloß von jenem Flügel, der sich in dieser oder jener Weise auf die demokratische und Jugendbewegung der 70er Jahre bezieht. Daß sie die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Bundestages noch kaum erschüttern kann, muß mit politischen Schwächen der Friedensbewegung selber zusammenhängen.

Die Bundesregierung behauptet, der Doppelbeschluß der NATO sei eine Antwort auf die Aufrüstung der Sowjetunion und insbesondere die Dislozierung der SS 20, die die Unabhängigkeit Westeuropas bedrohten. Eine Antwort ist das auch, und zwar eine solche, die die Abhängigkeit der BRD vom US-Imperialismus nicht unwesentlich verstärkt. Einen Eindruck von dieser gewachsenen Abhängigkeit hatte man sowieso, wenn man Schmidt über seinen Besuch bei Reagan berichten hörte. Die Mittelstreckenraketen, die in der BRD stationiert werden sollen, unterliegen dem Kommando des US-Präsidenten, auf das die Bundesregierung nicht einmal durch ein Veto-Recht Einfluß nehmen kann. Deswegen ist es vollständig richtig, die Nichtstationierung der US-Mittelstreckenraketen in der BRD zu fordern. Eine andere Frage ist, ob man im gleichen Atemzug die Aufrüstung der Sowjetunion und die von ihr ausgehende Bedrohung Westeuropas leugnen oder verharmlosen soll, anstatt sich den dadurch aufgeworfenen Problemen zu stellen. Solche Tendenzen gibt es aber in Reihen der Friedensbewegung. Gegenüber solchen Tendenzen hat es der Parteivorstand der SPD relativ leicht, die Politik der Bundesregierung als Realpolitik zwecks Friedenssicherung zu verkaufen.

Hansen hat die Zustimmung zum Mittelstreckenraketenbeschluß als historischen Fehler bezeichnet, vergleichbar mit der Zurückweisung der sowjetischen Friedensvorschläge 1952. Der Vergleich hinkt etwas und ist auch überzogen, aber trotzdem interessant. 1952 stand die Alternative: weitere Anbindung der BRD an den US-Imperialismus oder demokratischer Friedensvertrag für Deutschland, der das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation gesichert hätte. Gegenüber der drohenden Gefahr eines von den beiden Supermächten geführten Krieges in und um Europa geht es aber erneut um das Selbstbestimmungsrecht nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Nationen, das gegen beide Supermächte erkämpft – und notfalls auch verteidigt – werden muß.

Erster Schritt gegen die Stipendienkürzungen

FDP schlägt weitere Verschlechterungen der Stipendien vor / vds-Demonstration

vol. Am Mittwoch, den 3. Juni, werden in Bonn auf Aufruf der Vereinigten Deutschen Studentenschaften zentral und in Kiel der Landesastenkonferenz Schleswig-Holstein die Studenten gegen Kürzung und Abbau der BAföG-Stipendien demonstrieren. An verschiedenen Orten ist es auf Initiative der Asten und Fachschaftsgruppen gelungen, diese Demonstration gemeinsam mit den Organisationen der Schüler vorzubereiten, die ab der 10. Klasse ebenfalls mit BAföG gefördert werden können. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften fordern die sofortige Erhöhung des BAföG-Satzes anstelle der Verschiebung, eine regelmäßige Erhöhung entsprechend der Preissteigerung, eine Sicherung der Möglichkeiten, über den 2. Bildungsweg zum Studium zu kommen und auch weiter gefördert zu werden. Die jetzigen Maßnahmen der Bundesregierung schließen sich an eine Reihe von Verschlechterungen der Stipendien für Schüler auf weiterführenden Schulen und Studenten in den letzten Jahren an: die Einführung der Förderung mittels rückzahlbaren Darlehen, die Senkung der relativen Elternfreibeträge und die Anrechnung anderer Sozialleistungen auf das BAföG, z.B. des Wohnungsgeldes und jetzt des Kindergeldes.

Die Bundesregierung bestreitet, daß die Wirkung der jetzigen Kürzungen den Zugang zu Bildung und Wissenschaft wieder in erster Linie zu einer Frage des Geldes und der sozialen Herkunft machen. Seit 1972 sind die Quoten der Geförderten stark gesunken. Jetzt haben Bundesregierung, Parlament und Bundesrat das Ausgabenvolumen für Stipendien nach BAföG auf 3,7 Mrd. DM bis 1984 mindestens festgelegt. Gleichzeitig steigt allein die Studentenzahl in den nächsten Jahren um ca. 30%. Festes Ausgabenvolumen, steigende Zahl der förderungsfähigen Schüler und Studenten und Wirkung der Inflation laufen aber notwendigerweise auf grundlegende Verschlechterung der Förderung hinaus. Nimmt man die Wirkungen der Mittelkürzungen bei Hochschulbau, Wohnheimbau, Mensaessen, Bibliotheken hinzu, die alle zu steigenden Kosten des Studiums führen, so ist es völlig gerechtfertigt, von einem Scheitern des Reformkurses der Bundesregierung zu sprechen.

Dabei ist die Planung der Bundesregierung mehr als hinterhältig. In den Bundestagsdebatten haben alle, einschließlich des verantwortlichen Ministers Engholm, festgestellt, daß die jetzt beschlossenen Kürzungen nur für dieses Jahr den Haushalt sichern, in ein, spätestens zwei Jahren sind weitere Kürzungen notwendig. Die CDU hat deshalb die SPD gemeinsam zu einem Schnitt in der Förderung aufgefordert: Ausdehnung der Leistungskontrolle fürs BAföG auch im Hauptstudium und Beseitigung aller Bestandteile des BAföG, die eine Lösung des Studenten vom Elternhaus erleichtern (Wohnzuschlag bei auswärtigem Wohnen, 2. Bildungsweg).

Die FPD, die in dieser Beratung noch für Streichung des Grunddarlehens eintrat, hat jetzt für das Haushaltssicherungsgesetz Verrringerung des Bundesanteils am BAföG von 65 auf 50% und die Beseitigung der Graduiertenförderung vorgeschlagen.

Die jetzigen Demonstrationen der vds sollen Auftakt für einen längerfristigen Kampf der Studentenschaft um das Recht auf Zugang zu Bildung und Wissenschaft auch für die Lohnabhängigen sein. Der vds-Vorstand hat einen Vorschlag für gemeinsame Aktionen mit Gewerkschaften und Schülern im Wintersemester vorgelegt. Diese sind noch relativ grob, können aber als Diskussionsgrundlage für weitere Klärung dienen. Geklärt werden müssen die zu erreichenden Aktionsziele, die Schwierigkeiten bei der Koordinierung von örtlichen, regionalen und zentralen Auseinandersetzungen und die Aktionsformen, wobei eine bundesweite Streik- oder Aktionswoche im Gespräch ist.

FDP-Parteitag: Genscher setzt Pflöcke

gek. Drei Schwerpunkte hat Genscher in seinem Grundsatzreferat auf dem Parteitag der FDP in Köln gesetzt. Er trat gegen Tendenzen in der Partei auf, wie in Westberlin eine „Verweigerungskoalition“ mit der SPD und der Alternativen Liste gegen einen CDU-Senat einzugehen. In der Haushaltspolitik forderte er, durch rücksichtslose Kürzungen dem liberalen Grundsatzgedanken der „individuellen Leistung“ wieder Geltung zu verschaffen, gegen die Entwicklung der BRD zu einer „Sozialleistungsgesellschaft“. Drittens knüpfte auch Genscher sein politisches Schicksal an die Unterstützung der NATO-Nachrüstungspläne durch seine Partei, wie Schmidt das mit seiner Rücktrittsdrohung gegenüber der SPD getan hatte: „Ich werde dafür einstehen, daß er von der Seite der FDP nicht vor die Notwendigkeit gestellt wird.“ Zugleich deutete Genscher die Möglichkeit eines Koalitionswechsels der FDP an, indem er sagte, mindestens soviele Leute hätten die FDP im Herbst *wegen* ihrer Koalitionsaussage gewählt wie *trotz* dieser Koalitionsaussage. – Der Parteitag ist Genschers Linie gefolgt, allerdings bei erheblicher Opposition gegen die NATO-Rüstungen. Der Berliner FDP-Vorsitzende verteidigte den Beschluß des Westberliner Landesparteitags.

DKP-Parteitag: Alles für den Frieden

geh.Hannover. In seinem Bericht an den VI. Parteitag erklärte H. Mies, der deutsche Imperialismus habe sich nicht mit den Ergebnissen des II. Weltkriegs abgefunden. Und er versuche, seinem revanchistischen Ziel durch die Unterstützung des amerikanischen Konfrontations- und Raketenkurses näherzukommen. Die Stationierung der Raketen beschwöre die Selbstvernichtung der BRD. Die DKP fordert alle Bürger auf, den Krefelder Aufruf zu unterschreiben. Die DKP will jetzt, von Fall zu Fall, Wahlabsprachen eingehen. Wie auch über ein Wahlbündnis zwischen DKP, Grünen und Alternativen geredet werden könne. Keine Verurteilung von Solidarnoćś und schärferes Vorgehen, wie von Mies gefordert, sondern die Einheit der Arbeiterklasse sei jetzt in Polen nötig, war der Inhalt der Rede G. Gabrys, Leiter der polnischen Delegation. Er überreichte der DKP eine Büste Rosa Luxemburgs.

18 Monate im ersten Nürnberger KOMM-Prozeß

meu.Nürnberg. Die 21jährige Angela G. wurde am 27.5. vom Landgericht Nürnberg-Fürth wegen eines angeblichen Meineids zu 18 Monaten mit dreijähriger Bewährung verurteilt. Zu Prozeßbeginn veröffentlichte F.J. Strauß einen offenen Brief an den Nürnberger Oberbürgermeister, in dem er für die Wiederherstellung „rechtmäßiger Zustände“ im KOMM plädierte und sich voll vor das Verhalten der Nürnberger Behörden stellte. Diese Linie vertrat auch das Gericht: Bevor irgendein Prozeß gegen einen der angeklagten Jugendlichen wegen Teilnahme an der Demonstration vor den Massenverhaftungen begonnen hat, wurde mit Angela eine Zeugin verurteilt. Sie war bis Prozeßbeginn 9 Wochen in Untersuchungshaft, weil sie ausgesagt hatte, zwei der verhafteten Jugendlichen zwischen 22 und 23 Uhr im KOMM gesehen zu haben. Das widersprach der Aussage eines V-Manns, der zum Wohle der BRD und Bayerns durch Innenminister Tandler von einem Erscheinen vor Gericht befreit war. Zwei Schüler bestätigten die Aussagen von Angela, wofür ihnen durch Staatsanwalt Hubmann Ermittlungsverfahren angedroht wurden.

„Bayern-Vertrag“: Vorteile fast nur für Ärzte

gkr. Auch der sog. „Bayern-Vertrag“ scheint die Erwartungen, die Kosten im Gesundheitswesen zu begrenzen, nicht zu erfüllen. Mit ihm sollten vor allem die Zahl der Krankenhauseinweisungen und der Arzneimittelverordnungen begrenzt werden. Beides scheint zwar gelungen. Z.B. ist die Zahl der Berechnungstage für Krankenhausbehandlungen je 100 Mitglieder um 3,6% gesunken, dafür stiegen dann die Pflegesätze mit 10,4% in Bayern schneller als im Bundesgebiet. Der Unterschied zwischen dem Ausgabenanstieg pro Mitglied in Bayern (8,7%) und im Bundesgebiet (9%) ist minimal. Dafür aber stieg der Honorarumsatz der bayrischen Ärzte je Krankenkassenmitglied im zweiten Halbjahr 1980 (gegenüber 2. Halbjahr 1979) um 8,3%, im gesamten Bundesgebiet aber nur um 5,6%.

SPD-Sonderparteitag in Hessen

gkr. Für den 21. Juni hat der Landesvorstand der hessischen SPD einen Sonderparteitag einberufen, einen Tag danach wird Börner im hessischen Landtag bei der Wahl des Karry-Nachfolgers Hoffie die Vertrauensfrage stellen müssen. Börner war vor allem mit der Entscheidung für die Startbahn West in den Parteigliederungen um Frankfurt und mit seiner Entscheidung für eine Wiederaufbereitungsanlage in den Parteigliederungen um Kassel unter heftigen Beschuß gekommen, in Kassel wurde erst jetzt erneut gegen seinen Kurs gestimmt. Ebenfalls für Juni sind Parteitage der SPD-Bezirke Hessen-Süd und Hessen-Nord angekündigt. Sollte er mit seinem Kurs auf dem Parteitag scheitern, so deutete Börner an, werde er zurücktreten.

Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung
Mainzer Landstraße 147
Postfach 111162
6000 Frankfurt / Main 11
Telefon 0611 / 730235

Bremens Wissenschaftsenator will VHS-Direktor feuern

„Senator Franke? Nein Danke"

„Einschnitte bis auf die Knochen" prophezeite die Bremer Landesregierung Ende letzten Jahres bei Ankündigung drastischer Maßnahmen zur „Sanierung" der Staatsfinanzen. Inzwischen sind die Chirurgen in den Stäben der SPD und der senatorischen Dienststellen zu einzelnen Eingriffen übergegangen. Im Bereich des Senators für Wissenschaft und Kunst etwa soll die Schauspielabteilung des Theaters bis 1985 geschlossen bleiben – dafür könne man dann ein neues Schauspielhaus bauen. Der Haushalt der Volkshochschule soll gekürzt werden. An der Universität sollen ganze Studiengänge geschlossen werden, um neue zu eröffnen, die der regionalen Industrie unmittelbar verwertbare Ergebnisse und Arbeitskräfte liefern können. Die Stadtbibliotheken sollen so ausgedörrt werden, daß sie kaum noch Bücher anschaffen können. Der Protest gegen die Maßnahmen entwickelt sich: für den 10. Juni ist ein gemeinsamer Aktionstag in der Universität geplant.

frn.Bremen. Am Montag, 28. Mai, erschien der Direktor der Bremer Volkshochschule (VHS), Karlheinz Schloesser, nach längerer Krankheit wieder zum Dienst. Zwei Stunden später war er suspendiert – zum zweiten Male. Am 2. April hatte die für die Bediensteten des Landes Bremen zuständige Personalbehörde, die Senatskommission für das Personalwesen (SKP), Schloesser zum ersten Mal nach Hause geschickt. Der zuständige Senator (entspricht Landesminister) für Wissenschaft und Kunst, Franke (SPD), hatte am 30. März Vorermittlungen eingeleitet mit dem Ziel, Schloesser aus dem Dienst zu entfernen.

Der sofortige Vollzug wurde vom Verwaltungsgericht zwar am 10.4. aufgehoben. Dennoch wandte die SKP jetzt dieses Mittel wieder an. Eine sofort einberufene Teilpersonalversammlung protestierte in scharfer Form und bereitete Aktionen in der Öffentlichkeit vor. Auf einen Hinweis des Gerichts mußte die Behörde jedoch am nächsten Tage, 19. Mai, den sofortigen Vollzug der Suspendierung aufheben. Schloesser kann damit wieder seiner Arbeit nachgehen, wenn auch Disziplinarverfahren und Suspendierung nach wie vor über ihm hängen.

Unmittelbarer Anlaß ist eine Auseinandersetzung um die Leitung der VHS. Franke will den ihm unbequemen Lebenszeit-Beamten Schloesser aus der relativ einflußreichen Direktoren-Stellung hebeln, weil Schloesser inhaltlich und personell nicht die Politik macht, die Franke durchsetzen soll. Dieser hatte deswegen angeordnet, daß statt eines Direktors ein dreiköpfiges Direktorium die VHS leiten solle. Schloesser sollte dabei wichtige Funktionen an zwei Stellvertreter abgeben.

Als einen davon ordnete Franke einen Referenten aus seiner eigenen Dienststelle, Dr. Koenig, in das Direktorium ab. Als zweiter Stellvertreter wurde von der Belegschaft eine Dozentin vorgeschlagen. Sie ist bisher nicht bestätigt worden. Koenigs Amtsantritt fiel mit der ersten Suspendierung Schloessers zusammen. Personalrat und Belegschaft der VHS vermuten, daß damit freie Bahn für Koenig geschaffen werden sollte. Niemand in der VHS stimmte der Ernennung Koenigs zu. Mitbestimmungsansprüche des Personalrats wurden gerichtlich verneint. Dem Dr. Koenig wurden Haushalt, Personal, Recht und Betrieb als Aufgabenbereich zugeteilt. Über die Finanzen und den technischen sowie juristischen Ablauf des VHS-Programms hofft Franke das Programm auch inhaltlich unter Kontrolle zu bekommen. Zwar kann das Direktorium gegen Schloesser nichts beschließen; aber auch Schloesser vermag gegen Koenig nichts durchzusetzen. Denn dieser hat ein Vetorecht und kann den Senator auffordern, selbst zu entscheiden. Franke will mit dieser Konstruktion erreichen, daß „von den Vorstellungen des Senators für Wissenschaft und Kunst abweichende Entscheidungen" an der VHS nicht mehr getroffen, jedenfalls nicht mehr realisiert werden können.

Eine gemeinsame Aktion von Theater, Volkshochschule und verschiedensten Kultureinrichtungen wendet sich gegen Streichungen

Schloesser genießt – obwohl Direktor und damit Dienstherr – bei der festangestellten Belegschaft wie bei den für Kurse eingesetzten Dozenten und den Teilnehmern der VHS hohes Ansehen. Schloesser hat es gewonnen durch eine beharrliche Weiterbildungsarbeit. Bekannt wurde er über den Kreis der VHS hinaus durch Aufgreifen einiger brisanter Themen in Podiumsdiskussionen und in letzter Zeit besonders durch eine Einladung des Schriftstellers Peter Paul Zahl zum „Bremer Literaturgespräch". Franke versuchte, Schloesser zur Rücknahme der Einladung zu zwingen, da Zahl verurteilter Terrorist sei. Damit erzielte der Senator aber insofern keinen Erfolg, als die Veranstaltung mit Zahl getragen von einem „Freundeskreis Bremer Literaturgespräch" als Veranstalter, stattfand. In diesem Zusammenhang hatte Franke erstmals die „erforderlichen dienstlichen Schritte" angedroht, um den weisungsgebundenen Beamten zu zwingen, die Weisungen des Senators auszuführen.

Die Bremer VHS ist Weiterbildungseinrichtung der Stadt Bremen und aufgrund des Weiterbildungsgesetzes von 1974 tätig. An diesem Gesetz hatte Schloesser – damals selbst SPD-Mitglied – noch mitgearbeitet. Als Referent für Weiterbildung beim Senator versuchte er, mit dem Gesetz inhaltliche Festlegungen zu trefffen, die zum Nutzen der Arbeiterbildung eingesetzt werden könnten. Das Gesetz verlangt eine Integration von allgemeiner, beruflicher und politischer Bildung und versteht Weiterbildung nicht als Zugabe, sondern als „integrierten Teil des Bildungssystems". Ergänzt durch das Bildungsurlaubsgesetz vom 1.1.1975 haben Arbeitnehmer in Bremen relativ günstige Möglichkeiten, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern.

Die große Masse der Kurse, Seminare und Diskussionsveranstaltungen der VHS wendet sich dementsprechend auch an Lohnabhängige. Besonderen Wert legt die Belegschaft der VHS dabei auf zwei Bestandteile ihres Programms: einerseits Wochenkurse im Rahmen des Bildungsurlaubs, wo die Teilnehmer sich außerhalb Bremens mitsamt ihrer Familien aufhalten; damit soll eine dichtere Behandlung von Themen insbesondere aus der Reproduktion gefördert werden und gleichzeitig etlichen Lohnabhängigen überhaupt erst die Wahrnehmung des Bildungsurlaubs ermöglicht werden. Andererseits gibt es ein Kursangebot für besondere Personengruppen: für Frauen, Jugendliche, Ältere, Behinderte, Ausländer, Spätaussiedler, Arbeitslose, Gefangene, Eltern. Beide Formen kosten mehr Geld als andere Weiterbildungsmaßnahmen, wie sie besonders von der DAG propagiert werden. Im Zuge der rigrosen Umgestaltung der Staatsausgaben hofft die regierende SPD, hier einiges sparen zu können.

Zu der beabsichtigten Einsparung von Geldern für die Erwachsenenbildung kommt aber hinzu, daß die inhaltliche Behandlung vieler Themen dem Senat und den ihn tragenden politischen Kräften bitter aufstoßen muß. „Wie sehen die staatlichen Vorbereitungen und Reaktionen auf Protest- und Massenbewegungen aus? Entwicklung der Polizeistrategie bei Demonstrationen", ist eines der Themen eines Kurses zur Inneren Sicherheit. Die CDU versuchte, den Senator zum Verbot dieses Kurses zu zwingen. Sie fordert seinen Rücktritt. Der aber wählt die Flucht nach vorn. Eingehandelt hat er sich dabei eigentlich nur eine zunehmende Solidarisierung: so von der Delegiertenversammlung der HBV, den Vertrauensleuten der IGM bei Klöckner, Teilen der IG Druck und Papier, den ÖTV-Vertrauensleuten beim Jugendamt und im Zentralkrankenhaus Ost. 2500 kamen zu einem Aktionstag der VHS. Ein Radio-Kommentator zog eine Parallele zwischen den Jagdmethoden der Gestapo und den – viel feineren – mittels Weisungsrecht und Beamtengesetz. „Senator Franke – Nein Danke", lautet die Plakette, die an der VHS hergestellt wurde und in Bremen öfter zu sehen ist. Insofern Schloesser sich immer wieder offen gegen seinen Dienstherrn gewandt hat, ist er für den bürgerlichen Staatsapparat untragbar geworden. Der Beamtenapparat hat unverrückbar fest zu stehen! Insofern er dem zuwider handelt, greift Schloesser den bürgerlichen Staat an und verdient volle Unterstützung.

„Da muß man ja Zweifel an unserer Demokratie kriegen"

Streiks und Schulbesetzungen gegen beabsichtigte Schulschließungen in Hamburg

„Da muß man ja Zweifel an unserer Demokratie kriegen"

Streiks und Schulbesetzungen gegen beabsichtigte Schulschließungen in Hamburg

wir.Hamburg. Bereits in der 2. Woche halten Schüler das Gymnasium Klosterschule besetzt. Die Klosterschule ist eins von 6 Hamburger Gymnasien, die ab 1981 und 1982 keine 5. Eingangsklassen mehr aufnehmen sollen. Das bedeutet mittelfristig die Aufgabe dieser Schulen. 47 Haupt- und Realschulen werden keine Klasse 5 der Beobachtungsstufe mehr erhalten. In 21 Haupt- und in 10 Realschulen sind keine neuen 7. Klassen mehr vorgesehen. Als Grund für diese Maßnahmen nannte Schulsenator Grolle den „dramatischen Rückgang der Schülerzahlen". Besuchten zum Beispiel 1978 noch 11200 Schüler die Klassen 5 der Haupt- und Realschulen, so werden es zum neuen Schuljahr noch 6400 sein. Das entspricht einem Rückgang um 43%. Dem stünden sehr begrenzte finanzielle Mittel im Schulbereich gegenüber. Diese von der Schule per Rechtsverordnung angekündigten Schulschließungen lösten einen Proteststurm aus. „Wir sind grenzenlos wütend darüber, wie man in der Schulbehörde glaubt, mit uns umspringen zu können". So beschrieb der Vorsitzende des Elternrates vom Gymnasium Göhlbachtal in Harburg die Stimmung von rund 500 Schülern, Eltern und Lehrern, die sich zu einer Protestkundgebung auf dem Schulgelände versammelt hatten.

Einige Tage zuvor hatte ein Vertreter der Schulbehörde der Schulleitung telefonisch erklärt, die bereits angemeldeten 56 Schüler für 2 neue fünfte Klassen dürften nicht mehr angenommen werden, was auf eine allmähliche Austrocknung der Schule hinausläuft. Der Elternratsvorsitzende: „Wir fühlen uns verschaukelt. Für besonders gefährlich halte ich die Auswirkungen auf die Schüler. Das Vertrauen, das da kaputtgemacht wird, ist nur schwer wiederherzustellen".

Die Janusz-Korczak-Schule soll nur noch als Grundschule (Klassen 1–4) bestehen bleiben. Die Klassen 5–9 sollen auslaufen. In einer Bürgerfragestunde des Ortsausschusses Vedel-Rothenburgsort wurde Grolle von 200 Schülern, Eltern und Lehrern mit ohrenbetäubendem Lärm empfangen. Die Schüler hatten Knallfrösche mitgebracht und äußerten ihre Wut in Sprechchören und auf Transparenten: „Es ist unser Wille – Grolle in die Bille!" In der folgenden Diskussion hat Grolle nicht viel zu bieten. „Wollen Sie denn das Fahrgeld für unsere Kinder zahlen?", fragt ein Vater. „Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein", weiß Grolle zu entgegnen.

Die direkt betroffenen Schulen sind Zentren des Widerstands gegen die Schulpolitik des Senats. In 2 großen Demonstrationen zur Schulbehörde, 25000 im Februar und 15000 am 22. Mai, wurde der Widerstand zusammengefaßt. Grolle konstatierte einen „Prozeß der Entfremdung zwischen Politik und Bürger" auch in der Schulpolitik. Was Wunder, wenn er Entscheidungen gegen die Interessen und ohne Beteiligung der Betroffenen fällt. In aller Unschuld bestreitet er, den Elternwillen zu mißachten. Der Elternwille beziehe sich nur darauf, welche Schulform ein Kind besuchen soll (laut Schulverfassungsgesetz). „Über Struktur und Erhalt einzelner Schulstandorte entscheidet dagegen ... der dem Parlament gegenüber politisch verantwortliche Senator".

Was halten die Schüler von dieser Art Entscheidungsfindung?

Ein Mitglied des Besetzerrats der Klosterschule: „Ja, das Besetzen ist unsere letzte Maßnahme. Es fing so an, daß uns im November letzten Jahres der Referentenentwurf zum SEPL (Schulentwicklungsplan) auf'n Tisch kam. Dann wurde in Gremien, in der Lehrerkonferenz, der Schulkonferenz und im Schülerrat, was zusammengefaßt, 'ne Stellungnahme zum SEPL. Von der Klosterschulschließung war überhaupt keine Rede. Die wurde abgeschickt bis Februar. Dann kam im März der STRUPL raus, das ist der Strukturplan, und da stand drin – und am 10. April wurde unser Schulleiter angerufen –, da stand drin, die Klosterschule wird eben geschlossen ...

Merkwürdig ist das Demokratieverständnis. Es wurde uns ja die Zusage gemacht, daß der Referentenentwurf überarbeitet werde, Stellungnahmen würden durchgelesen in der Behörde. Das war im Februar, und im März wird schon dieser Strukturplan auf den Tisch geknallt. Da müssen wir davon ausgehen, daß diese Sachen überhaupt nicht gehört worden sind und überhaupt keiner sich das angeguckt hat. Da muß man ja Zweifel an unserer Demokratie kriegen".

In einer Fernsehdiskussion mit Grolle äußert ein Schüler ähnliche Zweifel: „Ich darf jetzt auch mal meine Situation schildern. Ich habe früher mal unheimlich Lust gehabt, zur Schule zu gehen, in der Dorfschule. Bin hier nach Hamburg gekommen und ich fühl mich wie in 'ner Lernfabrik. Ich bekomm 'ne Nummer, bekomm 'nen bestimmten Etat zugeteilt, den ich überhaupt nicht beeinflussen kann, in keinster Weise, nicht mal, wenn ich irgendeiner anderen Partei die Stimme geb'. Das ist für mich nicht mal mehr Demokratie. Und in dieser Lernfabrik soll ich jetzt erzogen werden und als mündiger Bürger eines Tages in's Berufsleben einsteigen. Und das soll ich mit 30 Schülern machen, die alle zu Hause Probleme haben, die Umweltprobleme haben, die nicht zur Bundeswehr wollen und trotzdem hingehen müssen, die dem Rüstungswahnsinn erlegen sind, weil sie unheimlich machtlos sind und dann kommen Sie mit Statistiken und sagen: ‚Leute, regt euch nicht so auf. Ich weiß gar nicht, was ihr wollt. Wir senken eure Zahlen von 33 auf 30.' "

Das geht dann doch gar nicht mehr um diese Zahlen, von 33 auf 30. Das geht auch nicht um irgendwelche Gelder, die verteilt werden, das geht einfach darum: wir wollen mehr Spaß an der Sache haben. Wir wollen uns nicht kaserniert fühlen in Klassenräumen, die oben mit Schablonennummern benannt werden nach einer Renovierung, die mit Riesenkosten durchgeführt worden ist, sondern wir wollen uns mit Lehrern unterhalten können, wir wollen das lernen, wozu wir Lust haben, wir wollen in Arbeitskreisen unsere Thematik, die uns angeht, erlernen. Und dieser SEPL ist völlig unfähig, irgendetwas zu verändern. Also ob man 'ne Klassenfrequenz von 33 auf 30 absenkt, das ist 'ne reine Statistikzahl, die Sie im guten Licht dastehen läßt als Schulsenator, die die Hamburger Bildungspolitik als Argument bringen kann: wir tun was.

Aber das ist für uns überhaupt nicht faßbar, da lassen wir überhaupt nicht mit uns diskutieren, weil wir ja merken, daß uns das nichts bringt".

Grundlegende Zweifel an der parlamentarischen Demokratie und Forderungen nach Basisdemokratie erwachsen aus diesen Kämpfen; unabhängig davon, wieweit es dem Senat gelingt, seine Pläne durchzusetzen, das hat er sich auf jeden Fall eingehandelt.

Ein weiteres Ergebnis sind die Versuche der Schüler, besonders an den besetzten Schulen, Inhalt und Organisation des Unterrichts zu verändern. Bleiben wir bei dem Beispiel der Klosterschule. Schon rein äußerlich unterscheidet sie sich von einer ‚normalen' Schule. Auf der Schule flattern 2 Fahnen, eine mit dem grünen Baum als Symbol dafür, daß die Schule leben soll und eine Piratenfahne mit Totenkopf, beide Anlaß für die besorgte Kripo, dem Schulleiter polizeiliche Hilfe anzudienen, der allerdings dankend ablehnte. Die Schulfront ist mit riesigen Transparenten geschmückt: „Klosterschule – Begießen statt austrocknen!" „Diese Schule ist (besetzt) belebt!" In der Schule führen die Schüler Regie. Ein Teil der Schüler übernachtet in der Schule. Nachmittags werden gemeinsam Schularbeiten gemacht nach dem Motto: Ältere helfen Jüngeren, es finden verschiedene Veranstaltungen statt, z.B. Flugmodellbau, pädagogischer Arbeitskreis zur Zensurenproblematik, ‚new games' auf dem Schulhof. Mittagessen und Abendbrot gibt es mit Unterstützung der Eltern ebenfalls in der Schule.

Auf Fußboden und Wänden prangt überall der Widerstandsbaum, mit Schablone gemalt. Die Produkte des Kunstunterrichts, die überall in der Schule hängen, sind ebenfalls vom Kampf gegen die Schulschließung bestimmt. Im zweiten Stock dokumentiert eine Fotoausstellung den Verlauf des Kampfes. Postkarten wurden entworfen, die an den Senat u.a. verschickt werden. Morgens um halb sieben wird über Schullautsprecher mit Pink Floyd: „We don't need no education" geweckt. Auf dem Schulhof wurde ein Loch in den Asphalt geschlagen und eine Platane gepflanzt, die, so der Schulsprecher, „als besonders widerstandsfähig gegenüber widrigen Lebensbedingungen gilt".

Die Schüler, die daran teilnehmen, bewerten diese Art Schule positiv: „Wir versuchen das jetzt auch hier so, daß die Schüler vielleicht einen Geschmack kriegen, daß es nicht nur diesen stupiden Lehrerunterricht geben muß".

„In der Oberstufe gibt es keine Klassen mehr (sondern Kurse), es geht dann darum, möglichst viele Punkte zu kriegen. Vielleicht könnte man dem z.B. mit Schularbeitshilfe etwas entgegenwirken. Daß die einfach lernen, daß man sein Wissen abgeben soll und nicht für sich behalten, denn dann nützt es ja sehr wenig."

Der Kampf um die Durchsetzung der Wirtschaftsreform in China

Zu den Hintergründen von Streiks und politischer Unruhe in der Jugend

jon.Beijing,13.5.81. Seit einigen Monaten dringt über die ausländische wie die chinesische Presse ein schmaler, aber ziemlich gleichmäßiger Strom von Nachrichten über politische Kämpfe, Streiks und Unruhen in China nach außen. Das Ausmaß dieser Unrast, die Zahl der an Streiks und Demonstrationen beteiligten Menschen, die Gegenstände der Auseinandersetzungen, ihr Gewicht in einem Land von so gigantischer Größe, all das ist ziemlich verschwommen und schwer einzuschätzen. Die chinesische Partei- und Staatsführung versichert, die Lage in China sei stabil, sie hat aber das Tempo z.B. der Reform der Betriebsverfassungen, die die Entscheidungsfreiheiten der Betriebe und ihrer Belegschaften vergrößern soll, erheblich verlangsamt. In jüngster Zeit wurden scharfe Attacken auf ,,kritische Schriftsteller'' und Verhaftungen von Redakteuren von ,,Untergrundzeitungen'' gemeldet.

Die Zeit, in der diese Erscheinungen auftreten, legt einen Zusammenhang mit den drastischen Maßnahmen zur Reorganisation der Volkswirtschaft nahe, die Ende vorigen Jahres beschlossen wurden. Im Mittelpunkt dieser Reform stehen der Abbau des Defizits im Staatshaushalt und Kürzungen der Investitionen in der Schwerindustrie, mit dem Ziel, die Ursachen der Inflation und die Ungleichgewichte zwischen Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie zu beseitigen (s. KVZ Nr. 13/81).

Kann man sagen, daß diese Maßnahmen eine wirtschaftliche und soziale Krise ausgelöst haben oder auf eine solche Krise reagieren? Meiner Meinung nach gibt es eine solche Krise nicht. Die Streiks und Demonstrationen sind, obwohl sie anscheinend in vielen Landesteilen auftreten, auf bestimmte Teile der Arbeiterschaft und der Jugend begrenzt. Von Unruhen in der Bauernschaft, die ja 80% der Bevölkerung ausmacht, war in den letzten Monaten nichts zu hören. Bei anderen Erscheinungen handelt es sich offenbar um Formen des politischen Kampfes gegen die Reformpolitik der jetzigen chinesischen Führung, die sich meinem Eindruck nach nicht auf Forderungen und Interessen der Massen stützen können.

Zu den Streiks und Jugendunruhen

Zunächst ein Überblick über einige der bekannt gewordenen Ereignisse: Auf die Frage nach Streiks in China sagte der stellvertretende Vorsitzende des Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes Chen Yu bei einer Pressekonferenz aus Anlaß des 1. Mai, es gebe einige Fälle ,,zeitweiliger Arbeitsniederlegungen''. Der Grund sei meistens Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Fabrikleitungen die Frage der Lohnerhöhungen und der Zuteilung von Wohnungen behandelten. Ein weiterer Grund seien die Arbeitsbedingungen. Er nannte zwei Fälle, bei denen im einen, im Stahlwerk Anshan, neun Arbeiter, im anderen, in Shanghai, rund dreißig Arbeiter beteiligt gewesen seien. In beiden Fällen hätten die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen und sich bereit erklärt, die beiden Arbeitstage, die jeweils ausgefallen waren, nachzuholen, nachdem die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen geholfen hätten, die Probleme zu lösen. (Xinhua, 29.4.81)

Auch wenn die Darstellung Chen Yus die Ursachen von Streiks richtig beschreibt und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, widerspricht sie doch, was den Umfang des Phänomens angeht, dem Eindruck, den der Teil der ausländischen Presse vermittelt, der die Entwicklung in China systematisch beobachtet. So berichtet die in Hamburg erscheinende Zeitschrift ,,China aktuell'' in einem Überblick bis Ende Februar gestützt auf chinesische und ausländische Quellen: ,,Als Orte von Arbeitsniederlegungen wurden die Städte Shanghai und Wuhan sowie die Provinzen Guandong, Heilongjiang, Hubei, Shaanxi und Sichuan genannt. Hauptursachen der Streiks sollen die steigende Inflation, nicht erfüllte Lohnforderungen, schlechte Wohnbedingungen, Unzufriedenheit über die Betriebsleitungen und Forderungen nach Zulassung von unabhängigen Gewerkschaften sein.'' In jüngerer Zeit kamen noch Meldungen und Gerüchte hinzu über Streiks und Unruhen von Arbeitern in Betrieben, die im Zuge der Reorganisation der Volkswirtschaft als unrentabel oder der wirtschaftlichen Struktur nicht angemessen ganz oder vorübergehend geschlossen oder nicht fertiggebaut werden, so im Stahlwerk Baoshan bei Shanghai oder in einem Stahlwerk in Changde in der Provinz Hunan (Far Eastern Economic Review, 8.5.81).

Angaben über den Umfang der Streiks werden nichts gemacht. Da aber bisher nicht über eine größere organisierte Bewegung bekannt geworden ist, kann man vermuten, daß es sich oft, wie von Chen Yu dargestellt, um Aktionen kleiner Gruppen von Arbeitern handelt.

,,China aktuell'' vermutet, daß es sich bei den aktiven Elementen in diesen Aktionen vor allem um jüngere Arbeiter handelt, die neben wirtschaftlichen Forderungen vor allem Bürokraten in Gewerkschaften und Partei kritisierten und unabhängige Gewerkschaften und mehr Demokratie forderten.

Die Gewerkschaften wurden ja erst nach dem Sturz der Viererbande wieder aufgebaut und nehmen – das ist eine häufige Klage in der chinesischen Presse – ihre Funktionen als Massenorganisationen der Arbeiter gegenüber den Betriebsleitungen und Parteiführungen oft noch nicht wahr. Die Forderung nach ,,unabhängigen Gewerkschaften'', die in der Provinz Hubei und in Taiyuan und Shanghai erhoben worden sein soll, stützt sich natürlich auf das polnische Beispiel, über das in China ziemlich ausführlich unter dem Gesichtspunkt des Widerstands gegen die Sowjetunion berichtet worden ist. Chen Yu wies auf der Pressekonferenz zu diesem Thema auf die von Anfang an engeren Beziehungen zwischen der KP Chinas und den Gewerkschaften hin, sowie auf die Notwendigkeit, die Arbeit der Gewerkschaften unter den Arbeitermassen zu verbessern:

,,Der Allchinesische Gewerkschaftsbund wurde 1925 von den ersten Mitgliedern der KPCh gegründet und hat immer für das politische Programm der Partei gekämpft. Die Tatsache, daß die chinesische Arbeiterklasse 1949 trotz der relativ kurzen Geschichte der Arbeiterbewegung in der Lage war, die politische Macht zu erorbern, belegt die Bedeutung der Führung der KP. Die Gewerkschaften akzeptieren die Richtlinien der Partei, die durch die beispielhafte Tätigkeit der Kommunisten unter den Arbeitermassen ausgeführt werden. Auf der anderen Seite mischt sich die Partei nicht in die selbständigen Aktivitäten der Gewerkschaften ein. Weniger als 10% der Arbeiter einer Fabrik sind Mitglieder der KP. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften in Übereinstimmung mit den Wünschen der Mehrheit der Arbeiter handeln müssen ...''



Die Investionen zum Bau neuer Stahlwerke wurden gestoppt, die bestehenden werden ausgerichtet. Hier Chinas größtes Eisen- und Stahlkombinat in Anshan.

An anderen Brennpunkten politischer Unruhe in der VR China geht es direkt um die Probleme der werktätigen und studierenden Jugend.

In Akso, einem bedeutenden Zentrum für Landgewinnungs- und Bewässerungsprojekte in der Wüste von Xinjiang, sollen im November 1980 zehntausende Jugendliche vor allem aus Shanghai für das Recht auf Rückkehr in ihre Heimatorte demonstriert haben. Aus Shanghai werden andererseits Demonstrationen von arbeitslosen Jugendlichen gemeldet, von denen viele (illegale) Rückkehrer aus den Grenzgebieten sein dürften.

Während der Wahlen zu den örtlichen Volkskongressen Ende letzten Jahres ist es unter anderem an den Universitäten Changsha (Provinz Hunan) und Kaifeng (Provinz Henan) sowie an der Beijing Universität zu Versammlungen und Unterrichtsboykotts gekommen, die sich gegen die Versuche örtlicher Parteiorgane richteten, die Kandidatur von ,,oppositionellen'' Kandidaten zu verhindern.

Unter den Erscheinungen politischer Unruhe in China müssen schließlich noch die Gerüchte und Meldungen über Bombenanschläge, Brandstiftungen und bewaffnete Sabotageakte, die es in mehreren Provinzen gegeben haben soll, erwähnt werden. Am bekanntesten ist der Bombenanschlag auf den Beijinger Hauptbahnhof am 29.10.80, der 10 Tote und 81 Verletzte gefordert hat. Über die Gründe für die Anschläge ist im Allgemeinen nicht viel bekannt, doch liegt die Vermutung nahe, daß es sich, außer bei persönlichen Motiven, wie anscheinend in Beijing, meistens um die Taten von Anhängern der Viererbande und anarchistischer Gruppen handelt, die z.B. gegen den Prozeß gegen die Viererbande protestieren wollten. Obwohl die Viererbande im Volk wirklich gründlich verhaßt ist, ist es denkbar, daß diese Gruppen einen gewissen Zulauf aus dem Kreis arbeitsloser Jugendlicher erhalten mögen.

Zur wirtschaftlichen Lage

In welcher wirtschaftlichen Lage finden diese Streiks und Demonstrationen statt?

Zunächst einige Daten aus dem soeben veröffentlichten Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1980 (Xinhua, 29.4.81). Danach wuchs die Industrieproduktion im letzten Jahr – in konstanten Preisen von 1970 – um 8,7%. Die Leichtindustrieproduktion wuchs um 18,4%, die der Schwerindustrie um 1,4%. Die landwirtschaftliche Produktion stieg um 2,7%, obwohl die Getreideproduktion mengenmäßig um 4,2% sank. Damit hat sich zwar das Verhältnis zwischen Leichtindustrie und Schwerindustrie weiter zugunsten der Leichtindustrie verbessert, es bleibt aber, wie auch die Erträge der Industrie insgesamt, noch nicht befriedigend: ,,Der Produktionswert der Industriebetriebe im Besitz des ganzen Volkes lag bei 12031 Yuan pro Beschäftigtem, 2% mehr als im vorigen Jahr. Aber insgesamt waren die Wirtschaftsergebnisse der Industriebetriebe noch nicht befriedigend. Die Indizes für Qualität und Verbrauch pro Einheit erreichten bei vielen Produkten noch nicht das beste früher erreichte Niveau. Rund 23,3% der staatseigenen Betriebe erlitten noch Verluste verschiedenen Ausmaßes und beeinträchtigten so das Wachstum der Staatseinnahmen. Bei Walzstahl, Maschinen und Kraftwerksausrüstungen gab es Ende 1980 erhebliche überschüssige Lagerbestände.''

Auch das Ausmaß, die Verteilung und die Wirtschaftlichkeit der Investitionen werden kritisiert, obwohl, wie es den Absichten der jetzigen Phase der Regulierung entspricht, der Anteil der ,,nichtproduktiven Investitionen'', die der Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen dienen, darunter vor allem der Wohnungsbau, von 27% auf 33,7% anwuchs. Zwar sank die Zahl der im Bau befindlichen großen und mittelgroßen Investbauprojekte um 283 auf 904 gegenüber 1979, aber diese Zahl liegt vermutlich immer noch erheblich über den in den Beschlüssen zur Regulierung der Volkswirtschaft vorgesehenen Zahlen, zumal sich das Verhältnis von fertiggestellten und im Bau befindlichen Projekten verschlechtert hat.

Schätzungsweise lag die Akkumalationsrate, der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt, im letzten Jahr wieder bei über 30%, obwohl in der jetzigen Entwicklungsphase Chinas eine Rate von 25% für richtig gehalten wird, um eine ausreichende Deckung der Bedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten. Da der chinesische Staat aber in den letzten beiden Jahren seine Ausgaben vor allem zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen erweitert hat, haben die überhöhten Investitionen 1980 wie schon 1979 zu einem erheblichen Haushaltsdefizit geführt, das zum Teil über die Ausgabe von mehr Geld gedeckt wurde, und damit eine starke Inflation nach sich zog. Das Kommuniqué geht von einer Steigerung der Lebenshaltungskosten um 7,5% aus.

Auch bei Berücksichtigung dieser Preissteigerungsrate habe sich aber das durchschnittliche Einkommen aller Arbeiter und Angestellten um 6,1% auf 762 Yuan im Jahr erhöht. Das Pro-Kopf-Einkommen der ländlichen Bevölkerung aus der Kollektivwirtschaft ist um 2,5 Yuan auf 85,9 Yuan im Jahr gestiegen. Die Steigerung der Einnahmen aus ländlichem Nebengewerbe und dem freien Verkauf von Privatprodukten dürften erheblich höher liegen.

Obwohl sich das Lebenshaltungsniveau der Volksmassen danach verbessert hat und sich auch das Warenangebot, wie der Augenschein in Beijing lehrt, erheblich reichhaltiger geworden ist, wird die hohe Preissteigerungsrate vor allem die niedrigen Lohngruppen sowie die Arbeiter in kleinen und Kollektivbetrieben, die wenig oder keine Prämien kriegen, treffen. In beiden

nung nach gibt es eine solche Krise nicht. Die Streiks und Demonstrationen sind, obwohl sie anscheinend in vielen Landesteilen auftreten, auf bestimmte Teile der Arbeiterschaft und der Jugend begrenzt. Von Unruhen in der Bauernschaft, die ja 80% der Bevölkerung ausmacht, war in den letzten Monaten nichts zu hören. Bei anderen Erscheinungen handelt es sich offenbar um Formen des politischen Kampfes gegen die Reformpolitik der jetzigen chinesischen Führung, die sich meinem Eindruck nach nicht auf Forderungen und Interessen der Massen stützen können.

Zu den Streiks und Jugendunruhen

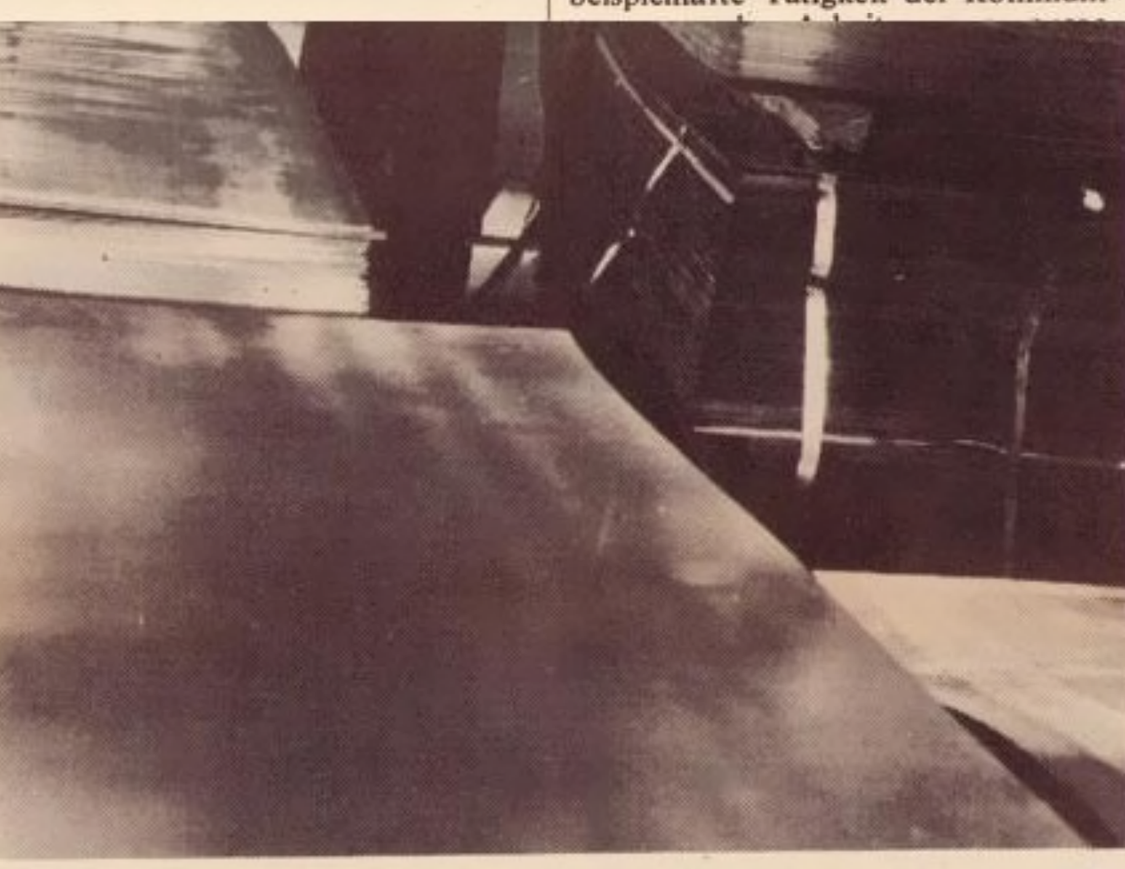
Zunächst ein Überblick über einige der bekannt gewordenen Ereignisse: Auf die Frage nach Streiks in China sagte der stellvertretende Vorsitzende des Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes Chen Yu bei einer Pressekonferenz aus Anlaß des 1. Mai, es gebe einige Fälle ,,zeitweiliger Arbeitsniederlegungen''. Der Grund sei meistens Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Fabrikleitungen die Frage der Lohnerhöhungen und der Zuteilung von Wohnungen behandelten. Ein weiterer Grund seien die Arbeitsbedingungen. Er nannte zwei Fälle, bei denen im

und Forderungen nach Zulassung von unabhängigen Gewerkschaften sein.'' In jüngerer Zeit kamen noch Meldungen und Gerüchte hinzu über Streiks und Unruhen von Arbeitern in Betrieben, die im Zuge der Reorganisation der Volkswirtschaft als unrentabel oder der wirtschaftlichen Struktur nicht angemessen ganz oder vorübergehend geschlossen oder nicht fertiggebaut werden, so im Stahlwerk Baoshan bei Shanghai oder in einem Stahlwerk in Changde in der Provinz Hunan (Far Eastern Economic Review, 8.5.81).

Angaben über den Umfang der Streiks werden nichts gemacht. Da aber bisher nicht über eine größere organisierte Bewegung bekannt geworden ist, kann man vermuten, daß es sich oft, wie von Chen Yu dargestellt, um Aktionen kleiner Gruppen von Arbeitern handelt.

,,China aktuell'' vermutet, daß es sich bei den aktiven Elementen in diesen Aktionen vor allem um jüngere Arbeiter handelt, die neben wirtschaftlichen Forderungen vor allem Bürokraten in Gewerkschaften und Partei kritisierten und unabhängige Gewerkschaften und mehr Demokratie forderten.

Die Gewerkschaften wurden ja erst nach dem Sturz der Viererbande wieder aufgebaut und nehmen – das ist eine häufige Klage in der chinesischen



Die Investionen zum Bau neuer Stahlwerke wurden gestoppt, die bestehenden werden ausgerichtet. Hier Chinas größtes Eisen- und Stahlkombinat in Anshan.

China ziemlich ausführlich unter dem Gesichtspunkt des Widerstands gegen die Sowjetunion berichtet worden ist. Chen Yu wies auf der Pressekonferenz zu diesem Thema auf die von Anfang an engeren Beziehungen zwischen der

daß die chinesische Arbeiterklasse 1949 trotz der relativ kurzen Geschichte der Arbeiterbewegung in der Lage war, die politische Macht zu erorbern, belegt die Bedeutung der Führung der KP. Die Gewerkschaften akzeptieren die Richtlinien der Partei, die durch die beispielhafte Tätigkeit der Kommuni-

kes lag bei 12031 Yuan pro Beschäftigtem, 2% mehr als im vorigen Jahr. Aber insgesamt waren die Wirtschaftsergebnisse der Industriebetriebe noch nicht befriedigend. Die Indizes für Qualität und Verbrauch pro Einheit erreichten bei vielen Produkten noch nicht das beste früher erreichte Niveau. Rund 23,3% der staatseigenen Betriebe erlitten noch Verluste verschiedenen Ausmaßes und beeinträchtigten so das Wachstum der Staatseinnahmen. Bei Walzstahl, Maschinen und Kraftwerksausrüstungen gab es Ende 1980 erhebliche überschüssige Lagerbestände.''

Auch das Ausmaß, die Verteilung und die Wirtschaftlichkeit der Investitionen werden kritisiert, obwohl, wie es den Absichten der jetzigen Phase der Regulierung entspricht, der Anteil der ,,nichtproduktiven Investitionen'', die der Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen dienen, darunter vor allem der Wohnungsbau, von 27% auf 33,7% anwuchs. Zwar sank die Zahl der im Bau befindlichen großen und mittelgroßen Investbauprojekte um 283 auf 904 gegenüber 1979, aber diese Zahl liegt vermutlich immer noch erheblich über den in den Beschlüssen zur Regulierung der Volkswirtschaft vorgesehenen Zahlen, zumal sich das Verhältnis von fertiggestellten und im Bau befindlichen Projekten verschlechtert hat.

Kategorien überwiegen die jungen Arbeiter. Die Auswirkungen der Inflation werden viele von ihnen besonders gegen Jahresende in Streikaktionen getrieben haben.

Auch die Arbeitslosigkeit betrifft vor allem Jugendliche und jüngere Arbeiter, da in China ein System der fast uneingeschränkten Arbeitsplatzgarantie besteht. Folgendes sind die Gründe für die Arbeitslosigkeit in den Städten:

1. Die krisenhaften Einbrüche im Wachstum der Industrie und der ganzen Volkswirtschaft 1959 bis 1961, 1967 bis 1968, 1971 und 1976 und die dadurch noch verschärften Disproportionen der Volkswirtschaft haben eine Ausdehnung der Industrialisierung verhindert, die die nachwachsenden Arbeitskräfte in den Städten hätte absorbieren können.

2. Die Organisierung der Kleinbetriebe und Einzelbeschäftigten in Handel und Handwerk in relativ großen Kollektiven, die in der Kulturrevolution zur Vernichtung dieses gesamten Sektors führte, hat nicht nur eine Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung mit vielen Konsumgütern und Dienstleistungen gebracht, sondern auch verhindert, daß sich dieser Sektor entsprechend dem Bevölkerungswachstum ausdehnte und Arbeitskräfte aufnahm.

3. Die Politik der Familienplanung wurde nicht konsequent durchgeführt und die Bevölkerung ist zu rasch gewachsen.

4. Die Finanzkraft des Staates reicht nicht aus, das Schulwesen und vor allem das Hochschulwesen so auszudehnen, daß ein größerer Teil der Jugendlichen dort aufgenommen werden könnte, obwohl die meisten städtischen Jugendlichen heute eine 10jährige Mittelschulausbildung durchlaufen. 1980 standen 57,5 Mio. Schülern im Sekundarschulbereich nur 1,4 Mio. Hochschulstudenten gegenüber.

In den 60er und 70er Jahren wurden die „Jugendlichen mit Schulbildung“ zur Arbeit aufs Land und oft in entlegene Landerschließungsgebiete verlegt. Hunderttausende sind noch dort, zum größten Teil in eigenen Siedlungen mit eigenem paramilitärischen Status, isoliert von der Bevölkerung und ihren Familien. Falls diese Verschiebung von Arbeitskräften ursprünglich je freiwilligen Charakter gehabt haben sollte, inzwischen befinden sich diese, oft nicht mehr sehr jungen Jugendlichen in Revolte gegen ihre Lage. Sehr viele kehren ohne Erlaubnis in die Städte zurück, wo sie das Arbeitslosenheer vergrößern.

1980 erhielten 9 Mio. Arbeitssuchende Arbeit, bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl im staatlichen und städtischen Kollektivsektor von 104 Mio. Die Zahl der Arbeitslosen in den Städten wird in ausländischen Quellen auf 12 bis 20 Millionen geschätzt. Trotz dieser großen Anstrengungen zur Senkung der Arbeitslosenziffer blieben demnach noch mehrere Millionen übrig, bevor im Sommer ein neuer Jahrgang die Schulen verläßt.

Die beschlossenen Maßnahmen zur

schen Jugendlichen heute eine 10jährige Mittelschulausbildung durchlaufen. 1980 standen 57,5 Mio. Schülern im Sekundarschulbereich nur 1,4 Mio. Hochschulstudenten gegenüber.

In den 60er und 70er Jahren wurden die „Jugendlichen mit Schulbildung“ zur Arbeit aufs Land und oft in entlegene Landerschließungsgebiete verlegt. Hunderttausende sind noch dort, zum größten Teil in eigenen Siedlungen mit eigenem paramilitärischen Status, isoliert von der Bevölkerung und ihren Familien. Falls diese Verschiebung von Arbeitskräften ursprünglich je freiwilligen Charakter gehabt haben sollte, inzwischen befinden sich diese, oft nicht mehr sehr jungen Jugendlichen in Revolte gegen ihre Lage. Sehr viele kehren ohne Erlaubnis in die Städte zurück, wo sie das Arbeitslosenheer vergrößern.

1980 erhielten 9 Mio. Arbeitssuchende Arbeit, bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl im staatlichen und städtischen Kollektivsektor von 104 Mio. Die Zahl der Arbeitslosen in den Städten wird in ausländischen Quellen auf 12 bis 20 Millionen geschätzt. Trotz dieser großen Anstrengungen zur Senkung der Arbeitslosenziffer blieben demnach noch mehrere Millionen übrig, bevor im Sommer ein neuer Jahrgang die Schulen verläßt.

Die beschlossenen Maßnahmen zur

Wirtschaftsregulierung werden unvermeidlicherweise die Lage bestimmter Teile der Arbeiterklasse noch verschärfen. Die Arbeiter der ganz oder vorübergehend geschlossenen Betriebe erhalten zwar ihren Lohn weiter und sollen Fortbildungs- und Umschulungskurse besuchen, da sie aber ihre Prämien verlieren, sinkt ihr Einkommen, und sie werden die Zahl der Arbeitssuchenden auf jeden Fall vergrößern.

Während sich also die Lebenslage der Volksmassen insgesamt verbessert hat, haben bestimmte Teile der Arbeiterklasse und der Jugend noch unter den Folgen früherer Fehler im wirtschaftlichen Aufbau zu leiden. Das Regulierungsprogramm soll die Inflation stoppen, den Konsum der Volksmassen heben, durch Ausdehnung der arbeitsintensiven Leichtindustrie und der Kollektiv- und Einzelwirtschaft Arbeitsplätze schaffen. Wenn es erfolgreich ist, werden die wirtschaftlichen Ursachen der bekannt gewordenen Streiks und Unruhen Schritt für Schritt beseitigt werden können, auch wenn dies z.B. im Falle der Arbeitslosigkeit ziemlich lange dauern mag. Die Gefahr, daß diese Bewegungen sich ausweiten, wäre aber von den wirtschaftlichen Gründen her gebannt.

Die politische Auseinandersetzung um das Reformprogramm

Aber besteht nicht die Gefahr, daß die politische Unzufriedenheit mit Bürokratie und Mangel an Demokratie die wirtschaftlichen Konflikte verstärkt und ausweitet?

Das Verständnis der politischen Lage in China ist noch weitaus schwieriger als das der wirtschaftlichen Lage, weil noch weniger greifbare Daten vorhanden sind, sowohl was die politischen Meinungen und Auffassungen der Massen im ganzen Land wie auch, was die Auseinandersetzungen in der Partei- und Staatsführung angeht. Ich kann daher nur eine persönliche Einschätzung der Lage geben.

Die Partei- und Staatsführung hat zur Zeit den Prozeß der politischen Reform und Demokratisierung verlangsamt und auf alle Bestrebungen, die, mit richtigen oder falschen Argumenten, raschere Verwirklichung der direkten Demokratie, Freiheit der Kritik an der Partei- und Staatsführung usw. fordern, eine schwere Hand gelegt. Dennoch glaube ich nicht, daß die Hauptauseinandersetzung in China zwischen der derzeitigen Partei- und Staatsführung einerseits und einer eventuellen demokratischen Bewegung der Volksmassen andererseits verläuft. Die wichtigste politische Auseinandersetzung scheint stattzufinden zwischen einer Strömung in der Partei unter Führung von Vizevorsitzenden Deng Xiaoping, Ministerpräsident Zhao Ziyang und Generalsekretär Hu Yaobang, die für die Wirtschaftsregulierung und politische Reformen eintritt und sich dabei auf die zumindest passive Unterstützung großer Teile der Volksmassen stützen kann, einerseits, und einer Strömung, die an einer starken Förderung der Schwerindustrie festhält und, zumindest zum Teil, für einen straffen Zentralismus ohne direkte Beteiligung der Volksmassen an der politischen Macht eintritt. Zu recht oder zu unrecht gilt Parteivorsitzender Hua Guofeng als Repräsentant dieser Tendenz, die aber in sich nicht einheitlich sein dürfte.

Nach dem Sturz der Viererbande 1976 wurden wesentliche Politiken der Zeit vor 1976 noch relativ lange beibehalten, nachdem der Zustand der krassen Rechtlosigkeit und willkürlichen Beschränkung des politischen und wirtschaftlichen Lebens beseitigt war. Unter der Führung des damaligen Premierministers Hua Guofeng wurde 1977 mit dem Ziel der Modernisierung bis zum Jahr 2000 die rasche Steigerung der Schwerindustrieproduktion und die Verdoppelung des Stahlausstoßes innerhalb weniger Jahre propagiert. Politisch wurden etwa in der 1978 verabschiedeten Verfassung die Einschränkungen der Volkssouveränität, die die Verfassung von 1975 gegenüber der von 1954 eingeführt hatte, beibehalten, im wesentlichen die institutionelle Verankerung der Parteiführung als höchstes Organ der Staatsmacht.

Nach Überwindung der politischen Krise, aber auch unter dem Einfluß plötzlich hereinfließenden ausländischen Kapitals erlebte insbesondere die Industrie gegenüber dem deutlichen Rückgang von 1976 in den Jahren 1977 und 1978 einen Aufschwung, die vorhandenen Disproportionen der Volkswirtschaft vergrößerten sich jedoch noch. Die Akkumulationsrate, die seit Anfang der 70er Jahre bei über 30% gelegen hatte, stieg 1978 auf 36,5%.

dürfte.

Nach dem Sturz der Viererbande 1976 wurden wesentliche Politiken der Zeit vor 1976 noch relativ lange beibehalten, nachdem der Zustand der krassen Rechtlosigkeit und willkürlichen Beschränkung des politischen und wirtschaftlichen Lebens beseitigt war. Unter der Führung des damaligen Premierministers Hua Guofeng wurde 1977 mit dem Ziel der Modernisierung bis zum Jahr 2000 die rasche Steigerung der Schwerindustrieproduktion und die Verdoppelung des Stahlausstoßes innerhalb weniger Jahre propagiert. Politisch wurden etwa in der 1978 verabschiedeten Verfassung die Einschränkungen der Volkssouveränität, die die Verfassung von 1975 gegenüber der von 1954 eingeführt hatte, beibehalten, im wesentlichen die institutionelle Verankerung der Parteiführung als höchstes Organ der Staatsmacht.

Nach Überwindung der politischen Krise, aber auch unter dem Einfluß plötzlich hereinfließenden ausländischen Kapitals erlebte insbesondere die Industrie gegenüber dem deutlichen Rückgang von 1976 in den Jahren 1977 und 1978 einen Aufschwung, die vorhandenen Disproportionen der Volkswirtschaft vergrößerten sich jedoch noch. Die Akkumulationsrate, die seit Anfang der 70er Jahre bei über 30% gelegen hatte, stieg 1978 auf 36,5%.

Die 3. Plenartagung des 11. ZK der KP China, die allgemein als ein Sieg der von Deng Xiaoping repräsentierten Linie angesehen wird, beschloß demgegenüber eine Neuausrichtung der Politik, die unter anderem die Wiederherstellung der Rechte der landwirtschaftlichen Kollektive, größere Selbständigkeit der Betriebe, Demokratisierung der politischen Strukturen, eine starke Drosselung des Wachstums der Schwerindustrie zugunsten der Leichtindustrie und der Landwirtschaft sowie eine Senkung der Akkumulationsrate umfaßte.

Diese Politik wird seitdem Schritt für Schritt durchgesetzt, aber nicht ohne Kompromisse und Rückschläge, die sich in der Restrukturierung am gravierendsten auswirken. Offensichtlich wegen des Widerstandes der Verwaltungen und Parteiorganisationen der betroffenen Ministerien, Branchen und Betriebe sowie eines Teils der örtlichen Verwaltungen – z.B. der Stadtverwaltung von Beijing – und eines Teils der Armee gelang es nicht, die Schwerindustrieproduktion und die Akkumulationsrate wesentlich zu senken. Stattdessen wurde für die Förderung der Landwirtschaft, die Lohnerhöhungen usw. ein Haushaltsdefizit in Kauf genommen, das, wie erwähnt, als Hauptursache der Inflation angesehen wird. In KVZ Nr. 13/81 habe ich bereits gezeigt, daß noch auf der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im September 1980, auf der Hua Guofeng als Ministerpräsident zurücktrat, ein Kompromiß geschlossen wurde. Die Investitionen durch die Zentralregierung sollten gesenkt werden, aber die regionalen Behörden erhielten freie Hand, ihre Ausgaben entsprechend zu



In bezug auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung sei China für den westlichen Beobachter voller Paradoxe, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ vergangene Woche. Obwohl zu den ärmsten Ländern gehörig, ließen sich die Mortalitäts- und Morbiditätsstatistiken durchaus mit den ungleich reicheren Ländern vergleichen. So stehe insbesondere die Entwicklung der Lebenserwartung (68 Jahre) in völligem Gegensatz zu den in allen anderen Entwicklungsländern gemachten Erfahrungen. *Bild:* Gewächshaus in einem Wohlfahrtszentrum in Zentralchina.

erhöhen. Das Haushaltsdefizit und anhaltende Inflation wurden hingenommen.

Erst im Dezember 1980, wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck der Unzufriedenheit mit den Auswirkungen der Inflation, beschloß der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, die Beschlüsse der 3. Tagung umzustoßen, das Wachstum der Schwerindustrie hart zu stoppen und das Haushaltsdefizit um jeden Preis auszugleichen. Der Preis dafür ist hoch: Verlustreiche Stillegung zahlreicher Bauprojekte, Ausgleichszahlungen an ausländische Vertragsparteien, vorübergehende Verschärfung sozialer Spannungen in den betroffenen Gebieten und Regionen.

Obwohl die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und die Demokratisierung ihrer Verwaltung Bestandteil des Reformprogramms sind, wurde gleichzeitig beschlossen, die Zahl der Betriebe mit größerer Selbständigkeit nicht zu erweitern. Auch um die Wahlen zu Organen der Arbeiterselbstverwaltung ist es still geworden. In der Armee, dann aber in der ganzen Jugend wurde eine neue Kampagne zum Lernen von Lei Feng begonnen, eines von Mao Zedong Anfang der 60er Jahre ausgezeichneten Soldaten, der für seinen selbstlosen Einsatz für die Interessen des Volkes und für seinen Gehorsam gegenüber der Partei berühmt war. In diesem Zu-

haltende Inflation wurden hingenommen.

Erst im Dezember 1980, wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck der Unzufriedenheit mit den Auswirkungen der Inflation, beschloß der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, die Beschlüsse der 3. Tagung umzustoßen, das Wachstum der Schwerindustrie hart zu stoppen und das Haushaltsdefizit um jeden Preis auszugleichen. Der Preis dafür ist hoch: Verlustreiche Stillegung zahlreicher Bauprojekte, Ausgleichszahlungen an ausländische Vertragsparteien, vorübergehende Verschärfung sozialer Spannungen in den betroffenen Gebieten und Regionen.

Obwohl die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und die Demokratisierung ihrer Verwaltung Bestandteil des Reformprogramms sind, wurde gleichzeitig beschlossen, die Zahl der Betriebe mit größerer Selbständigkeit nicht zu erweitern. Auch um die Wahlen zu Organen der Arbeiterselbstverwaltung ist es still geworden. In der Armee, dann aber in der ganzen Jugend wurde eine neue Kampagne zum Lernen von Lei Feng begonnen, eines von Mao Zedong Anfang der 60er Jahre ausgezeichneten Soldaten, der für seinen selbstlosen Einsatz für die Interessen des Volkes und für seinen Gehorsam gegenüber der Partei berühmt war. In diesem Zu-

sammenhang steht auch eine Bewegung zur Schaffung einer „sozialistischen geistigen Zivilisation“, deren Kernstück die sozialistische Moral des Dienstes am Volk ist. (Vgl. Beijing Rundschau, Nr. 10/81.) Die Verhaftungen von Redakteuren von Zeitungen der „demokratischen Opposition“ hängt ebenfalls mit dieser Kampagne zur Stärkung der Führung der Partei zusammen.

Die Maßnahmen haben eine doppelte Stoßrichtung. Einerseits sollen sie den Widerstand gegen das Restrukturierungsprogramm schwächen und insbesondere auch die Armee unter der Führung der Partei zusammenschließen. Andererseits soll der ideologische Einfluß der Partei unter der Jugend gefestigt werden und die oppositionellen Tendenzen sollen isoliert werden.

Es gibt Gerüchte über Unzufriedenheit in Teilen der Armee, die sich sowohl gegen den Prozeß gegen die Viererbande, gegen die Kürzungen der Ausgaben für Schwerindustrie und Verteidigung wie auch gegen die Anzeichen kritischer Selbständigkeit richten, die besonders unter Künstlern und Jugendlichen im Rahmen der bisherigen Demokratisierung gewachsen ist. Warum stützt sich die Führung um Deng Xiaoping im Kampf gegen diese, man könnte sagen: konservative Tendenz, nicht auf Kräfte, die rasche Demokratisierung und eine rasche Änderung ihrer materiellen Lage fordern, also vor allem auf die politisch aktiven jungen Arbeiter und Studenten?

Zumindest ein Teil der oppositionellen Gruppen und Zeitungen betrachtet die Führung der KP China als Repräsentantin einer „bürokratischen Klasse“ und bestreitet ihr grundsätzlich das Recht auf politische Führung (vgl. China aktuell 2/81). Die KP China ihrerseits unternimmt mit der Kampagne für die Schaffung einer „sozialistischen geistigen Zivilisation“ seit 1976 wohl den ersten systematischen und breitangelegten Versuch, ihren ideologischen Einfluß unter der Jugend zurückzuerobern und zu festigen. Offensichtlich fürchtet die Parteiführung, nachdem das Ansehen der Partei und des Marxismus-Leninismus durch ihre Verstümmelung in der Kulturrevolution und unter der Viererbande stark gelitten haben und angesichts der vorhandenen Erscheinungen der Bürokratisierung, daß eine rasche Freigabe der Freiheit der Kritik ihren Einfluß wieder untergraben würde, in einer Lage, in der politische Einheit zur Durchsetzung des wirtschaftlichen Reformprogramms als unbedingt notwendig erscheint.

Zweitens fürchtet die Parteiführung offensichtlich eine weitere Zunahme des ideologischen Einflusses des kapitalistischen Auslandes. Die unlängst erlassenen Richtlinien des Staatsrates über die Einschränkung und die Kontrolle des Umgangs mit Ausländern zielen offensichtlich außer auf Korruption und Schmuggel auch auf eine ideologische Infiltration durch bürgerliches Gedankengut ab.

Der dritte und möglicherweise wichtigste Grund ist die Befürchtung, daß angesichts der unsicheren Kräftever-

na aktuell 2/81). Die KP China ihrerseits unternimmt mit der Kampagne für die Schaffung einer „sozialistischen geistigen Zivilisation“ seit 1976 wohl den ersten systematischen und breitangelegten Versuch, ihren ideologischen Einfluß unter der Jugend zurückzuerobern und zu festigen. Offensichtlich fürchtet die Parteiführung, nachdem das Ansehen der Partei und des Marxismus-Leninismus durch ihre Verstümmelung in der Kulturrevolution und unter der Viererbande stark gelitten haben und angesichts der vorhandenen Erscheinungen der Bürokratisierung, daß eine rasche Freigabe der Freiheit der Kritik ihren Einfluß wieder untergraben würde, in einer Lage, in der politische Einheit zur Durchsetzung des wirtschaftlichen Reformprogramms als unbedingt notwendig erscheint.

Zweitens fürchtet die Parteiführung offensichtlich eine weitere Zunahme des ideologischen Einflusses des kapitalistischen Auslandes. Die unlängst erlassenen Richtlinien des Staatsrates über die Einschränkung und die Kontrolle des Umgangs mit Ausländern zielen offensichtlich außer auf Korruption und Schmuggel auch auf eine ideologische Infiltration durch bürgerliches Gedankengut ab.

Der dritte und möglicherweise wichtigste Grund ist die Befürchtung, daß angesichts der unsicheren Kräftever-

hältnisse in Partei und Staatsapparat eine auch nur vorübergehende Destabilisierung der politischen Lage unter der städtischen Jugend den konservativen Kräften Gelegenheit geben würde, den gesamten Reformprozeß zu stoppen und rückgängig zu machen. Damit wäre nicht nur die wirtschaftliche Restrukturierung, der die jetztige Führung absolute Priorität einräumt, sondern auch die darauf aufbauenden Schritte zur Demokratisierung gefährdet.

Der Schriftsteller Bai Hua

Wie oft in China findet der Kampf zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei in Form einer Auseinandersetzung über Werke der Kunst und Literatur statt. Die Geschichte der Kritik an dem Schriftsteller Bai Hua wirft ein Licht auf die Versuche eines Teils der Kräfte, die ich konservativ genannt habe, nicht nur die bereits errungenen demokratischen Rechte wieder einzuschränken, sondern auch die Debatte über die Kulturrevolution und ihre Folgen und die Ursachen der jetzigen Lage zu ersticken. Sie zeigt aber auch, daß die Möglichkeiten bereits beschränkt sind.

Bai Hua ist selbst Armeeoffizier. Er soll Dramaturg der Schauspieltruppen der Wuhaner Militärregion und stellvertretender politischer Leiter dieser Truppen sein. Auf dem Schriftstellerkongreß im November 1979 hat er eine scharfe Rede gegen bürokratische Gängelung der Künstler gehalten (Auszüge davon in Chinese Literature 4/80).

1979 hatte er ein Filmdrehbuch veröffentlicht, nach dem im vorigen Jahr ein Film mit dem Titel „Sonne und Menschen“ gedreht wurde. Der Film erzählt die Geschichte eines patriotischen Malers, der von der Kuomintang gezwungen wird, China zu verlassen, aber nach der Befreiung zurückkehrt. Während der Kulturrevolution werden er und seine Familie wegen ihrer Beziehungen zum Ausland ohne jede Berechtigung furchtbar verfolgt. Seine Tochter beschließt, China zu verlassen. Als er erklärt, er wolle auf jeden Fall in seinem Vaterland bleiben, hält sie ihm entgegen: „Du liebst unser Land, aber liebt unser Land auch dich?“ Der Film endet damit, daß er an den Folgen der Verfolgung in Einsamkeit stirbt, und mit einem großen Fragezeichen, das auf der Leinwand erscheint, ein Unterschied zu den meisten chinesischen Filmen, die, auch wenn sie die bedrückendsten Stoffe behandeln, immer zu einem zwanghaft optimistischen Schluß finden.

Der Film soll von höchsten Partei- und Staatsführern begutachtet und kritisiert worden sein, und Deng Xiaoping soll drei Änderungen angeordnet haben. Ein solches enges Interesse der politischen Führung zeichnet das Kulturleben in China in der Tat noch aus. Aber soweit wäre alles gut gewesen.

Am 18.4.81 erschien in der „Zeitung der Befreiungsarmee“ eine seitenlange Kritik an diesem Film, in der der zitierte Satz der Tochter, also nicht einmal des Helden, der sich ja positiv von ihr abheben soll, zum Anlaß genommen

erzählt die Geschichte eines patriotischen Malers, der von der Kuomintang gezwungen wird, China zu verlassen, aber nach der Befreiung zurückkehrt. Während der Kulturrevolution werden er und seine Familie wegen ihrer Beziehungen zum Ausland ohne jede Berechtigung furchtbar verfolgt. Seine Tochter beschließt, China zu verlassen. Als er erklärt, er wolle auf jeden Fall in seinem Vaterland bleiben, hält sie ihm entgegen: „Du liebst unser Land, aber liebt unser Land auch dich?“ Der Film endet damit, daß er an den Folgen der Verfolgung in Einsamkeit stirbt, und mit einem großen Fragezeichen, das auf der Leinwand erscheint, ein Unterschied zu den meisten chinesischen Filmen, die, auch wenn sie die bedrückendsten Stoffe behandeln, immer zu einem zwanghaft optimistischen Schluß finden.

Der Film soll von höchsten Partei- und Staatsführern begutachtet und kritisiert worden sein, und Deng Xiaoping soll drei Änderungen angeordnet haben. Ein solches enges Interesse der politischen Führung zeichnet das Kulturleben in China in der Tat noch aus. Aber soweit wäre alles gut gewesen.

Am 18.4.81 erschien in der „Zeitung der Befreiungsarmee“ eine seitenlange Kritik an diesem Film, in der der zitierte Satz der Tochter, also nicht einmal des Helden, der sich ja positiv von ihr abheben soll, zum Anlaß genommen

wird, dem Drehbuchautor folgende gefährliche Hüte aufzusetzen: Er verstoße gegen den Patriotismus und die „Vier grundlegenden Prinzipien“ („Am sozialistischen Weg festhalten, an der Führung durch die KP China festhalten, an der Diktatur des Proletariats festhalten und am Marxismus-Leninismus und den Mao Zedong-Ideen festhalten“). Er verherrliche den Anarchismus, den extremen Individualismus und den kapitalistischen Liberalismus. Der Artikel erregte Aufsehen, weil seit dem Sturz der Viererbande niemand mehr in dieser Weise angegriffen worden ist. Der Angriff zielte offensichtlich auf die politische Vernichtung des Schriftstellers ab. Ein Antrag, ihn aus Armee und Partei auszustoßen, folgte auf dem Fuße. Der Artikel wurde noch in der „Beijinger Tageszeitung“ nachgedruckt. Aber dann blieb die Attacke stecken.

Keine andere Zeitung schloß sich der Kritik an, vielmehr herrschte Schweigen. Versuche, Erklärungen von Schriftstellern gegen Bai Hua zu sammeln, schlugen fehl. Die Ausschlußanträge wurden zurückgewiesen. In der letzten Woche ließ der militärische Vorgesetzte Bai Huas in der Beijinger Abendzeitung einen Brief einrücken, in dem er, im Hinblick auf die zahlreichen empörten und besorgten Anfragen, mitteilte, daß sich der Dichter an seinem Arbeitsplatz in Wuhan befinde, man diskutiere seine Fehler mit ihm, aber er sei wohlauf und arbeite an einem neuen Drehbuch. Der Wahrheit zuliebe muß ich mitteilen, daß „Sonne und Menschen“ bisher nicht in den Kinos angelaufen ist, aber das wird, früher oder später, sicher auch noch geschehen.

Krieg Iran – Irak und die inneren Widersprüche im Iran

bep. Der Krieg ist schon lange kein ,,richtiger Krieg" mehr. Entlang einer langen Frontlinie, zumeist auf iranischem Gebiet, liegen sich die iranischen und irakischen Truppen gegenüber. Militärische Operationen erfolgen in Gestalt von Artillerieduellen, von Vorstößen und Gegenvorstößen mit begrenzten Kräften und ohne bedeutende Resultate, und – von iranischer Seite – in Gestalt von Guerillaaktionen, die den Irakern Verluste zufügen, aber die Front nicht bewegen. Der Iran hat seine militärische Position seit einigen Monaten konsolidiert und vermag offenbar Druck auf die irakischen Positionen auszuüben, ist aber zu einer wirklichen Offensive nicht in der Lage.

Die lange Dauer des Krieges müßte sich zugunsten des Iran, der über die weitaus größeren Ressourcen verfügt, auswirken, aber die Lage im Hinterland verhindert die Nutzung dieser Ressourcen. Der Zeitpunkt ist absehbar, an dem die inneren Widersprüche nicht mehr durch die nationale Mobilisierung gegen den Kriegsgegner Irak gekittet werden können. Die Beschäftigten der Stahlindustrie in Ahwaz, der Provinzhauptstadt der teilweise besetzten Provinz Khusistan, streikten letzte Woche. Nach Angaben einer iranischen Zeitung wurden die Arbeiter, die Lohnforderungen erhoben hatten, mit Schüssen am Betreten der Fabriken gehindert. Auch in der Textilindustrie der südiranischen Stadt Yazd und in der Raffinerie von Schiraz soll es Streiks gegeben haben.

Die Pattsituation an der militärischen Front läßt auch die Position des Staatspräsidenten Bani Sadr, der zugleich militärischer Oberbefehlshaber ist, abbröckeln. Die Parlamentsmehrheit der Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) und die Regierung Rajai setzen ihre Bemühungen fort, die Kompetenzen des Staatspräsidenten zu beschneiden. Ein Beschluß des Parlaments, die Ernennung des Zentralbankgouverneurs, die bis jetzt in den Händen des Präsidenten liegt, dem Parlament zu übertragen, scheiterte allerdings am Einspruch des ,,Wächterrats" der islamischen Rechtsgelehrten, der über die Verfassungsmäßigkeit von Parlamentsbeschlüssen entscheidet. Nach dpa-Berichten hat Khomeini in einer öffentlichen Ansprache den Staatspräsidenten in scharfen Worten gewarnt, seine Kompetenzen nicht zu überschreiten und sich nicht in die Aufgaben anderer Politiker einzumischen. Wenn es zutrifft, daß Khomeini Bani Sadr öffentlich scharf angegriffen hat, bedeutet das eine erhebliche Verschärfung der Situation, denn bis jetzt hat Khomeini stets mit aller Kraft zu vermitteln versucht. Mehr oder weniger offen existiert im Kampf gegen die Diktatur der IRP ein Bündnis zwischen Bani Sadr und den Volksmudjahedin, der revolutionär-islamischen Organisation, die ihren Hauptanhang unter der städtischen Jugend hat und inzwischen wohl die stärkste Kraft der politischen Opposition darstellt.

Kongreß der KP Finnlands hält an der Einheit der Partei fest

coi.Stockholm. Schon die Zusammensetzung der Delegierten zeigt das Dilemma der KPFi: 296 gehörten der Mehrheits-, 226 der fest der SU ergebenen Minderheits-Fraktion an. Diese Fraktionen bilden seit 1969 faktisch zwei Parteiorganisationen mit eigenen Zeitungsorganen. Der Kongreß stand ganz im Zeichen der Versuche, die Einheit der Partei wiederherzustellen. Im Ergebnis ist die formale Einheit der Partei zwar gewahrt worden, doch die Fraktionen und die ihnen zugrundeliegenden politischen Widersprüche bestehen weiterhin.

Dies drückt sich in der Wiederwahl Saarinens und Sinisalos als Vertreter der jeweiligen Fraktionen zum Vorsitzenden bzw. Stellvertreter der KPFi sinnfällig aus. Im Zentralkomitee soll das Kräfteverhältnis mit 29 zu 21 und im Politbüro mit 10 zu 6 zugunsten der Mehrheitsfraktion stehen. Die Wiederwahl der beiden erfolgte, obwohl die Kongreßmehrheit ihren Rücktritt und die Wahl eines neuen Vorstandes gefordert hatte. Obwohl Saarinen noch im April festgestellt hatte, daß ,,die Lage in der Partei Züge trägt, die an die Krise der polnischen Partei erinnern; die Mitgliedschaft verliert das Vertrauen in die Führung", kam das Aufbegehren der Kongreßmehrheit gegen die alten Repräsentanten der Parteispaltung in dieser Wucht für den Parteivorstand doch überraschend. Nur die Weigerung der vorgeschlagenen Kandidaten, sich zur Wahl zu stellen, konnte den Sturz der Parteiführung verhindern. Der Kongreß beauftragte jedoch das ZK, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, wenn der Vorstand innerhalb eines Jahres keinen Fortschritt in der Einigung der Fraktionen erzielen sollte.

Die sowjetische Delegation unter Leitung des Politbüro-Mitglieds Romanow soll ,,zeitweilig ein aktives Interesse an den bevorstehenden Entscheidungen gezeigt haben". (Hufvudstadsbladet, 25.5.) Drei Wochen vor Kongreßbeginn hatten Saarinen und Sinisalo in Moskau ein gemeinsames Treffen mit Suslow, von dem sie mit ,,Optimismus für die Herstellung der Parteieinheit" zurückkehrten. Die KPdSU ist an einer Spaltung der KPFi ganz offenbar nicht interessiert, allerdings auch nicht am vollständigen Austausch der Parteiführung. Romanow nutzte die Grußadresse, um ,,gewisse finnische Kreise" anzuklagen, die Bedeutung des Freundschafts- und Beistandsvertrages herunterzuspielen. Gemeint sind diejenigen, die in der gegenwärtigen, ungewöhnlich freimütigen Diskussion um diesen Vertrag die Ansicht vertreten, er müsse auf den Fall eines tatsächlich erfolgten militärischen Angriffs auf Finnland beschränkt werden. Im Gegensatz zur Mehrheitsfraktion der KPFi tritt die Minderheit für eine direkte militärische Zusammenarbeit mit der SU ein.

Der Skandal um die Freimaurer-Loge ,,P2" zwingt Regierung zum Rücktritt

hah. Es war eine der Grundthesen Gramscis, zur Eroberung der ,,Hegemonie" der Arbeiterklasse reiche es nicht aus, den bewaffneten Aufstand zur Errichtung der Räte-Republik anzustreben, sondern es sei nötig, schon vorher auf kulturellem, moralischem und ideologischem Gebiet die ,,Hegemonie" der Bourgeoisie zu brechen und durch die der Arbeiterklasse zu ersetzen. Auf moralischem Gebiet ist die italienische Bourgeoisie seit mehreren Jahren dabei, das Geschäft der Demontage selbst zu erledigen, und zwar mit erstaunlicher Konsequenz.

Die Vorgeschichte des Skandals um die Freimaurer-Loge ,,P 2" (= ,,Propaganda 2"): Am 16. März fand eine Durchsuchung der Wohnung des Logen-Großmeisters Gelli statt, weil die Loge in den Verdacht geraten war, dem italienischen Großbetrüger Sindona, der jetzt in den USA im Knast sitzt, zur Flucht aus Italien verholfen zu haben. Sindona, ehemaliger Architekt des Finanzimperiums des Vatikans und großzügiger Zahler von Bestechungsgeldern an fast alle bürgerlichen Spitzenpolitiker Italiens, hatte durch eine Serie betrügerischer Bankrotte ihm gehöriger Banken in Italien und in den USA den Pfad der bürgerlichen Tugend verlassen.

Die Hausdurchsuchung bei Gelli förderte Akten zutage, die weit über diesen Fall hinausgingen. Die Wirkung war ungefähr, als hätte er einen Fisch fangen wollen und dabei eine Krake ans Licht gezogen, die so groß ist wie der ganze See. Aus den aufgefundenen Mitgliederlisten der ,,P 2" ergibt sich das Bild eines geheimen Staates *im* Staat: u.a. 49 Bankiers und 83 Großindustrielle; 179 Angehörige des Heeres, der Marine, der Luftwaffe, der Carabinieri, der Polizei und der Zollpolizei (darunter 42 Generäle und Admirale); 18 hohe Verwaltungs- und Justizfunktionäre; 3 amtierende Minister (2 Sozialisten, 1 Christdemokrat) und viele Staatssekretäre; 43 Parlamentarier und Senatoren (*aller* Parteien, vor allem der DC, außer der KPI, der Radikalen Partei und der links von der KPI stehenden Pdup), u.a. der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Longo; 2 Gewerkschaftsfunktionäre (der CISL und der UIL); Journalisten, Verleger, Fernseh-Chefs, Diplomaten, Geheimdienstler. Der Aufbau der ,,P 2" entspricht den Prinzipien der Illegalität; kein ,,einfaches" Mitglied kennt den Umfang der Gesamtorganisation; diese Kenntnisse sind dem Ehrwürdigen Großmeister Gelli und einigen seiner ,,Wächter" vorbehalten.

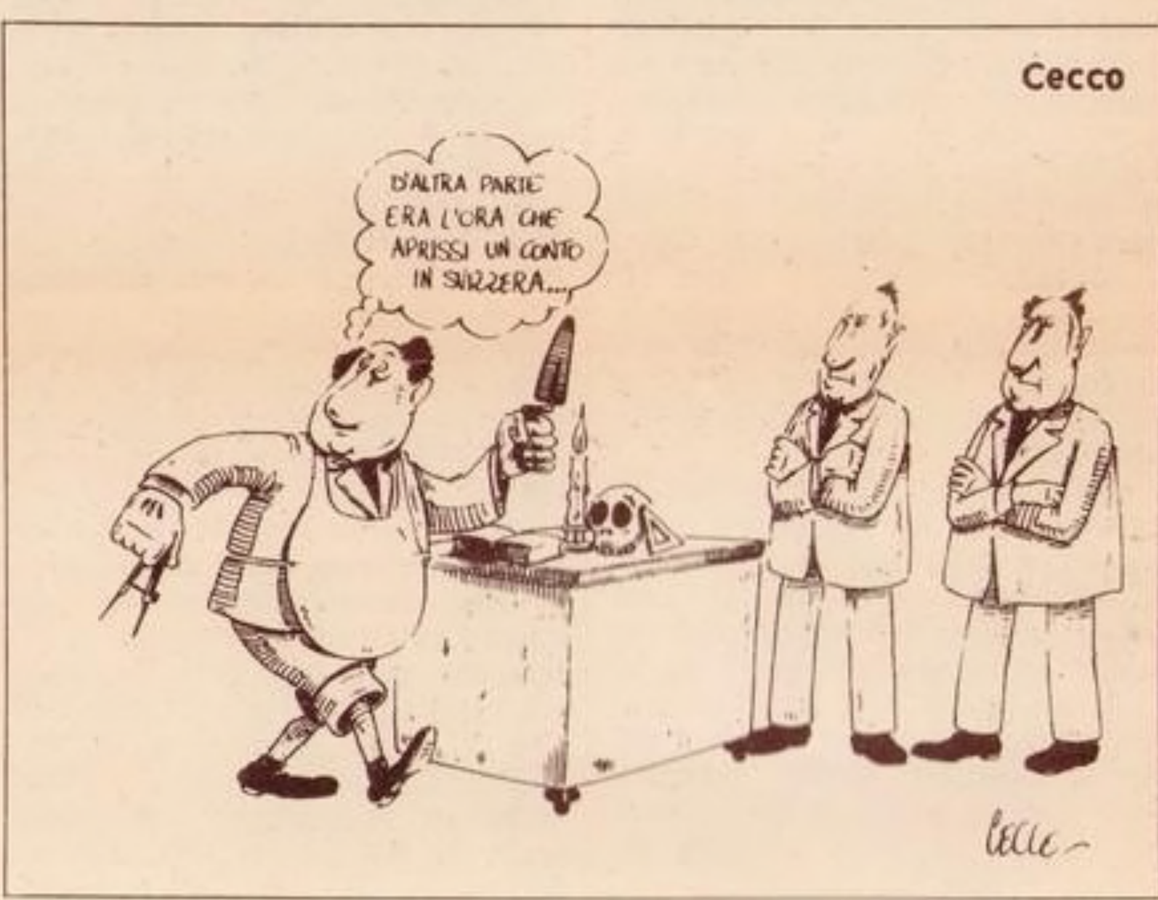
Gelli selbst, gegen den inzwischen Haftbefehl erlassen ist, ist ein bekannter ehemaliger Faschist, der sich am Ende der Mussolini-Ära besonders bei der Verfolgung junger Partisanen und Kriegsdienstverweigerer hervortat. Unter den Gelli-Dokumenten befand sich auch ein ,,Politisches Programm", das u.a. vorsieht: Eine neue Verfassung (Einführung eines Präsidialsystems), Auflösung der Gewerkschaften, Neubestimmung der Aufgaben der Sicherheitskräfte, Staatskontrolle über Presse, Funk und Fernsehen, Abschaffung der parlamentarischen Immunität. Nach Angaben von General Picchiotti, ,,Wächter" und rechte Hand Gellis, haben sich bereits über 800 Personen um dieses Programm gruppiert (auch über die Logen-Mitglieder hinaus).

Vor allem geht aber aus den vorgefundenen Dokumenten hervor, welchen vielfältigen Tätigkeiten Gelli bzw. die P 2-,,Brüder" unter seiner Aufsicht und fürsorglichen Anleitung nachgingen:

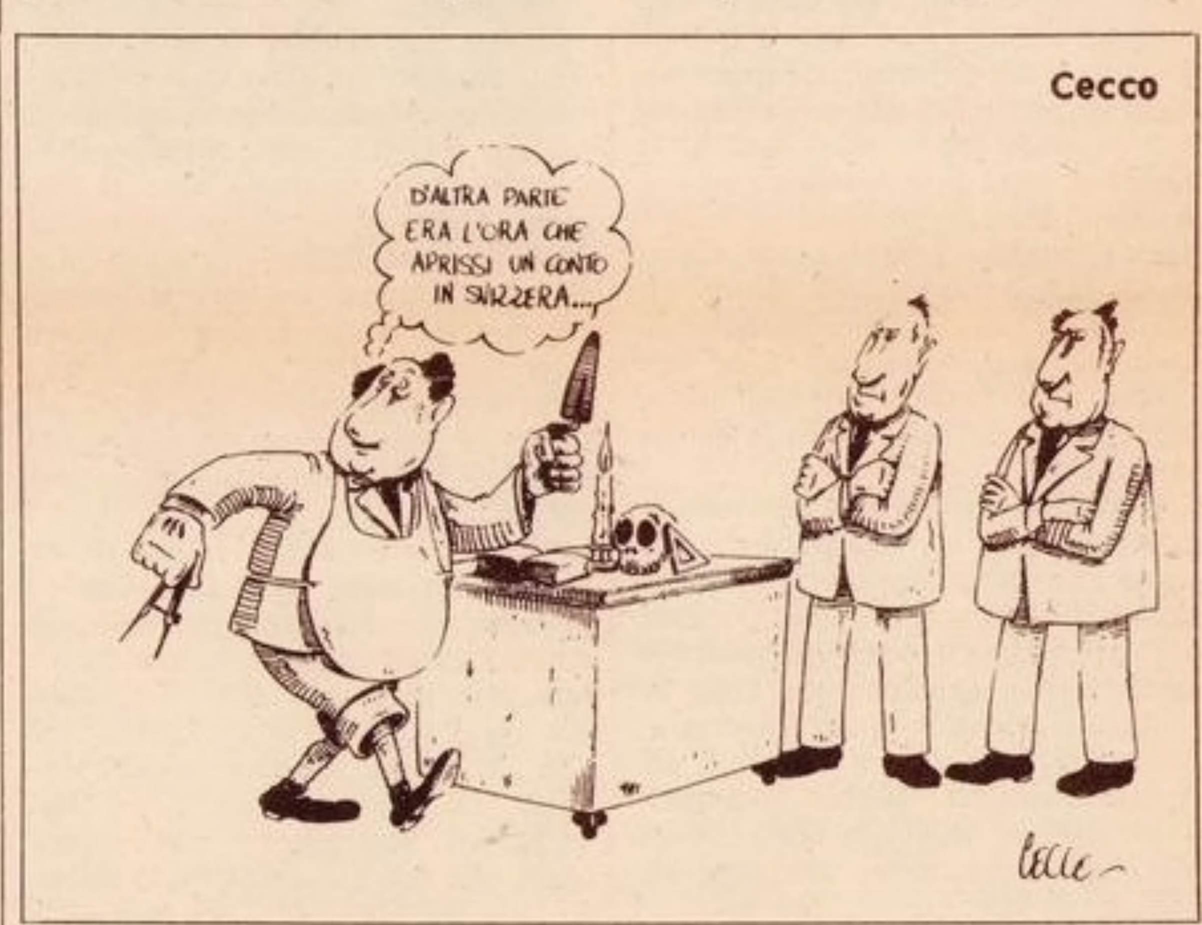
- Spionage und Erpressung: die P 2-Loge hat beste Beziehungen zu den italienischen Geheimdiensten, von denen viele Funktionäre ,,Brüder" sind, insbesondere auch einige ehemalige Geheimdienstchefs, die wegen aufgedeckter Putschpläne von ihren Ämtern entbunden sind. Auch die Beziehungen zur CIA und zum BND sollen eng sein. Von der italienischen Regierung für geheim erklärte Dokumente – z.B. über Wirtschaftsskandale mit internationalen Implikationen – fanden sich im Schreibtisch Gellis wieder. Verschiedene Leute, die in die faschistischen Bomben-Anschläge des letzten Jahrzehnts verwickelt waren, erwiesen sich als ,,Brüder". Unter den Dokumenten fanden sich ausführliche Dossiers über alle italienischen Spitzenpolitiker, von Andreotti bis Berlinguer, vermutlich Kopien aus den Geheimdienst-Archiven.
- Protektion, Bestechung, Schiebung, Geschäft: die ,,ehrenwerte Gesellschaft" beackerte hier ein so weites Feld, daß es jetzt fast unmöglich ist, die Übersicht über nun alle ins Rollen gekommenen Skandale zu behalten. Z.B. der Mailänder Großbankier Calvi, der sein Finanz-Imperium von den Bahamas aus dirigierte und inzwischen wegen gigantischer Devisen-Schiebereien im Gefängnis sitzt, war ,,Bruder"; inzwischen ist bewiesen, daß auf Anweisung Gellis ,,Brüder" an höchster Stelle im italienischen Justizapparat zu seinen Gunsten tätig wurden. Der spektakuläre Verkauf der größten italienischen Zeitung, des ,,Corriere della Sera", an eben diesen Calvi erwies sich inzwischen als Geschäft zwischen ,,Brüdern". Ein großes Erdölgeschäft mit Saudi-Arabien, bei dem saudische Prinzen und italienische Spitzenpolitiker gleichermaßen bestochen wurden, hat die Loge in die Wege geleitet.

Die Reaktion der meisten aufgedeckten Logen-,,Brüder": heftige Beteuerung, nichts damit zu tun zu haben. Am lautesten schrie ,,Bruder" und Sozialdemokrat Longo, der auch sonst nicht als der schlaueste gilt: ,,Das ist ein gewalttätiger und brutaler Anschlag auf die Institutionen ... Das sind unerträgliche, summarische Verurteilungen faschistischer und stalinistischer Machart" (in den Aufzeichnungen Gellis wird Longo als ,,besonders pünktlicher Beitragszahler" gelobt). Inzwischen wird auch die Theorie verbreitet, die Tatsache, daß sich im Verzeichnis der Logen-Brüder kein KPI-Mitglied finde, sei der Beweis, daß der ganze Skandal auf eine kommunistische Verschwörung zurückzuführen sei.

Es half alles nichts: die Regierung Forlani mußte zurücktreten, ein Schwung von Bankiers landete im Gefängnis, Generäle wurden vorerst auf Eis gelegt, der Chefredakteur des italienischen Fernsehens trat zurück. Forlani hat umgehend den Auftrag für eine Regierungsneubildung zurückerhalten, er wird es noch einmal mit der alten Koalition zwischen DC, Sozialisten, Republikanern und Sozialdemokraten versuchen. Aber die Aussichten sind schlecht: ,,P 2" steckt allen in den Gliedern, und am 17. Juni werden fast alle Regional-, Provinzial- und Kommunalparlamente neu gewählt.



Schüssen am Betreten der Fabriken gehindert. Auch in der Textilindustrie der südiranischen Stadt Yazd und in der Raffinerie von Schiraz soll es
städtischen Jugend hat und inzwischen wohl die stärkste Kraft der politischen Opposition darstellt.
sen Fall hinausgingen. Die Wirkung war ungefähr, als hätte er einen Fisch fangen wollen und dabei eine Krake ans Licht gezogen, die so groß ist wie der ganze See. Aus den aufgefundenen Mitgliederlisten der ,,P 2" ergibt sich das Bild eines geheimen Staates im Staat: u.a. 49 Bankiers und 83 Großindustrielle; 179 Angehörige des Heeres, der Marine, der Luftwaffe, der Carabinieri, der Polizei und der Zollpolizei (darunter 42 Generäle und Admirale);
Feld, daß es jetzt fast unmöglich ist, die Übersicht über nun alle ins Rollen gekommenen Skandale zu behalten. Z.B. der Mailänder Großbankier Calvi, der sein Finanz-Imperium von den Bahamas aus dirigierte und inzwischen wegen gigantischer Devisen-Schiebereien im Gefängnis sitzt, war ,,Bruder"; inzwischen ist bewiesen, daß auf Anweisung Gellis ,,Brüder" an höchster Stelle im italienischen Justizapparat zu
lienischen Fernsehens trat zurück. Forlani hat umgehend den Auftrag für eine Regierungsneubildung zurückerhalten, er wird es noch einmal mit der alten Koalition zwischen DC, Sozialisten, Republikanern und Sozialdemokraten versuchen. Aber die Aussichten sind schlecht: ,,P 2" steckt allen in den Gliedern, und am 17. Juni werden fast alle Regional-, Provinzial- und Kommunalparlamente neu gewählt.
Kongreß der KP Finnlands hält an der Einheit der Partei fest



Die italienische Wochenzeitschrift ,,Panorama" erfuhr Einzelheiten über den Aufnahme-Ritus in ,,P2". Üblicher Ort: Rom, Hotel Excelsior, Zimmer Nr. 176. Der Kandidat erscheint im blauen Anzug. Vor dem Ehrwürdigen Großmeister Gelli und dem Großen Wächter General Picchiotti verliest der Kandidat einige rituelle Formeln, krempelt sich dann die Hose bis zu den Knien hoch und umrundet dreimal eine Art Altar. Dann umarmen ihn die beiden Logen-Meister dreimal und überreichen ihm ein Paar weiße Handschuhe und eine einfache Schürze. Der ,,Repubblica"-Karikaturist läßt den Kandidaten bei dieser Zeremonie vor sich hinmurmeln: ,,Was soll's, schließlich wurde es Zeit, daß ich in der Schweiz ein Konto eröffnete ..."

Wahlerfolg für die KP Zyperns bei Parlamentswahlen

thf. 12 von 35 Parlamentssitzen, die den Griechischzyprioten zustehen, konnte die auf Linie der Sozialimperialisten agierende KP Zyperns gewinnen. Mit 32,8% wurde sie stärkste Partei. Die Partei des Präsidenten Kyprianou erhielt nur 8 Sitze. An der Regierung wird sich allerdings nichts ändern. Zum einen wird sie vom Präsidenten eingesetzt und Präsidentschaftswahlen sind erst in zwei Jahren, zum anderen war Kyprianou in den ansonsten erbittert geführten Wahlen von der KP mit Glace-Handschuhen angefaßt und auch nur mit deren Unterstützung Präsident geworden. Die zweitstärkste Partei, die des ehemaligen Parlamentspräsidenten Klerides, erhielt ebenfalls 12 Sitze. Die Wahlen zu den 15 Sitzen der Türkischzyprioten finden im Juni statt.

Fischer erreichen Abbruch von US-japanischem Manöver

wos. Die innenpolitische Diskussion in Japan wird derzeit vom Verhältnis zu den USA beherrscht. Nachdem ein amerikanisches Atom-U-Boot vor kurzem einen japanischen Frachter versenkt hatte – die Sache ist immer noch nicht ganz aufgeklärt –, zerschnitten jetzt Kriegsschiffe beider Staaten während eines gemeinsamen Manövers in der Japan-See die Netze von 42 japanischen Fischerbooten. Der Zorn der Fischer veranlaßte das Außenministerium, vom Verteidigungsamt und der US-Botschaft den Abbruch des Manövers zu verlangen. Die Fischer fordern Schadenersatz. Gleichzeitig hat Ex-Botschafter Reischauer gezielt herausgelassen, daß schon seit 1961 mit Atomwaffen bestückte US-Kriegsschiffe japanische Häfen anlaufen. Die japanische Regierung, die verbal stets hehre Prinzipien gegen dergleichen hochgehalten hatte, steht jetzt als der Gelackmeierte da, der sie nach US-Wunsch wohl auch sein soll.

Gemeinsamer Rat der Golfstaaten

chm. Saudi-Arabien, Katar, Bahrein, Oman, Kuweit und die Vereinigten Arabischen Emirate, alle sechs Anrainerstaaten am Persischen Golf, haben die Gründung eines gemeinsamen ,,Golf-Kooperationsrates" beschlossen. Die Zusammenarbeit soll in folgenden Punkten intensiviert werden: Einrichtung eines einheitlichen Finanzsystems, Handel, Verkehr, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Tourismus und Verwaltung, Industrie und Landwirtschaft. Ein Investitionsfonds von 6 Mrd. $ für Projekte außerhalb der Golfregion ist eingerichtet worden. In militärischen Fragen konnte keine Einheit erzielt werden: Oman wollte eine westliche Militärhilfe für die Sicherung der Straße von Hormuz beanspruchen. Die anderen Staaten, auch Saudi-Arabien, vertraten den Standpunkt, daß die Golfregion von beiden Supermächten freigehalten werden solle.

Zwei chinesische Dörfer an der Grenze zu Vietnam evakuiert

thf. Nach der dritten schweren Provokation an der chinesisch-vietnamesischen Grenze im Mai durch die vietnamesischen Truppen mußten jetzt zwei chinesische Dörfer in der Provinz Junnan in Grenznähe evakuiert werden. Die Dörfer hatten am Freitag, dem 22.5., erst unter vietnamesischen Artilleriebeschuß gestanden, danach versuchten die Vietnamesen einen Überfall, der aber von chinesischen Soldaten abgewehrt werden konnte. 40 Tote, Zivilisten und Soldaten, hat es bei diesem Überfall auf chinesischer Seite, über 80 tote Soldaten auf vietnamesischer Seite gegeben. – Auch von Laos aus starteten die Vietnamesen eine Provokation. Dabei drangen als Laoten verkleidete vietnamesische Soldaten 600 Meter auf chinesisches Gebiet vor, töteten einen Chinesen und verletzten drei. Seit dem chinesischen Gegenschlag 1979 hatte es von Laos aus solche Angriffe nicht gegeben.

Wahlen in den Niederlanden: Regierungskoalition verlor

thf. Ihre absolute Mehrheit verlor die Regierungskoalition in den Niederlanden bei den Wahlen zum Parlament. Von den 150 Sitzen hat die bisherige Koalition aus Christdemokraten und Liberalen nur noch 74. Die größten Verluste steckten allerdings die Sozialdemokraten ein. Über 5% gleich 9 Parlamentssitze verloren sie. Gewonnen haben vor allem die linken Liberalen der Gruppe D 66, die von 8 auf 17 Sitze kamen. Gewonnen haben auch die Kommunisten, von 2 auf 3 Sitze, und die Pazifisten-Sozialisten von 1 auf 3 Sitze. D 66 will eine Regierungskoalition mit Sozialdemokraten und Christdemokraten eingehen und die Liberalen, die als einzige unumwunden die geplante Stationierung von 48 amerikanischen Atomraketen befürworten, aus der Regierung raushalten. Diese geplante Stationierung war eines der hauptsächlichen Wahlkampfthemen.

Nordirland: 25000 bei der Beerdigung von Raymond McCreesh

lup. 25000 nahmen am 23. Mai an der Beerdigung des nach einem 61tägigen Hungerstreik gestorbenen IRA-Häftling Raymond McCreesh teil und demonstrierten dadurch ihre Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks. Bei den Gemeinderatswahlen in Nordirland am vergangenen Wochenende gewann die die Forderungen des Hungerstreiks unterstützende Irish Independence Party 21 Sitze. Gleichzeitig konnte in den protestantischen Gebieten die sektiererische protestantische Partei unter Führung des Pfarrers Ian Paisley die Zahl ihrer Sitze auf 142 auf Kosten der gemäßigten protestantischen Parteien verdoppeln. Die Sinn Fein, der politische Flügel der IRA, hatte die Wahlen aus Protest gegen die britische Besatzung boykottiert.

Die französische Linke zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie

Neue Wahlen in Frankreich / Historische Wende oder Einleitung einer Enttäuschung?

bep. Auf den Straßen waren die Freudenfeiern kaum zu Ende, als die Verlierer der Wahl den bevorstehenden Amtsantritt Mitterands auf ihre Weise begrüßten: Die Börsenkurse fielen, am raschesten die Aktienkurse der Großunternehmen, die auf Mitterands Verstaatlichungsliste stehen; die Währungsspekulation drückte den ohnehin wackligen Kurs des Franc nach unten. Die Nationalbank mußte massiv intervenieren und einen Teil ihrer Währungsreserven zur Franc-Stützung opfern. Der Zinssatz wurde scharf nach oben geschraubt, die Devisenkontrollen wurden verschärft. Die Turbulenz legte sich bald wieder, die Drohung blieb.

Mitterand ist auf sieben Jahre gewählt – dem französischen Präsidialsystem entsprechend – mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet. Als Staatspräsident beruft er den Premierminister (und kann ihn auch wieder entlassen); dieser bildet die Regierung, ohne Beteiligung des Parlaments. Der Staatspräsident kann einmal im Jahr das Parlament auflösen. Die Regierung kann weitreichende Maßnahmen per Erlaß durchsetzen; dem Parlament bleibt das Mißtrauensvotum. Dennoch kann kein Präsident auf Dauer gegen das Parlament regieren. Mitterand sah sich einer Parlamentsmehrheit von Vertretern der Gaullisten (RPR) und Giscard-Anhängern (UDF) gegenüber. Deshalb mußte er das Parlament auflösen und vorzeitige Neuwahlen ausschreiben. Der erste Wahlgang findet am 14. Juni statt, der zweite eine Woche später.

Die neue Regierung

Die Sozialistische Partei umfaßt viele politische Strömungen. Ihre Flügel sind viel weiter gespannt als die der SPD. Deren Position entspricht in etwa der rechte Flügel der P.S. Der linke marxistische Flügel der P.S. schart sich um die sogenannte ,,CERES-Gruppe'' (nach dem Centre d'études, de recherches et d'éducation socialistes, dem Zentrum für sozialistische Studien und Erziehung). Die Mehrheit, die Mitterand im zweiten Wahlgang schließlich zum Sieg verhalf, umfaßt noch weitere organisierte Kräfte außerhalb der P.S.: linke Gaullisten, die ,,Linksradikale Bewegung'' (MRG), die mehr liberal als linksradikal ist, kleinere linke Gruppen, einschließlich der ,,Ökologisten'', und schließlich – die Kommunistische Partei, im ersten Wahlgang weit abgeschlagen, aber immer noch der wichtigste linke Bündnispartner der Sozialisten. Auf der Ministerliste der Übergangsregierung (nach den Parlamentswahlen soll eine neue Regierung gebildet werden) sind keine Vertreter der Kommunistischen Partei. Ansonsten sind dort alle Hauptströmungen der Sozialistischen Partei vertreten. Die MRG ist durch drei Mitglieder vertreten, die Linksgaullisten stellen einen Minister (Michel Jobert). Den Schlüsselposten des Wirtschafts- und Finanzministers nimmt ein gestandener Sozialdemokrat, Jaques Delors, ein.

Neue Außenpolitik?

Die außenpolitischen Grundlinien Mitterands und der P.S. sind noch recht unscharf. Einen regelrechten Bruch mit der bisherigen französischen Außenpolitik wird es nicht geben. Die Sozialisten befürworten grundsätzlich die EG und (anders als die Kommunistische Partei) eine Weiterführung der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas, unter Wahrung der nationalen Souveränität. Mitterand lehnt Sonderbeziehungen zur BRD, eine ,,Achse Bonn-Paris'' innerhalb der EG ab. Er ist für Aufrechterhaltung der NATO, als Gegengewicht zum Warschauer Pakt; unbestimmt spricht er von der ,,Veränderung einiger Bestimmungen des Atlantikpaktes''. (Die P.C. verlangt demgegenüber eine schrittweise, parallele Auflösung der Militärblöcke.) Mitterand ist offenbar für einen schärferen Kurs gegenüber der Sowjetunion, als ihn Giscard verfolgt hat, dessen nachgiebige Reaktion auf die Afghanistan-Intervention kritisiert. Als Konsequenz befürwortet er jedoch ein engeres Zusammengehen mit den USA. Da Frankreich nicht in die militärische Kommandostruktur der NATO intergriert ist (und über eigene eurostrategische Atomwaffen verfügt), ist es von der Auseinandersetzung um die US-Mittelstreckenraketen nicht betroffen. Mitterand hat aber angedeutet, daß er angesichts der SS-20 Verständnis für den NATO-,,Doppelbeschluß'' hat. Relativ nahe fühlt er sich anscheinend auch der amerikanischen Nahost-Politik. Jedenfalls unterstützt er das Camp-David-Abkommen. Seine Wahl ist in Israel begrüßt und in den arabischen Ländern mit Mißtrauen betrachtet worden. Aber in den Reihen der P.S. gibt es starke Unterstützung für die PLO. Die Anerkennung der palästinensischen Rechte auf ,,nationale Existenz'' ist auch offiziell Bestandteil der Politik Mitterands.

In Bezug auf das Verhältnis zur Dritten Welt befinden sich die Sozialisten im übrigen aber auf Kollisionskurs mit den USA. Das betrifft speziell die Politik in Mittel- und Südamerika (die amerikanische Einmischung in El Salvador haben sie scharf verurteilt) und in Südafrika. Bislang hat Frankreich die wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika (nicht zuletzt auf nuklearem Gebiet) rasch ausgedehnt, mit aktiver Unterstützung des Staates. Damit haben die Sozialisten jetzt öffentlich gebrochen. Anläßlich einer in Paris tagenden gemeinsamen Konferenz von UNO und OAU über Sanktionen gegen Südafrika erklärte der Erste Sekretär der P.S., Jospin, Importe aus Namibia (speziell Uran-Importe) würden künftig nicht mehr geduldet, Importe aus Südafrika reduziert, Waffen nicht mehr geliefert, Investitionen nicht mehr staatlich unterstützt oder gar vom Staat vorgenommen. Klare Absichten in Bezug auf die französischen Einfluß- (und Interventions-)gebiete in Afrika hat die Regierung allerdings noch nicht erkennen lassen.

Erste Maßnahmen zur Wirtschafts- und Soziapolitik

Auf ihrer ersten Sitzung hat die neue Regierung eine Reihe von Maßnahmen vorbereitet, die auf Kabinettssitzungen am 3. und 10. Juni beschlossen werden sollen. Der gesetzliche Mindestlohn (SMIC), der gegenwärtig bei 2645 Francs liegt, soll um 10% angehoben werden. Die Familienbeihilfe soll um 25%, die garantierte Mindestrente von 1400 auf 1700 Francs steigen. Das Wohnungsgeld soll ebenfalls erhöht werden. Zur Ankurbelung der Konjunktur gibt die Regierung sofort 6,5 Milliarden Francs aus einem Sonderhaushalt frei für den sozialen Wohnungsbau und die Förderung von Investitionen.

Auch einige Schritte zur Demokratisierung hat das neue Kabinett getan. Bis zur Abschaffung der Todesstrafe sollen die Staatsanwälte sie nicht mehr beantragen. Die Ausweisung bzw. Auslieferung von Ausländern ist – außer in Fällen, welche ,,die öffentliche Ordnung gebieterisch verlangt'' – ausgesetzt worden; bestimmte Ausweisungen, z.B. die gegen Croissant, sind aufgehoben worden.

Die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei

Seit ihrem katastrophalen Wahlergebnis hält sich die PCF gegenüber den Sozialisten zurück, die sie vorher heftig attackiert hatte. Gegenüber dem Programm der neuen Regierung tritt sie als radikaler Verfechter der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse und der Armen auf. Sie verlangt eine stärkere Anhebung des Mindestlohns und der Renten, eine Verlängerung des Urlaubs noch in diesem Jahr, einen Preisstopp für Güter des Massenkonsums, eine rasche und allgemeine Arbeitszeitverkürzung in Richtung auf die 35-Stundenwoche. Die Sozialisten wollen so weitreichende Festlegungen nicht zugestehen. Die 35-Stundenwoche zum Beispiel soll schrittweise und nacheinander in einzelnen Branchen eingeführt werden. Die Sozialisten ihrerseits nennen als Differenzpunkte zur PCF: ihre Haltung zu Afghanistan, zu Polen, zu den SS-20 (d.h. ihre weitgehende Unterstützung des sowjetischen Standpunkts in diesen Fragen), außerdem die Frage des ,,Rhythmus der sozialen und politischen Veränderungen''. Die Frage der Verstaatlichungen war seit 1978, als es zum Bruch der ,,Linksunion'' kam, ein Hauptthema der Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien. Die PCF bestand auf umfangreicheren Verstaatlichungen; die P.S. polemisierte gegen Bürokratismus und zentralistischen Dirigismus. Mittlerweile ist diese Auseinandersetzung scheinbar etwas zurückgetreten.

Letzte Woche haben Verhandlungen zwischen den beiden Parteien um ein Wahl- und Regierungsbündnis begonnen. Die Sozialisten wollen der PCF nur auf Grundlage einer förmlichen Koalitionsvereinbarung Zutritt zur Regierung (d.h. zu Ministerposten) lassen, wobei sie bereit sind, Fragen wie die Stellungnahme zu Afghanistan oder zu den SS-20 auszuklammern. Die PCF erklärt, sie werde ,,positive'' Maßnahmen einer künftigen sozialistischen Regierung auch in dem Fall unterstützen, daß sie selbst nicht in der Regierung vertreten sei.

Aufbruch in die Enttäuschung?

Die bürgerlichen Parteien, UDF und RPR, haben ein Wahlabkommen geschlossen und sich in den Wahlkreisen auf gemeinsame Kandidaten geeinigt. Nach dem französischen Mehrheitswahlrecht findet in den Wahlkreisen, wo kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, ein zweiter Wahlgang statt. Aber anders als bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren im zweiten Wahlgang nicht nur die beiden bestplacierten Kandidaten gegeneinander; auch im zweiten Wahlgang können weitere Kandidaten aufgestellt werden. Die Linken sind also gezwungen, sich spätestens im zweiten Wahlgang auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Verhandlungen darüber sind noch im Gang (die kleineren Parteien können überhaupt nur auf Vereinbarung z.B. mit der P.S. mit Aussicht auf Erfolg kandidieren).

Umfragen sagen der Linken, speziell den Sozialisten, einen sicheren Sieg voraus. Eine Niederlage würde eine Dauerkrise zwischen Parlament und Staatspräsident hervorrufen. Aber komfortabel wird die Lage für die Linke auch nach einem neuen Wahlsieg nicht sein. Während der Sieg Mitterands ein ungeheures Potential an Hoffnungen und Erwartungen aktiviert hat, sind die Bedingungen für ihre Erfüllung, für die Verwirklichung der proklamierten Ziele, denkbar schlecht. Die Sozialisten erhoffen sich von wachsender Kaufkraft und öffentlichen Arbeiten (z.B. im Wohnungsbau) bzw. öffentlich geförderten Investionsprogrammen (z.B. zur Energieeinsparung) eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise – nach demselben Rezept also, das auch hierzulande von einer Minderheit in der SPD vertreten wird. Ihre bürgerlichen Gegner prophezeien eine Ankurbelung der Inflation, eine Stagnation der Investitionen (statt ihrer Belebung) durch wachsende Lohnkosten, ein wachsendes Defizit der Leistungsbilanz aufgrund steigender Importnachfrage. Zu befürchten ist, daß sie Recht behalten.

Die Politik der Sozialisten (und die der Kommunistischen Partei kaum anders) steht vor einem Dilemma. Versuchen sie, ihre Politik ohne weitgehende Eingriffe in den kapitalistischen Produktionsprozeß selbst durchzusetzen, drohen sie an den Mechanismen dieses Prozesses zu scheitern, an der Verschärfung von Krise und Inflation. Führen sie diese Eingriffe in der von ihnen anvisierten Form (Verstaatlichung, Erweiterung der Mitbestimmung) durch, sind sie durch einen Boykott der Kapitalisten und den Verlust der parlamentarischen Mehrheit bedroht.

Groß sind auch die Gefahren, daß sich der Bruch zwischen Sozialisten und Kommunistischer Partei vertieft: Sei es, daß die Sozialisten versuchen, Partner im bürgerlichen Lager zu finden, und sich deshalb schärfer von den Kommunisten abgrenzen, sei es, daß die PCF sich bei wachsenden Schwierigkeiten einer Regierungspolitik der P.S. als Opposition zu profilieren sucht. Unter den französischen Bedingungen (z.B. einer parteipolitisch gespaltenen Gewerkschaftsbewegung) kann das für die Einheit der Arbeiterklasse schwerwiegende Folgen haben. Die politische Entwicklung in Frankreich enthält Chancen, aber auch große Risiken.

chm. Der US-Unterhändler im Nahen Osten, Philip K. Habib, hat seine Pen-

Begins janusköpfige Niederlage im Libanon

lingslager im Süden des Libanon und die Angriffe gegen palästinensische Stellungen sind von dem Druck ausge-

Die neue Regierung

Die Sozialistische Partei umfaßt viele politische Strömungen. Ihre Flügel sind viel weiter gespannt als die der SPD. Deren Position entspricht in etwa der rechte Flügel der P.S. Der linke marxistische Flügel der P.S. schart sich um die sogenannte ,,CERES-Gruppe'' (nach dem Centre d'études, de recherches et d'éducation socialistes, dem Zentrum für sozialistische Studien und Erziehung). Die Mehrheit, die Mitterand im zweiten Wahlgang schließlich zum Sieg verhalf, umfaßt noch weitere organisierte Kräfte außerhalb der P.S.: linke Gaullisten, die ,,Linksradikale Bewegung'' (MRG), die mehr liberal als linksradikal ist, kleinere linke Gruppen, einschließlich der ,,Ökologisten'', und schließlich – die Kommunistische Partei, im ersten Wahlgang weit abgeschlagen, aber immer noch der wichtigste linke Bündnispartner der Sozialisten. Auf der Ministerliste der Übergangsregierung (nach den Parlamentswahlen soll eine neue Regierung gebildet werden) sind keine Vertreter der Kommunistischen Partei. Ansonsten sind dort alle Hauptströmungen der Sozialistischen Partei vertreten. Die MRG ist durch drei Mitglieder vertreten, die Linksgaullisten stel-

folgt hat, dessen nachgiebige Reaktion auf die Afghanistan-Intervention kritisiert. Als Konsequenz befürwortet er jedoch ein engeres Zusammengehen mit den USA. Da Frankreich nicht in die militärische Kommandostruktur der NATO intergriert ist (und über eigene eurostrategische Atomwaffen verfügt), ist es von der Auseinandersetzung um die US-Mittelstreckenraketen nicht betroffen. Mitterand hat aber angedeutet, daß er angesichts der SS-20 Verständnis für den NATO-,,Doppelbeschluß'' hat. Relativ nahe fühlt er sich anscheinend auch der amerikanischen Nahost-Politik. Jedenfalls unterstützt er das Camp-David-Abkommen. Seine Wahl ist in Israel begrüßt und in den arabischen Ländern mit Mißtrauen betrachtet worden. Aber in den Reihen der P.S. gibt es starke Unterstützung für die PLO. Die Anerkennung der palästinensischen Rechte auf ,,nationale Existenz'' ist auch offiziell Bestandteil der Politik Mitterands.

In Bezug auf das Verhältnis zur Dritten Welt befinden sich die Sozialisten im übrigen aber auf Kollisionskurs mit den USA. Das betrifft speziell die Politik in Mittel- und Südamerika (die amerikanische Einmischung in El Salvador haben sie scharf verurteilt) und

Francs liegt, soll um 10% angehoben werden. Die Familienbeihilfe soll um 25%, die garantierte Mindestrente von 1400 auf 1700 Francs steigen. Das Wohnungsgeld soll ebenfalls erhöht werden. Zur Ankurbelung der Konjunktur gibt die Regierung sofort 6,5 Milliarden Francs aus einem Sonderhaushalt frei für den sozialen Wohnungsbau und die Förderung von Investitionen.

Auch einige Schritte zur Demokratisierung hat das neue Kabinett getan. Bis zur Abschaffung der Todesstrafe sollen die Staatsanwälte sie nicht mehr beantragen. Die Ausweisung bzw. Auslieferung von Ausländern ist – außer in Fällen, welche ,,die öffentliche Ordnung gebieterisch verlangt'' – ausgesetzt worden; bestimmte Ausweisungen, z.B. die gegen Croissant, sind aufgehoben worden.

Die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei

Seit ihrem katastrophalen Wahlergebnis hält sich die PCF gegenüber den Sozialisten zurück, die sie vorher heftig attackiert hatte. Gegenüber dem Programm der neuen Regierung tritt sie als radikaler Verfechter der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse und der

Letzte Woche haben Verhandlungen zwischen den beiden Parteien um ein Wahl- und Regierungsbündnis begonnen. Die Sozialisten wollen der PCF nur auf Grundlage einer förmlichen Koalitionsvereinbarung Zutritt zur Regierung (d.h. zu Ministerposten) lassen, wobei sie bereit sind, Fragen wie die Stellungnahme zu Afghanistan oder zu den SS-20 auszuklammern. Die PCF erklärt, sie werde ,,positive'' Maßnahmen einer künftigen sozialistischen Regierung auch in dem Fall unterstützen, daß sie selbst nicht in der Regierung vertreten sei.

Aufbruch in die Enttäuschung?

Die bürgerlichen Parteien, UDF und RPR, haben ein Wahlabkommen geschlossen und sich in den Wahlkreisen auf gemeinsame Kandidaten geeinigt. Nach dem französischen Mehrheitswahlrecht findet in den Wahlkreisen, wo kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, ein zweiter Wahlgang statt. Aber anders als bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren im zweiten Wahlgang nicht nur die beiden bestplacierten Kandidaten gegeneinander; auch im zweiten Wahlgang können weitere Kandidaten aufgestellt

ders) steht vor einem Dilemma. Versuchen sie, ihre Politik ohne weitgehende Eingriffe in den kapitalistischen Produktionsprozeß selbst durchzusetzen, drohen sie an den Mechanismen dieses Prozesses zu scheitern, an der Verschärfung von Krise und Inflation. Führen sie diese Eingriffe in der von ihnen anvisierten Form (Verstaatlichung, Erweiterung der Mitbestimmung) durch, sind sie durch einen Boykott der Kapitalisten und den Verlust der parlamentarischen Mehrheit bedroht.

Groß sind auch die Gefahren, daß sich der Bruch zwischen Sozialisten und Kommunistischer Partei vertieft: Sei es, daß die Sozialisten versuchen, Partner im bürgerlichen Lager zu finden, und sich deshalb schärfer von den Kommunisten abgrenzen, sei es, daß die PCF sich bei wachsenden Schwierigkeiten einer Regierungspolitik der P.S. als Opposition zu profilieren sucht. Unter den französischen Bedingungen (z.B. einer parteipolitisch gespaltenen Gewerkschaftsbewegung) kann das für die Einheit der Arbeiterklasse schwerwiegende Folgen haben. Die politische Entwicklung in Frankreich enthält Chancen, aber auch große Risiken.

Begins janusköpfige Niederlage im Libanon

chm. Der US-Unterhändler im Nahen Osten, Philip K. Habib, hat seine Pendelreisen zwischen Syrien, Saudi-Arabien und Israel am Donnerstag abgebrochen und ist zum Rapport nach Washington abgeflogen. Offiziell haben seine Vermittlungsbemühungen noch keine Ergebnisse gezeitigt. Israel hat seine ,,Aufklärungsflüge'' über dem Libanon nicht eingestellt und Syrien die Raketenstellungen in der Bekaa-Ebene nicht geräumt. Ein weiteres unbemanntes israelisches Aufklärungsflugzeug ist über dem Libanon abgeschossen worden.

Auf arabischer Ebene hat Israels Konfrontationskurs gegenüber Syrien einige positive Verschiebungen erbracht. Auf der a.o. Sitzung der Außenminister der Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga – anwesend waren 20 von den 21 Mitgliedern, ohne Ägypten, dessen Mitgliedschaft seit Sadats Reise nach Israel im November 1977 eingefroren ist – wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

– Syrien jegliche Unterstützung zu gewähren
– Aufstellung einer arabischen Streitmacht, die auf Syriens Seite kämpft, falls ihm Israel den Krieg erklärt
– Waffenhilfe für Syrien
– Entsendung arabischer Freiwilliger, um die PLO zu unterstützen.
– Volle Unterstützung für die libanesische Regierung von Präsident Sarkis.

Die Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Nur Libyen lehnte sie mit der Begründung ab, es müsse sofort eine bewaffnete arabische Streitmacht in den Libanon geschickt werden, um Syrien gegen Israel zu unterstützen. Bei diesen Beschlüssen haben sich die arabischen Staaten im wesentlichen an einen Resolutionsvorschlag, den die syrische und die libanesische Regierung gemeinsam mit der PLO vorgelegt hatte, gehalten.

Saudiarabien scheint eine entscheidende Rolle beim Zustandekommen dieser Entschließung gespielt zu haben. Vor der Sitzung hatte die saudische Regierung erklärt, daß es Syrien eine Finanzhilfe von 1 Mrd. $ gewähren werde. Es hat ebenso einen Scheck über 54 Mio. $ zur Finanzierung der im Libanon stationierten arabischen Friedenstruppe ausgestellt. Die Finanzierung dieser Friedenstruppe war seit drei Monaten eingefroren worden; es verlautete sogar, daß sie aufgelöst werden solle.

Der seit 1977 bestehende Libanon-Ausschuß der Arabischen Liga, in dem Saudi-Arabien, Kuweit und Syrien zusammen mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga sitzen, wird am 1.6. in Riad zusammentreten.

Zum ersten Mal seit dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges gelingt es den arabischen Staaten, ein einheitliches Vorgehen zu beschließen. Diese Beschlüsse sind gut. Sie stärken Syrien den Rücken im Kampf gegen den zionistischen Kolonialstaat und erhöhen seinen Spielraum gegenüber der SU.

Sowohl den USA als auch der SU scheint nichts daran gelegen zu haben, die Krise zu verschärfen. Haig ließ in regelmäßigen Abständen verlauten, es sei wichtig, ,,die konstruktiven diplomatischen Bemühungen'' zu unterstützen. Als Begin erklärte, sowjetische Berater kämpften auf Seiten Syriens im Libanon, kam das Dementi aus Washington, nicht aus Moskau. Die Prawda griff zwar Israel an, warnte aber, ganz auf der Linie der Breschnew-Rede in Tiflis, daß aus dem Funken im Nahen Osten schnell ein Steppenbrand werden könne. Sowohl die SU als auch die USA müssen an der Aufrechterhaltung des status quo interessiert sein; die USA, um ,,in Ruhe'' erneut den Aufbau der ,,antisowjetischen Front''



in Gang zu setzen. (Es ist kaum vorstellbar, daß sich der wichtigste potentielle Partner, den die USA auserkoren haben, nämlich Saudi-Arabien, mit einem kriegführenden Israel an einen Tisch setzt. Sie lehnen es jetzt schon ab, in diesen Sinne aktiv zu werden, solange die Palästinafrage nicht gelöst ist.) Die SU sieht, daß schon die Eskalation seitens Israels ausreicht, um Syrien aus seiner Isolation im arabischen Raum herauszuholen, an diesen Punkt die Einheit der arabischen Staaten herzustellen, was die Stellung der SU in Syrien gefährdet. Ein Krieg würde diese Tendenz sicherlich verstärken.

Beginn scheint seine Karten ausgereizt zu haben. Zum ersten Mal üben die US-Imperialisten solch einen Druck auf Israel aus, daß sie es tatsächlich zum Nachgeben zwingen. Wohlgemerkt: die Bombardierung der Flüchtlingslager im Süden des Libanon und die Angriffe gegen palästinensische Stellungen sind von dem Druck ausgenommen, was Israel sogleich am Freitag demonstrierte, indem es die Hafenstadt Sidon und die Stadt Damour angriff. Diese Niederlage Begins hat auch innere Ursachen: Es bestand keine Einheit über einen offenen Krieg gegen Syrien. Die Frieden-jetzt-Bewegung führte eine Demonstration vor der Knesset durch, an der 3000 Menschen teilnahmen, die sich gegen einen offenen Krieg mit Syrien aussprachen. (s. Bild) Der Kandidat der oppositionellen Arbeiterpartei, Peres, kritisierte die Regierung, sie hätte sich von der libanesischen Front in die Falle locken lassen und zu schnell die Lage eskaliert. Peres hält sich damit natürlich ein Hintertürchen offen, um im Falle eines Wahlsieges doch Syrien anzugreifen – ,,auf Druck der Phalange''!

Janusköpfig ist Begins Niederlage deshalb, weil die Ergebnisse der Meinungsumfragen von der vergangenen Woche ihm einen Wahlsieg prophezeien. (Eine gewisse Rolle spielten dabei sicher die Angriffe gegen Bundeskanzler Schmidt.)

Eine weitere Amtsperiode Begins und des Likudblocks zeichnet sich ab. Der ägyptische Präsident Sadat, dies erkennend, knüpft wieder Bande mit Begin. Am 4. Juni werden sich beide Präsidenten in Sharm al-Scheikh treffen, dem von Israel besetzten ägyptischen Stützpunkt am Ausgang des Roten Meeres. Sie wollen über die Lage im Nahen Osten beraten und über den sogenannten Autonomieplan für die Palästinenser am Westufer des Jordan und im Gazastreifen. Beide Territorien hatte Israel am 5. Juni 1967 in seinem 3. Krieg gegen die arabischen Staaten besetzt.

Kuhn, Hirsch und die Anwendung des §129a

Frankfurts Polizei provoziert Straßenschlacht / Unterschiede bei Anwendung des §129a

gkr. Samstag 23. Mai. Die Frankfurter Polizei provoziert auf dem Flohmarkt auf dem Sachsenhäuser Mainufer eine 4-stündige Straßenschlacht. Einige junge Menschen hatten ein Transparent angebracht mit der Aufschrift: ,,Wir unterstützen die Hungerstreikforderungen. Wir lassen uns nicht einschüchtern.'' Und dahinter durchgestrichen ,,Paragraph 129 a''. Nahezu gleichzeitig wurden Plakate verklebt, die zur Demonstration am 25.April aufgerufen hatten (es war die Demonstration zur Unterstützung der Forderungen gegen die Isolationshaft nach dem Tod von Sigurd Debus). Ein Aufkleber auf den Plakaten informierte über den Grund der Aktion: Mirjam G. und Hans-Jürgen D. waren am 23.4. verhaftet worden, weil sie die Plakate geklebt haben sollen, die, laut Haftbefehl, für eine terroristische Vereinigung werben, und sind seitdem deswegen in U-Haft. Der Vorwurf stützt sich also auf jenen weithandhabbaren Gummiparagraphen 129 a, nach dem unterschiedslos Bildung von, Mitglied-



Wirbt dieses Zeichen für die RAF?

Antwort: Ja, denn jeder Stern wirbt für die RAF. Erschwerend kommt hinzu, daß die Maschinenpistole abgebildet ist.

schaft in, Werbung für und Unterstützen von einer terroristischen Vereinigung mit Haftstrafen von 6 Monaten bis 5 Jahren (in besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren) bedroht sind. Zwei Polizisten machten sich an jenem Samstag auf den Weg, um aus der Menge heraus die Personalien von zwei Personen festzustellen; die nächste Anklage wegen ,,Werben für eine terroristische Vereinigung'' wäre fällig gewesen. Vernünftigerweise wurde die Polizei von Umstehenden daran gehindert. Mit immer weiter vergrößerter Mannschaft inszenierte sie dann jene 4-stündige Straßenschlacht.

Für die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' war danach alles klar: ,,Aus Sympathie zum Terror wird eine Straßenschlacht'', so die Überschrift. Und zum Beweis: Die 2 in Preungesheim Einsitzenden sollen ,,das Symbol der Roten Armee Fraktion (RAF) – einen fünfzackigen Stern mit den Buchstaben und einer Maschinenpistole – benutzt haben''. Glatt gelogen. Von den Buchstaben und der Maschinenpistole ist noch nicht einmal im Haftbefehl die Rede. Der Rote Stern alleine aber wird in der sozialistischen und kommunistischen Bewegung häufig als Zeichen verwandt, es gibt genug Plakate des KBW, auf denen er abgebildet ist. Der Lüge hätte es, so jedenfalls muß man offensichtlich die Auffassung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof Kuhn (er ist zuständig für alle Haftbefehle in der BRD, die mit § 129 a in Zusammenhang stehen) interpretieren, nicht bedurft. In dem Haftbefehl gegen Hildegard Haag, die Frau des schon seit längerem wegen ,,Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung'' inhaftierten Siegfried Haag, und 9 weitere Angeklagte, der zu der Auseinandersetzung mit dem Verfassungsrichter Hirsch geführt hat, hatte Kuhn festgestellt: ,,Der rote Stern (auch hier ist die Maschinenpistole, die in dem Zeichen der RAF immer mit abgebildet war, nicht enthalten, d.Verf.) ist dabei nicht nur schlichtes politisches Symbol, sondern stellt sich als sogen. ,,RAF-Stern'' dar, was sich aus dem Kontext ergibt.'' Und: ,,Mit der Verbreitung der zitierten Parolen warb die Beschuldigte zumindest für die ,RAF' und deren ,Kampf'. Dies wird vollends deutlich dadurch, daß den Parolen in einigen Fällen der sogen. ,RAF-Stern' hinzugefügt wurde, was schon für sich allein ein Werben im Sinne des § 129 a Abs. 1 StGB ist.''

Obwohl der § 129 a seit Ende 1976 in Kraft ist, wird er erst im vergangenen Jahr in stärkerem Maße und in weitester Auslegung angewandt (1978 hatte der Bundesgerichtshof hierfür die Grundlagen gelegt). Da gab es z.B. das Verfahren gegen 3 Demonstranten, die bei einer Wahlkampfkundgebung Baums am 28. Februar 1980 in Mannheim ein Transparent gehalten hatten mit der Aufschrift: ,,Für Zusammenlegung und Selbstbestimmung der Gefangenen aus der RAF'' (mit Stern) und die Anfang Februar nach § 129 a in Stuttgart verurteilt wurden. In ihrer Urteilsbegründung stellten die Richter fest: ,,Das Bestreben der Angeklagten beim Vorzeigen des Transparents war darauf gerichtet, auch andere Personen für diese Forderung der ,RAF' zu gewinnen und ihr zum Erfolg zu verhelfen, wobei jedenfalls bei den nicht mit der Materie vertrauten Zuschauern, allerdings der Eindruck erweckt werden sollte, nur humanitäre Motive stünden hinter dieser Forderung.'' Hinterlistigerweise hätten die Angeklagten daher auch beim Stern die Maschinenpistole weggelassen, um niemanden zu verprellen. Es ist klar, nimmt man den Stern (mit Maschinenpistole), so ist das ,,Werben'', läßt man ihn weg, oder läßt man nur die Maschinenpistole weg, so ist das besonders hinterlistig, weil hinter Humanität getarntes Werben. Alleine die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen (die übrigens ja auch Ärzte und Professoren unterstützt haben, um nur ein Beispiel zu nennen) ist ,,Werben'' und also strafbar.

Zweiter Fall: Im vergangenen Jahr, anläßlich der Militärparade der US-Besatzer in Westberlin, stiegen 9 Frauen und 5 Männer auf das Dach des Amerikahauses, u.a. ließen sie verschiedene Transparente vom Dach hängen. Die Bundesanwaltschaft übernahm das Verfahren und ordnete U-Haft an, wegen ,,Werben für eine terroristische Vereinigung'', unserer Kenntnis nach der erste Fall in Westberlin. Hier hat das Westberliner Kammergericht, an das das Verfahren schließlich überwiesen wurde, mittlerweile den Vorwurf des § 129 a fallengelassen. Die Begründung scheint etwas fadenscheinig und ein Vorwand: die Existenz der Bewegung 2. Juni sei nicht erwiesen.

Gegen die Unterstützung der Hungerstreikforderungen haben die Staatsorgane aber erst richtig zugeschlagen. Innerhalb von 2 Monaten sind etwa 55 Verhaftungen vorgenommen worden. Dazu gehören die zehn, die auf der Autobahn Forderungen nach Aufhebung der Isolationshaft gesprüht hatten (wobei die Polizei offensichtlich erst eine ganze Zeit beobachtet hat) und deren Fall zu der öffentlichen Debatte, in der auch Bundesverfassungsrichter Hirsch Stellung bezog, führte. Diese Verfahren wurden an das OLG Stuttgart verwiesen, das dann, bis auf einen, die Haftbefehle aufhob. Und schließlich gehört in diesen Zusammenhang die Festnahme von Mirjam G. und Hans-Jürgen D. in Frankfurt.

Die Kritik Hirschs an Ermittlungsrichter Kuhn ist dabei offensichtlich nicht eine Einzelneigung, sie drückt unterschiedliche Auffassungen über das Vorgehen gegenüber einer demokratischen Bewegung aus. Hirsch selbst ist ja z.B. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und hat, wenn auch nicht formal, so doch deren politische Linie vertreten. Innenminister Baum hat sich in einem Rundfunkinterview für eine engere Fassung des § 129 a ausgesprochen, während Generalbundesanwalt Rebmann sich gegen jede Abschwächung oder Aufhebung dieses Paragraphen gewandt hatte. Und nicht zuletzt ist auffällig, daß sich weitaus der größte Teil von Verhaftungen wegen §129a in CDU/CSU-regierten Ländern abspielt. Zwar ist in allen Fällen der Generalbundesanwalt zuständig, wen aber, der nicht zuvor von der Polizei festgenommen ist, sollte er anklagen? Auch zeitlich ist die verschärfte Verfolgung des Werbens für oder Unterstützens von einer terroristischen Vereinigung nicht zufällig. Etwa mit dem Gespräch Baums mit Mahler im Dezember 1979 hatte die Koalition begonnen, der Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht direkt mit der Staatsgewalt zu begegnen und hatte Aufhebungen einiger der Antiterrorgesetze im Bundestag beschlossen. Das Vorgehen des Westberliner Senats ist sicherlich auch ein Beispiel dafür (wobei diese Linie ja ganz offensichtlich nicht gleichbedeutend ist mit einer generellen Straffreiheit der Hausbesetzer, was aber zurecht gefordert wird). Im selben Maße, wie die sozialliberale Koalition bestimmte Gesetzesmaßnahmen, die wenig effektiv erscheinen, aber einen ideologischen Einfluß unter der Jugend erschwerte, bereinigte, verschärften reaktionäre Kräfte die Unterdrückung. Der § 129 a eignet sich aufgrund seiner Schwammigkeit besonders gut hierfür. Man sollte diese Lage nutzen, um für die Abschaffung des Paragraphen zu kämpfen.

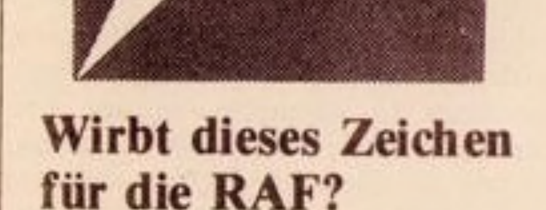
Im Wortlaut:

BGH-Ermittlungsrichter Kuhn im Haftbefehl gegen Hildegard Haag u.a.*

Ihre Verweigerung der Nahrungsaufnahme, von ihnen und ihren Sympathisanten als ,,Hungerstreik'' bezeichnet, dient angeblich und nur sehr vordergründig der Verbesserung der Haftbedingungen. Der Umstand, daß diese vordergründige Argumentation von Mitgliedern zum Teil recht obskurer Vereinigungen, deren Legitimation niemals nachgeprüft wurde, und auch von nicht in der Verantwortung stehenden Personen, die sich bemüht fühlten und fühlen, unverantwortliche Erklärungen gegenüber ebenfalls nicht verantwortlichen Leuten abzugeben, ändert nichts an diesem Sachverhalt.**
(...)
Im Haftbefehl ist im Rahmen der Prüfung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die Wiederholungsgefahr für gleiche oder ähnliche Taten erwähnt worden. Ein Teil der Verteidigung und auch einige Schreiberlinge*** in Publikationsorganen haben – bewußt oder unbewußt – dies als selbständigen Haftgrund verstanden und deshalb den Ausdruck ,,Vorbeugehaft'' gebraucht. Dies ist zumindest grober Unfug. ... Die die Nahrungsaufnahme verweigernden Häftlinge haben ihre Hauptziele nicht erreicht und werden sie, wenn dieser Staat sich nicht selbst aufgeben will, auch nicht erreichen. Dies hatte zur Folge, daß auch nach dem – vorläufigen – Abbruch des sogen. ,,Hungerstreiks'' eine Vielzahl von Sprühaktionen, gewalttätigen Demonstrationen und gesonderten Gewaltanschlägen vorgekommen sind. Es ist also keineswegs so, daß mit dem vorläufigen Ende der Verweigerung der Nahrungsaufnahme die Wiederholungsgefahr – auch hinsichtlich der Beschuldigten – entfallen wäre.

* Wir werden den vollen Wortlaut im demnächst erscheinenden Materialheft ,,Wirtschaft und Politik'' abdrucken. – ** Offensichtlich ist der Brief Schmudes an amnesty international gemeint. – *** Hierauf bezog sich die am heftigsten angegriffene Passage im Interview Hirschs mit der ,,taz''.

,,So billig geht es nicht!''
Bundesverfassungsgericht verwirft Verfassungsbeschwerde gegen die Verurteilung von Rechtsanwalt Härdle
ebk. Noch bevor in der ,,Zeit'' der vergangenen Woche die Erklärung von 378 Rechtsanwälten gegen den Revisionsbeschluß des Bundesgerichtshofes gegen Rechtsanwalt Härdle abgedruckt
Eben: Er muß es gewesen sein. Auf diesem dünnen Boden zieht dann aber Richter Gutmacher (,,Stern'' über Gutmacher: ,,Scharfrichter'') einen Prozeß durch, der sich seines Platzes in
streckenlaufes mit kurzem Schlußspurt versuchte die Justiz, den Druck loszuwerden: Anderthalb Jahre lang nach dem Urteil des Landgerichts Heidelberg war von einer Revisionsentscheidung nichts zu hören. Am 16.1.81 dann beantragte die Bundesanwaltschaft die Verwerfung der Revision als offensichtlich unbegründet. Hatte sie selbst aber noch 77 Seiten gebraucht, um die Offensichtlichkeit die mangelnden Gründe darzutun, begnügte sich
stellt. Die zeitliche Hektik, in der er erlassen wurde, spricht selber noch einmal für sich. Die außergewöhnliche Länge der Begründung des Beschlusses und die Vielzahl der Punkte zeigen im übrigen, daß die Sache zur Entscheidung des Senats hätte angenommen werden müssen und nicht durch den Dreierausschuß hätte verworfen werden dürfen.
ROTE ROBE
bung der offensichtlichen Fehlentscheidungen des Landgerichts, des Bundesgerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichts zu verlangen. Aufschiebende Wirkung gegenüber der Strafvollstreckung hat die Beschwerde ebenso wenig wie die Verfassungsbeschwerde sie hatte.
Ist ein ehrengerichtliches Verfahren auf Ausschluß aus der Rechtsanwaltschaft bereits eingeleitet?
G.H.: Der Generalstaatsanwalt beim



Wirbt dieses Zeichen für die RAF?
Antwort: Ja, denn jeder Stern wirbt für die RAF. Erschwerend kommt hinzu, daß die Maschinenpistole abgebildet ist.
schaft in, Werbung für und Unterstützen von einer terroristischen Vereinigung mit Haftstrafen von 6 Monaten bis 5 Jahren (in besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren) bedroht sind. Zwei Polizisten machten sich an jenem Samstag auf den Weg, um aus der Menge heraus die Personalien von zwei Personen festzustellen; die nächste An-
Haag, und 9 weitere Angeklagte, der zu der Auseinandersetzung mit dem Verfassungsrichter Hirsch geführt hat, hatte Kuhn festgestellt: ,,Der rote Stern (auch hier ist die Maschinenpistole, die in dem Zeichen der RAF immer mit abgebildet war, nicht enthalten, d.Verf.) ist dabei nicht nur schlichtes politisches Symbol, sondern stellt sich als sogen. ,,RAF-Stern'' dar, was sich aus dem Kontext ergibt.'' Und: ,,Mit der Verbreitung der zitierten Parolen warb die Beschuldigte zumindest für die ,RAF' und deren ,Kampf'. Dies wird vollends deutlich dadurch, daß den Parolen in einigen Fällen der sogen. ,RAF-Stern' hinzugefügt wurde, was schon für sich allein ein Werben im Sinne des § 129 a Abs. 1 StGB ist.''
Obwohl der § 129 a seit Ende 1976 in Kraft ist, wird er erst im vergangenen Jahr in stärkerem Maße und in
Kuhn im Haftbefehl gegen Hildegard Haag u.a.*
Ihre Verweigerung der Nahrungsaufnahme, von ihnen und ihren Sympathisanten als ,,Hungerstreik'' bezeichnet, dient angeblich und nur sehr vordergründig der Verbesserung der Haftbedingungen. Der Umstand, daß diese vordergründige Argumentation von Mitgliedern zum Teil recht obskurer Vereinigungen, deren Legitimation niemals nachgeprüft wurde, und auch von nicht in der Verantwortung stehenden Personen, die sich bemüht fühlten und fühlen, unverantwortliche Erklärungen gegenüber ebenfalls nicht verantwortlichen Leuten abzugeben, ändert nichts an diesem Sachverhalt.**
(...)
Im Haftbefehl ist im Rahmen der Prüfung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die Wiederholungsgefahr für gleiche oder ähnliche Taten erwähnt worden. Ein Teil
selbständigen Haftgrund verstanden und deshalb den Ausdruck ,,Vorbeugehaft'' gebraucht. Dies ist zumindest grober Unfug. ... Die die Nahrungsaufnahme verweigernden Häftlinge haben ihre Hauptziele nicht erreicht und werden sie, wenn dieser Staat sich nicht selbst aufgeben will, auch nicht erreichen. Dies hatte zur Folge, daß auch nach dem – vorläufigen – Abbruch des sogen. ,,Hungerstreiks'' eine Vielzahl von Sprühaktionen, gewalttätigen Demonstrationen und gesonderten Gewaltanschlägen vorgekommen sind. Es ist also keineswegs so, daß mit dem vorläufigen Ende der Verweigerung der Nahrungsaufnahme die Wiederholungsgefahr – auch hinsichtlich der Beschuldigten – entfallen wäre.
* Wir werden den vollen Wortlaut im demnächst erscheinenden Materialheft ,,Wirtschaft und Politik'' abdrucken. – ** Offensichtlich ist der Brief Schmudes an amnesty international gemeint. – *** Hierauf bezog sich die am heftigsten angegriffene Passage im Interview Hirschs mit der ,,taz''.
Dezember 1979 hatte die Koalition begonnen, der Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht direkt mit der Staatsgewalt zu begegnen und hatte Aufhebungen einiger der Antiterrorgesetze im Bundestag beschlossen. Das Vorgehen des Westberliner Senats ist sicherlich auch ein Beispiel dafür (wobei diese Linie ja ganz offensichtlich nicht gleichbedeutend ist mit einer generellen Straffreiheit der Hausbesetzer, was aber zurecht gefordert wird). Im selben Maße, wie die sozialliberale Koalition bestimmte Gesetzesmaßnahmen, die wenig effektiv erscheinen, aber einen ideologischen Einfluß unter der Jugend erschwerte, bereinigte, verschärften reaktionäre Kräfte die Unterdrückung. Der § 129 a eignet sich aufgrund seiner Schwammigkeit besonders gut hierfür. Man sollte diese Lage nutzen, um für die Abschaffung des Paragraphen zu kämpfen.

,,So billig geht es nicht!''

Bundesverfassungsgericht verwirft Verfassungsbeschwerde gegen die Verurteilung von Rechtsanwalt Härdle

ebk. Noch bevor in der ,,Zeit'' der vergangenen Woche die Erklärung von 378 Rechtsanwälten gegen den Revisionsbeschluß des Bundesgerichtshofes gegen Rechtsanwalt Härdle abgedruckt werden konnte, hatte das Bundesverfassungsgericht am 4.5.81 beschlossen: ,,Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat.'' Die weit überdurchschnittliche Eile, mit der sich Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht des Verfahrens entledigt haben, findet ihre Entsprechung in der weit unterdurchschnittlichen juristischen Qualität dieser Beschlüsse.

Im Gewand des Strafverfahrens wegen Körperverletzung, Landfriedensbruch und uneidlicher Falschaussage hat die Justiz vollstreckt, was eines ihrer treuesten Mitglieder, Richter am Amtsgericht Heidelberg Mattes, unfreiwillig über eine defekte Entlüftungsanlage aus dem Beratungszimmer dringen ließ: ,,Man kann die kommunistischen Reden dieses Menschen im Gerichtssaal nicht mehr länger dulden! Wir brauchen *andere* Mittel, um diesen radikalen Verteidigern beizukommen!'' Dieser Auffassung waren vorher schon der Heidelberger Oberbürgermeister Zundel, der Landgerichtspräsident, der Generalstaatsanwalt und der Justizminister. Ihre Versuche, gegen Rechtsanwalt Härdle ein vorläufiges Berufsverbot zu verhängen, scheiterten an der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe. Deren Mitteilung, daß sie keinen Anlaß für standesrechtliche Maßnahmen sehe, quittierte OB Zundel: ,,So billig geht das nicht!'' Damit war das Ziel abgesteckt.

Die Ausgangssituation für das Strafverfahren war aber dünn. ,,Ich spürte einen Stoß im Rücken. Ich drehte mich um und sah außer Rechtsanwalt Härdle niemand. Er muß es gewesen sein.'' Eben: Er muß es gewesen sein. Auf diesem dünnen Boden zieht dann aber Richter Gutmacher (,,Stern'' über Gutmacher: ,,Scharfrichter'') einen Prozeß durch, der sich seines Platzes in der Geschichte der politischen Justiz sicher sein kann. Durchbrechung des Grundsatzes rechtzeitiger Ladung des Verteidigers zur Hauptverhandlung, Polizeieinsatz gegen die Verteidiger zur Erzwingung einer dem Richter genehmen Sitzordnung, eingeschränkte und eingeschüchterte Öffentlichkeit, Abschneiden und gänzliches Verbot von Fragen an Zeugen, Anordnung, Fragen an Zeugen dem Richter vorher schriftlich vorzulegen, Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten, Ablehnung von Beweisanträgen sind nur die wichtigsten Stationen des Verfahrens, das mit der Verurteilung von Rechtsanwalt Härdle zu 22 Monaten Freiheitsstrafe abgeschlossen wurde.

Das Urteil des Landgerichts Heidelberg rief breite Empörung in der Öffentlichkeit, in der Presse und unter der Rechtsanwaltschaft hervor. Die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe wandte sich in einem Beschluß ihres Vorstandes gegen das Verfahren. Ihr Präsident intervenierte beim baden-württembergischen Justizminister. 315 Rechtsanwälte und Assessoren aus der ganzen BRD und Westberlin forderten die Einstellung des Verfahrens. Verbreitet war die Einschätzung, wie sie in dem Kommentar der Stuttgarter Zeitung vom 31.5.1979 zum Ausdruck kam: ,,Revision gegen das Urteil haben die Verteidiger bereits eingelegt. Die Richter, die darüber zu befinden haben, werden es nicht schwer haben, nach der Art und Weise, wie das Verfahren beendet wurde.'' Die Justiz war unter Druck. Über 2000 Seiten Revisionsbegründung dokumentierten die Rechtsbrüche des Verfahrens.

In der Art eines vertrödelten Langstreckenlaufes mit kurzem Schlußspurt versuchte die Justiz, den Druck loszuwerden: Anderthalb Jahre lang nach dem Urteil des Landgerichts Heidelberg war von einer Revisionsentscheidung nichts zu hören. Am 16.1.81 dann beantragte die Bundesanwaltschaft die Verwerfung der Revision als offensichtlich unbegründet. Hatte sie selbst aber noch 77 Seiten gebraucht, um die Offensichtlichkeit die mangelnden Gründe darzutun, begnügte sich der 3. – politische – Strafsenat des Bundesgerichtshofes mit 8 Seiten. Mit seiner Entscheidung vom 18.2.1981 schuf der BGH eine ,,Sonderrechtsprechung, auf die die Strafgerichte immer dann zurückgreifen werden können, wenn die ,normale' Strafprozeßordnung nicht mehr ausreicht''. (Vereinigung Hessischer Strafverteidiger)

Das Bundesverfassungsgericht deckt mit seinem am 27.5. bekanntgewordenen Beschluß außer der Verurteilung von Rechtsanwalt Härdle auch alle Rechtsbrüche des Verfahrens, das zu dieser Verurteilung geführt hat. Wenn es für die ,,Stuttgarter Zeitung'' in dem bereits zitierten Kommentar im Revisionsverfahren darum ging, ,,auszuräumen, daß die richterliche Unabhängigkeit im bundesrepublikanischen Rechtssystem zur Willkür werden kann'', so hat das Bundesverfassungsgericht diesen Vorwurf nicht ausgeräumt, sondern bekräftigt.

Was ist von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu halten?

G.Härdle: Es handelt sich um eine durch und durch politische Entscheidung. Die Befürchtung hat sich nun bis zum Bundesverfassungsgericht bestätigt, daß das Verfahren gegen mich den Zweck hatte, einen der Justiz unbequemen Rechtsanwalt auszuschalten und daß dabei die Mindestgrundsätze eines fairen Verfahrens bedenkenlos über Bord geworfen wurden. Was das Bundesverfassungsgericht an Einschränkungen von Verteidigungsrechten in diesem Fall sanktioniert und gutgeheißen hat, ist ungeheuerlich. Nahezu jedes bedeutsame Verteidigungsrecht ist durch diesen Beschluß in Frage gestellt. Die zeitliche Hektik, in der er erlassen wurde, spricht selber noch einmal für sich. Die außergewöhnliche Länge der Begründung des Beschlusses und die Vielzahl der Punkte zeigen im übrigen, daß die Sache zur Entscheidung des Senats hätte angenommen werden müssen und nicht durch den Dreierausschuß hätte verworfen werden dürfen.

Sind damit alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, durch die die Verurteilung zu Fall gebracht werden kann?

G.H.: Im innerstaatlichen Rechtsweg der Bundesrepublik ja. Die deutsche Justiz ist jedoch auch an internationale Rechtsnormen gebunden, bei der Durchführung von Strafverfahren vor allem an die Menschenrechtskonvention. Die Menschenrechtskonvention enthält als elementaren und zentralen Grundsatz die Verpflichtung, jedem Angeklagten ein faires Verfahren zu gewähren. Diese Verpflichtung ist in meinem Fall in seiner solchen Vielzahl von Punkten und in solcher Intensität verletzt worden, daß ich mich auf Anraten meiner Verfahrensbevollmächtigten im Verfassungsbeschwerdeverfahren und nach gründlicher Diskussion mit vielen Kollegen entschlossen habe, die Verletzung der Menschenrechtskonvention vor der Europäischen Menschenrechtskommission und damit dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg zu rügen und die Aufhebung der offensichtlichen Fehlentscheidungen des Landgerichts, des Bundesgerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichts zu verlangen. Aufschiebende Wirkung gegenüber der Strafvollstreckung hat die Beschwerde ebenso wenig wie die Verfassungsbeschwerde sie hatte.

Ist ein ehrengerichtliches Verfahren auf Ausschluß aus der Rechtsanwaltschaft bereits eingeleitet?

G.H.: Der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Karlsruhe hat bereits 10 Tage nach Bekanntwerden des Beschlusses des Bundesgerichtshofes vom Februar die Rechtsanwaltskammer um Stellungnahme gebeten zur Frage eines ehrengerichtlichen Verfahrens wegen derselben Vorwürfe, die dem Strafurteil zugrundelegt worden sind. Die Rechtsanwaltskammer hat hierzu in der Weise Stellung genommen, daß sie der Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens entgegengetreten ist. Dies hat den Generalstaatsanwalt nicht daran gehindert, die ehrengerichtliche Anklage Anfang Mai zu erheben, was einen eindeutigen Schluß darauf zuläßt, daß er nun mit aller Macht das Berufsverbot gegen mich anstrebt.

Wie sind in dem ehrengerichtlichen Verfahren die Aussichten?

G.H.: Ich kann mich einerseits auf die genannte Stellungnahme des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe stützen, die von großem Vorteil ist. Entscheidungsbefugt ist allerdings allein das Ehrengericht, das aber wiederum ausschließlich aus Rechtsanwälten besteht. Eine entscheidende Frage wird sein, ob das Ehrengericht einfach die von mir immer angegriffenen tatsächlichen Feststellungen des Strafurteils übernimmt oder eigene Feststellungen trifft. Letzteres werde ich mit Nachdruck verlangen. Ich befinde mich damit in Übereinstimmung mit der Auffassung, die 378 Kollegen in einer Anzeige in der ,,ZEIT'' von dieser Woche niedergelegt haben, wonach das Strafverfahren weder Grundlage einer Strafvollstreckung noch eines Berufsverbotes werden darf.

Die Banken drohen jetzt mit Entzug des Kredits

Bundesbahn bekommt kein Geld / Eine Strukturreform des Sozialstaats wird verlangt

frb. Auf ihren Hauptversammlungen im Mai haben sich die Sprecher der Großbanken „besorgt“ über die Lage der öffentlichen Finanzen geäußert, und auch die Bundesbank forderte in ihrem Jahresbericht einmal mehr, die Finanzpolitik habe den „Anpassungsprozeß“ der Wirtschaft zu unterstützen. Eine solche Hilfestellung könne vor allem darin bestehen, „die in der Vergangenheit relativ stark gewachsene Inanspruchnahme des Sozialprodukts durch staatliche Ausgaben zurückzuführen, insbesondere bei komsumtiven Ansprüchen. Hiermit würden Ressourcen für Investitionen und für den Export freigegeben.“ Bemängelt wird, daß von den Kürzungen, soweit überhaupt vorgenommen, bisher in erster Linie Investitionsausgaben betroffen sind und „die auf Leistungsgesetzen beruhenden Transferzahlungen an private Haushalte bisher von den beschlossenen Einsparmaßnahmen weitgehend unberührt“ geblieben sind. Es ist die gleiche Kerbe, in die auch Christians, Sprecher der Deutschen Bank, schlug. Die öffentlichen Haushalte müßten endlich zu deutlichen Einsparungen im konsumtiven Bereich kommen, meinte er.

Letzte Woche nun haben die Banken gehandelt. Bis Dienstag 12 Uhr war die Bietungsfrist für eine neue Serie Kassenobligationen der Bundesbahn terminiert. 11% Nominalverzinsung waren geboten, mehr denn je. Doch die Bahn blieb auf ihren Schuldscheinen sitzen, es fand sich keine Bank, die zu diesem Zinssatz Geld verleihen wollte. Unverholen waren denn auch die Reaktionen.

Die Zinsvorstellungen seien nicht das entscheidende gewesen, schreibt das „Handelsblatt“. „Hier ist es um eine regelrechte Verweigerung gegenüber einem Kapitalnehmer gegangen, der zum einen nicht bereit ist, den Marktrealitäten, und zum anderen – das ist der wichtigere Punkt – seinem Standing in diesem Markt Rechnung zu tragen.“ Ganz gleichgültig sei, daß es sich dabei um die Bundesbahn gehandelt habe, immerhin sei es das erste Mal überhaupt, daß ein öffentlicher Kreditnehmer ohne Geld blieb. „Und es ist längst kein Geheimnis mehr, daß Kapitalsammelstellen wie Investment- und Spezialfonds verstärkt darum bemüht sind, ihre Anleihenportefeuilles zu Lasten der Staatspapiere umzuschichten, und zwar nicht aufgrund von Renditeüberlegungen.“ Der Bund stehe mit dem Rücken zur Wand, müsse sich von Tag zu Tag finanzieren und sich dabei „natürlich die Konditionen diktieren lassen“.

So kann es auch nicht wundern, daß der Aktienmarkt von dem Debakel am Rentenmarkt – wo diese festverzinslichen Staatspapiere das Hauptvolumen bilden – verschont blieb. Was hier die Schlußberatung des Haushalts 1981 in den Ausschüssen und die ersten Vorbereitungen des Haushalts 1982 begleitet, mutet also an wie jene gezielten Aktionen von Ende 1974, mit der Banken und Börse das damalige Haushaltssicherungsgesetz erzwangen. So ist dies in der demokratischen Republik des Geldes: Eine Mark eine Stimme. Keine Regierung kommt im Zweifelsfall darum herum. Höher noch als das Verfassungsgericht zu Karlsruhe rangieren Börsenparkett und Bankviertel zu Frankfurt.

Wenn die jetzige Regierung scheitert, so nicht wegen irgendwelchen Unfähigkeiten oder schicksalhaften Verhängnissen. So wenig Klose „an Brokdorf“ gescheitert ist. Sondern dann deshalb, weil das Finanzkapital eine Richtung will, die die SPD-Spitze gegenüber ihrer Mitgliedschaft und den Gewerkschaften nicht mehr durchsetzen kann. Es macht nicht den Eindruck, als habe die SPD als Regierungspartei „ausgedient.“

Denn wenig Alternatives haben die Unionsparteien zu bieten; treuherzig hält Stoltenberg mit eigenen Vorschlägen hinterm Berg, um rhetorisch umso mehr zu glänzen. Er will im Bundesrat „nichts blockieren“. Aber schaut man sich an, was für den Haushalt 1982 an Einschränkung „konsumtiver Ausgaben“ und „auf Leistungsgesetzen beruhenden Transferzahlungen“ verlangt wird, so ist rasch eine Lage denkbar, in der es selbst Fraktionsmitgliedern der SPD sinnlos erscheint, einzelne Maßnahmen zu tolerieren, nur um die Regierung selbst nicht zu gefährden.

Schon dieses Jahr kommt der Haushalt nur eben noch so durch. Immerhin wurden Branntwein- und Mineralölsteuer gerade erst erhöht, muß die Post 10% ihrer Einnahmen statt wie bisher 6⅔% an den Finanzminister liefern, wird den Landwirten das Dieselöl für den Traktor besteuert, werden die Mittel für den Hochschul- und Wohnheimbau sowie für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes gekürzt. Summa summarum 5,6 Mrd. DM an Mehreinnahmen fallen den öffentlichen Haushalten durch diese Maßnahmen in diesem Jahr zu. Doch den Haushalt konnten sie nicht ins Lot bringen.

Was diese Woche als Haushalt 1981 in zweiter und dritter Lesung im Bundestag behandelt werden soll, hat denn nur noch wenig mit den Entwürfen zu tun, die die Regierung im Januar eingebracht hatte. Um 6,4 Mrd. DM ist das Volumen aufgestockt. Nachdem schon beim Abschluß des ersten Entwurfs die letzte Tat des Kabinetts die Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 700 Mio. DM war, wurden Hans Apel nochmal 850 Mio. DM zugeschlagen. Und Hans Matthöfer hebt rühmend hervor, daß die Bundeswehr einen höheren Anteil ihrer Ausgaben für militärische Beschaffung ausgeben kann als andere Armeen, die ein Berufsheer zu besolden haben. Um 8,2% steigen die Ausgaben des Verteidigungshaushalts, während der Gesamthaushalt um 7,2% steigt.

Weitere Mehrausgaben erforderte die rascher als veranschlagt gestiegene Arbeitslosigkeit. 4,25 Mrd. DM mehr erhält die Bundesanstalt für Arbeit, 525 Mio. DM weniger als erforderlich. Gestrichen wurden 175 Mio. DM bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und 350 Mio. DM für die berufliche Bildung und Rehabilitierung. Mehrausgaben von 240 Mio. sind für die vom Bundeshaushalt voll zu tragende Arbeitslosenhilfe fällig, 260 Mio. für die Kriegsopferversorung, 240 Mio. für den Mutterschutz, 240 Mio. für bereits eingegangenen Verpflichtungen im Wohnungsbau, schließlich 760 Mio. DM für höhere Zinsausgaben. Andererseits mußten auf der Einnahmenseite die Steuerschätzungen bereits um 800 Mio. DM zurückgenommen werden. Gedeckt kann das Zahlenwerk nur werden, weil die Zielvorgabe für die Neuverschuldung über den Haufen geworfen wurde. Aber da müssen die Banken erst noch mitmachen.

Beschlossen wurde auch die Streichung von 3000 Stellen beim Bund. Ab sofort dürfen die Ministerien freiwerdende Stellen nicht mehr besetzen; ein Konzept, an dem die Länderregierungen gescheitert sind.

Nichts aber all dies gegenüber dem, was für 1982 gehandelt wird:
- Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte, Erhöhung der Tabak- und Sektsteuer;
- Kürzung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 60% (900 Mio. DM);
- Beseitigung des Arbeitnehmerfreibetrags bei der Lohnsteuer um ¼ (800 Mio. DM), Reduzierung von Steuerfreibeträgen für die Landwirtschaft (450 Mio. DM);
- Streichung des Kindergeldes für das erste Kind, Begrenzung auf Kinder unter 18 oder Einkommensgrenzen (bis zu 3,5 Mrd. DM);
- Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst um 1,5 bis 2 Mrd. DM durch Verzögerung der Besoldungsanpassung für Beamte, Streichungen bei Pensionen und Zusatzversorgung, Reduzierung von Dienstalterszulage und Zulagenwesen;
- Einschränkung des erst eingeführten Mutterschaftsgeldes;
- Kürzung der Berlinzulagen, soweit nicht an Kapitalisten gezahlt;
- Senkung der flexiblen Altersrenten um 2 Mrd. DM;
- Besteuerung von Renten und Arbeitslosengeld;
- Stillegung von Bahnstrecken;
- Ausbildungsförderung nur noch als Darlehen;
- Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und Einkommen der Landwirte um 3 Mrd. DM.

Während der „Stern“ 17 Mrd. DM streichen will „ohne den Sozialstaat zu demontieren“, ist die Finanzpresse da ehrlicher. „Die anstehende Strukturreform des Haushalts muß zu einer Strukturreform des Sozialstaates werden“, fordert das Handelsblatt.

Es sind nicht die zunächst sichtbaren Akteure, die in dieser Auseinandersetzung die wirklichen Kontrahenten sind. Es sind nicht die Parteien im Bundestag, sondern die Hauptklassen der Gesellschaft stehen sich hier gegenüber. Da ist es gut, daß man auf einiges bauen kann. Nicht alles, was jetzt an Vorschlägen hochkommt, muß man ablehnen. So soll es Überlegungen geben, das Ehegattensplitting bei der Einkommenssteuer nur noch bis zu einer Höchstgrenze zuzulassen. Tatsächlich ist das Splitting eine Subventionierung der gut betuchten Ehen und einige Milliarden ließen sich hier holen. Der DGB fordert eine solche Grenze schon lange.

Und Erich Frister liefert richtige Argumente, wenn er in einem Brief an Abgeordnete schreibt: „Warum beispielsweise haben – auch mit Ihrer Zustimmung – die Bezieher hoher und höchster Einkommen seit Januar d.J. eine Einkommensteuerbegünstigung erfahren, die pro Jahr gut 1000 DM beträgt? Machte man dies für alle diejenigen rückgängig, die 60000 DM oder mehr zu versteuern haben, so ließen sich rund 5 Mrd. DM gewinnen und für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einsetzen. Da diese Beträge im übrigen einem Personenkreis zukommen, der sie für den Konsum nicht braucht, aber dafür in die Kreditgewährung an den Staat fließen läßt, würde die öffentliche Hand noch zusätzlich 500 Mio. DM an Zinsen sparen und brauchte sich auch von diesem profitierenden Personenkreis nicht auch noch die ständig wachsende Staatsverschuldung vorhalten zu lassen ...“

Hans Matthöfer ist unter Beschuß des DGB gekommen, weil er die Finanzprobleme der Arbeitslosenkasse zu Lasten der Arbeitslosen gelöst sehen will. Gerd Muhr erinnert an die „ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Leistungen durch Arbeitgeber“: z.B. die Wechselbäder von Kurzarbeit und Überstunden oder die bloße Mitnahme von Eingliederungsbeihilfen. Und schließlich könne das Verbot der Leiharbeit hohe Einnahmeausfälle der Sozialversicherung durch illegale Beschäftigung beseitigen.

Der Gegenangriff findet also statt.

Stahlindustrie Luxemburgs: Krise – Drei Jahre Lohnstopp!

dpa/a. Die rund 21000 luxemburgischen Stahlarbeiter müssen zur Lösung der Finanzprobleme in der Stahlindustrie des Großherzogtums drei Jahre lang bis 1983 auf Lohnerhöhungen verzichten. Diese Übereinkunft wurde nach Angaben eines luxemburgischen Regierungssprechers zwischen Regierung, Gewerkschaften und Stahlindustrie getrofffen. Gleichzeitig werden den in der luxemburgischen Stahlindustrie beschäftigten Beamten rückwirkend vom 1. Januar 1981 an für die Dauer eines Jahres drei Prozent ihrer derzeitigen Bezüge gekürzt. 1500 derzeit nicht benötigte Stahlarbeiter werden inzwischen für die Restaurierung historischer Gebäude und die Instandsetzung von Feldwegen bei 80%iger Lohnfortzahlung eingesetzt.

Wohnprogramm beschlossen

frb. Weitgehend wie angekündigt hat die Bundesregierung ihre Gesetzentwürfe zum Wohnungsbau verabschiedet. Nicht gebaut werden die von der SPD-Fraktion geforderten zusätzlichen 60000 Sozialwohnungen, aber auch die von der FDP geforderte Anhebung der degressiven Abschreibung blieb auf der Strecke. Beschlossen wurde die Fehlbelegungsabgabe, die Zulässigkeit von Staffelmieten für Neubauten, sowie verschiedene Erleichterungen des Mieterhöhungsverfahrens.

DGB will Anerkennung von Fahrgemeinschaften

frb. Steuerliche Anerkennung von Fahrgemeinschaften fordert der DGB. Die Kilometerpauschale soll für alle mitfahrenden Arbeitnehmer anerkannt werden, sofern diese selbst einen PKW besitzen, diesen aber wegen der Mitfahrgelegenheit in der Garage lassen. Auch für Umwege soll dem Besitzer des PKW die Kilometerpauschale anerkannt werden, und drittens sollen auch Unfallkosten, die bei solchen Umwegen entstanden sind, steuerlich abzugsfähig sein.

USA verlangen weitere Öffnung des EG-Marktes

frb. Kräftig auf die Pauke gehauen hat Bill Brock, Reagans Sonderbotschafter in Handelsfragen, bei seinem ersten Besuch in Brüssel. So forderte er eine Änderung der EG-Agrarpolitik, die den Exportchancen der amerikanischen Agrarprodukte im Wege steht. Weiter drohte er mit einem Krieg in Sachen Exportkredite, wenn die EG-Regierungen sich zu keinem Abkommen bereit fänden, das die Zinszuschüsse kappt. Und schließlich forderte er die Beseitigung von Beschränkungen für die Tätigkeit der US-Banken. Brocks öffentliche Äußerungen haben bei der EG „Überraschung“ hervorgerufen.

Hoesch-Aufsichtsräte billigen „Sanierungskonzept“

bsc.Dortmund. Am 28. Mai haben die Aufsichtsräte der Hoesch Werke AG und der Dortmunder Hüttenwerke AG in einer gemeinsamen Sitzung das Vorstandskonzept zur Umstrukturierung der Stahlwerksbasis in Dortmund einstimmig gebilligt. Es sieht vor: Stillegung der Werke Union und Phönix und Konzentration auf das Werk Westfalenhütte, wo zwischen 1984 und 1987 ein neues Stahlwerk gebaut werden soll, und Verringerung der Belegschaft von jetzt noch knapp 21000 auf dann 13000. Das Konzept ist äußerst vage und spekulativ: nach wie vor verhandelt der Hoesch-Vorstand mit Krupp über Vormateriallieferung auch unter dem Gesichtspunkt, daß es in Dortmund kein Stahlwerk mehr gibt; zwar heißt es im Beschluß, daß es „im Grundsatz keine Entlassungen“ geben soll, aber über die bestehenden Sozialpläne ist ein Belegschaftsabbau von 8000 bis 1987 nicht möglich; und drittens ist die angestrebte Finanzierung – Gesamtkosten gleich 2,6 Mrd. DM, davon 1,1 Mrd. aus Eigenmitteln plus 1,5 Mrd. DM an staatlichen Subventionen – sowohl was die Eigenmittel betrifft wie die Subventionen nicht gesichert. Die Vertreter der IG Metall und die Betriebsräte im Aufsichtsrat werden zugestimmt haben, weil die IG Metall mit dem Vorstandsbeschluß vom 15. Mai einen Kurs in der Stahlindustrie verfolgt, der erstens eine Lösung im Rahmen der EG verlangt und sich zweitens auf den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit (35-Stundenwoche, Verrentung mit 55 und 5. Schicht) konzentriert, womit indirekt auch der Belegschaftsabbau in gewissem Umfang gelöst werden könnte.

OPEC-Konferenz in Genf

diesem Zinssatz Geld verleihen wollte. Unverholen waren denn auch die Reaktionen.

Die Zinsvorstellungen seien nicht das entscheidende gewesen, schreibt das „Handelsblatt“. „Hier ist es um eine regelrechte Verweigerung gegenüber einem Kapitalnehmer gegangen, der zum einen nicht bereit ist, den Marktrealitäten, und zum anderen – das ist der wichtigere Punkt – seinem Standing in diesem Markt Rechnung zu tragen.“ Ganz gleichgültig sei, daß es sich dabei um die Bundesbahn gehandelt habe, immerhin sei es das erste Mal überhaupt, daß ein öffentlicher Kreditnehmer ohne Geld blieb. „Und es ist längst kein Geheimnis mehr, daß Kapitalsammelstellen wie Investment- und Spezialfonds verstärkt darum bemüht sind, ihre Anleihenportefeuilles zu Lasten der Staatspapiere umzuschichten, und zwar nicht aufgrund von Renditeüberlegungen.“ Der Bund stehe mit dem Rücken zur Wand, müsse sich von Tag zu Tag finanzieren und sich dabei „natürlich die Konditionen diktieren lassen“.

So kann es auch nicht wundern, daß der Aktienmarkt von dem Debakel am Rentenmarkt – wo diese festverzinslichen Staatspapiere das Hauptvolumen bilden – verschont blieb. Was hier die

dern der SPD sinnlos erscheint, einzelne Maßnahmen zu tolerieren, nur um die Regierung selbst nicht zu gefährden.

Schon dieses Jahr kommt der Haushalt nur eben noch so durch. Immerhin wurden Branntwein- und Mineralölsteuer gerade erst erhöht, muß die Post 10% ihrer Einnahmen statt wie bisher 6⅔% an den Finanzminister liefern, wird den Landwirten das Dieselöl für den Traktor besteuert, werden die Mittel für den Hochschul- und Wohnheimbau sowie für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes gekürzt. Summa summarum 5,6 Mrd. DM an Mehreinnahmen fallen den öffentlichen Haushalten durch diese Maßnahmen in diesem Jahr zu. Doch den Haushalt konnten sie nicht ins Lot bringen.

Was diese Woche als Haushalt 1981 in zweiter und dritter Lesung im Bundestag behandelt werden soll, hat denn nur noch wenig mit den Entwürfen zu tun, die die Regierung im Januar eingebracht hatte. Um 6,4 Mrd. DM ist das Volumen aufgestockt. Nachdem schon beim Abschluß des ersten Entwurfs die letzte Tat des Kabinetts die Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 700 Mio. DM war, wurden Hans Apel

dende Stellen nicht mehr besetzen; ein Konzept, an dem die Länderregierungen gescheitert sind.

Nichts aber all dies gegenüber dem, was für 1982 gehandelt wird:
- Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte, Erhöhung der Tabak- und Sektsteuer;
- Kürzung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 60% (900 Mio. DM);
- Beseitigung des Arbeitnehmerfreibetrags bei der Lohnsteuer um ¼ (800 Mio. DM), Reduzierung von Steuerfreibeträgen für die Landwirtschaft (450 Mio. DM);
- Streichung des Kindergeldes für das erste Kind, Begrenzung auf Kinder unter 18 oder Einkommensgrenzen (bis zu 3,5 Mrd. DM);
- Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst um 1,5 bis 2 Mrd. DM durch Verzögerung der Besoldungsanpassung für Beamte, Streichungen bei Pensionen und Zusatzversorgung, Reduzierung von Dienstalterszulage und Zulagenwesen;
- Einschränkung des erst eingeführten Mutterschaftsgeldes;
- Kürzung der Berlinzulagen, soweit nicht an Kapitalisten gezahlt;
- Senkung der flexiblen Altersrenten um 2 Mrd. DM;
- Besteuerung von Renten und Arbeitslosengeld;

d.J. eine Einkommensteuerbegünstigung erfahren, die pro Jahr gut 1000 DM beträgt? Machte man dies für alle diejenigen rückgängig, die 60000 DM oder mehr zu versteuern haben, so ließen sich rund 5 Mrd. DM gewinnen und für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einsetzen. Da diese Beträge im übrigen einem Personenkreis zukommen, der sie für den Konsum nicht braucht, aber dafür in die Kreditgewährung an den Staat fließen läßt, würde die öffentliche Hand noch zusätzlich 500 Mio. DM an Zinsen sparen und brauchte sich auch von diesem profitierenden Personenkreis nicht auch noch die ständig wachsende Staatsverschuldung vorhalten zu lassen ...“

Hans Matthöfer ist unter Beschuß des DGB gekommen, weil er die Finanzprobleme der Arbeitslosenkasse zu Lasten der Arbeitslosen gelöst sehen will. Gerd Muhr erinnert an die „ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Leistungen durch Arbeitgeber“: z.B. die Wechselbäder von Kurzarbeit und Überstunden oder die bloße Mitnahme von Eingliederungsbeihilfen. Und schließlich könne das Verbot der Leiharbeit hohe Einnahmeausfälle der Sozialversicherung durch illegale Beschäftigung beseitigen.

Der Gegenangriff findet also statt.

Fahrgemeinschaften fordert der DGB. Die Kilometerpauschale soll für alle mitfahrenden Arbeitnehmer anerkannt werden, sofern diese selbst einen PKW besitzen, diesen aber wegen der Mitfahrgelegenheit in der Garage lassen. Auch für Umwege soll dem Besitzer des PKW die Kilometerpauschale anerkannt werden, und drittens sollen auch Unfallkosten, die bei solchen Umwegen entstanden sind, steuerlich abzugsfähig sein.

USA verlangen weitere Öffnung des EG-Marktes

frb. Kräftig auf die Pauke gehauen hat Bill Brock, Reagans Sonderbotschafter in Handelsfragen, bei seinem ersten Besuch in Brüssel. So forderte er eine Änderung der EG-Agrarpolitik, die den Exportchancen der amerikanischen Agrarprodukte im Wege steht. Weiter drohte er mit einem Krieg in Sachen Exportkredite, wenn die EG-Regierungen sich zu keinem Abkommen bereit fänden, das die Zinszuschüsse kappt. Und schließlich forderte er die Beseitigung von Beschränkungen für die Tätigkeit der US-Banken. Brocks öffentliche Äußerungen haben bei der EG „Überraschung“ hervorgerufen.

Hoesch-Aufsichtsräte billigen „Sanierungskonzept“

OPEC-Konferenz in Genf

Die OPEC ist geschwächt, aber nicht zerbrochen

bog. Leicht gedämpfter Jubel bei den bürgerlichen Kommentatoren. Wolfgang Müller-Haesler, Beobachter der FAZ bei der Tagung der OPEC in Genf am 25. und 26. Mai 1981, fällt es schwer, seine Befriedigung darüber zu unterdrücken, daß sich die „Marktkräfte“ gegen das ihm übermächtig erscheinende „Kartell“ durchzusetzen vermochten. Die Konferenz-Ergebnisse scheinen ihm Recht zu geben.

Die OPEC zeigt Risse. Die Erdölminister sind auseinandergegangen, ohne sich auf einen gemeinsamen Richtpreis geeinigt zu haben. Noch viel schwerer wiegt das Fehlen einer einheitlichen Strategie gegen das derzeitige Überangebot auf dem Weltmarkt. Es gibt keinen bindenden Beschluß der OPEC, die Ölförderung zu kürzen, sondern lediglich eine gemeinsame Absprache, vom 1. Juli an 10% weniger Öl zu fördern. 10% weniger würde – bezogen auf die gesamte OPEC-Förderung von derzeit 25,2 Mio. Barrel (1 Barrel gleich 159 Liter) – gerade dem derzeitigen Ölüberhang entsprechen. Da aber erstens Saudi-Arabien aus dieser Absprache ausschert, zweitens Iran und Irak die Möglichkeit eingeräumt wird, ihre alte Förderhöhe von vor dem Krieg wieder zu erreichen, drittens überhaupt nicht geklärt ist, inwieweit bereits erfolgte Kürzungen in Anrechnung gebracht werden, viertens die OPEC nur noch etwa 40% der Welterdölförderung bestreitet und zumindest die USA auf Teufel komm raus produzieren, kann fünftens dieser Absprache nur begrenzter Wert zugebilligt werden. Nach Abschluß der Konferenz hoffte zwar der irakische Ölminister Abdul-Karim, daß Saudi-Arabien sich doch noch nachträglich und stillschweigend der Mehrheit der OPEC-Staaten anschließt. Diese Hoffnung gründet sich auf die Überlegung, daß Saudi-Arabien bei weitem nicht auf eine so hohe Förderrate angewiesen ist wie z. B. die sogenannten High-Absorbers, die Erdölförderländer mit hoher Bevölkerungszahl wie Algerien, Venezuela und Indonesien. Saudi-Arabien nimmt dagegen für sich in Anspruch, Sachwalter der langfristigen Interessen der Erölförderländer zu sein. Stichwort: OPEC-Langzeitstrategie. Ihr liegt folgender Gedanke zugrunde: Langfristig sollen sich die Öl- und Gaspreise den Kosten der anderen Energieträger annähern. Dafür sorgt ein automatisches Preisanpassungssystem, das auf einem einheitlichen Preis basiert. Dieser Mechanismus soll auf drei Komponenten beruhen: Zur Absicherung der OPEC-Exporterlöse gegen die internationale Inflation werden die wertmäßigen Veränderungen der OPEC-Exporte – gewichtet mit dem jeweiligen Anteil der Länder am Welthandel – zu einem Index zusammengefaßt. Die prozentualen Änderungen dieser Reihe werden automatisch mit dem jeweils gültigen Rohölpreis multipliziert. Wechselkursschwankungen sollen ebenfalls berücksichtigt werden. Ein Währungskorb mit 10 wichtigen Währungen wird den Berechnungen zugrundegelegt.

Mit der Abkehr vom Dollar als einziger Verrechnungseinheit fällt damit auch die Abhängigkeit von der amerikanischen Währungspolitik. Gegenwärtig wäre dies zwar ein Verlustgeschäft für die OPEC, vor 10 Jahren eingeführt, hätte sich die Abwertung des Dollar jedoch bei weitem nicht so negativ auf die realen Exporterlöse ausgewirkt. Die eigentlichen Steigerungsraten der Ölpreise errechnen sich aus den Wachstumsraten des Sozialprodukts der westlichen Industriestaaten. Voraussetzung für die Einführung deses Systems ist ein einheitlicher OPEC-Grundpreis, der nur durch Qualitätsunterschiede und unterschiedliche Transportkosten abweichen darf. Ebenfalls notwendig ist eine abgestimmte Mengenpolitik. Beides sind Voraussetzungen, die zur Zeit nicht existieren. Die Verdienste des saudi-arabischen Ölministers Achmed Zaki Yamani um diese Langzeitstrategie wurden zwar mit seiner Wahl zum Vorsitzenden des Ausschusses für die Neuformulierung der Langzeitstrategie gewürdigt. Die ultimative Forderung Saudi-Arabiens an die übrigen OPEC-Staaten, ihre Preise zu senken, haben jedoch die Verwirklichung einer gemeinsamen Mengen- und Preispolitik keinen Schritt weiter gebracht.

Daß es zu keiner Einigung gekommen ist, wiegt um so schwerer, da jeder Tag überhöhter Förderung den weiteren Aufbau zusätzlicher Vorratslager zuläßt. Die USA beschleunigen den Aufbau ihrer strategischen Ölreserve. Allein im April wurden mehr als 400000 Barrel pro Tag in die Reserve eingebracht. Damit wuchs der Bestand seit Januar 1981 um über 40 Mio. auf 135 Mio. Barrel. Am Ende des Haushaltsjahres 1981 werden aller Voraussicht nach 194 Mio. Barrel eingelagert sein. Die Regierung in Washington versucht nun die Preise zu drücken, indem sie die Preise für Öl, das für die strategische Reserve bestimmt ist, neu aushandelt. Ein Sprecher erklärte bereits, falls der Handel nicht zustimmt, würden 12 Mio. Barrel zusätzlich am Spotmarkt verbleiben und das Überangebot zusätzlich erhöhen. Auch die Tanks des Handels und der privaten Verbraucher sind randvoll gefüllt. Die Ölreserven der westlichen Industriestaaten reichen für eine Versorgung von 125 Tagen. Sinkt der Ölverbrauch im selben Ausmaß weiter wie bisher, dann reichen sie natürlich entsprechend länger.

Eines läßt sich nach der OPEC-Konferenz mit Sicherheit sagen. Die Preisstabilisierung auf den regulären Märkten und die Preissenkungen auf den Spotmärkten werden beim Verbraucher auf keinen Fall ankommen. Die westdeutsche Mineralölindustrie konzentrierte sich in ihren Kommentaren zu den OPEC-Beschlüssen auf die Absichtserklärung, so schnell und so viel wie möglich auf den Preis für Mineralölerzeugnisse draufzuschlagen. Ausschlaggebend sei der Kursanstieg des Dollars, mit dem die deutschen Ölimporte bezahlt werden müssen. Was hier als Verluste ausgewiesen wird, sind in den Vereinigten Staaten die Milliardengewinne.



4,9% auch in der Bekleidungsindustrie

geh. Nachdem am Montag der vergangenen Woche in 94 Betrieben 16000 Beschäftigte die Arbeit niederlegten, schloß die Gewerkschaft Textil und Bekleidung für die 243000 Beschäftigten eine 4,9%ige Erhöhung der Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen und tariflichen Urlaubsgelder ab. Für Rheinland-Pfalz und Nordrhein wurden Sonderregelungen getroffen, die 1 Pfennig bzw. 2 Pfennig zusätzlich ausmachen. Dies soll den Ausfall einer früheren Lohnerhöhung teilweise ausgleichen. Der Vertrag läuft 11 Monate. Für die Heimarbeiter wurde zum 1.8. ebenfalls mit 11monatiger Laufzeit bei 4,9% abgeschlossen.

Tarifkampf Chemieindustrie:

Verhandlungen gescheitert Kapitalisten wollen unter 4,9%

man. Gescheitert sind in der letzten und vorletzten Woche die Tarifverhandlungen für die chemische Industrie in den drei großen Tarifbezirken Rheinland-Pfalz, Nordrhein und Hessen. In diesen Bezirken befinden sich die Stammwerke der Chemiemonopole Bayer, BASF und Hoechst, hier ist mit 380000 Beschäftigten der Hauptteil der Arbeiter und Angestellten der Chemieindustrie konzentriert. Die Tarifverträge sind am 30. April ausgelaufen, in den übrigen Tarifbezirken enden sie Ende Mai. Gescheitert sind die Verhandlungen in Nordrhein und Rheinland-Pfalz in der zweiten, in Hessen in der dritten Gesprächsrunde: der Forderung der IG Chemie nach 7,5% stand ein Angebot des Arbeitsringes Chemie von 4% gegenüber. Deutet sich nun mit dem Scheitern der Verhandlungen eine Zuspitzung der Lohnauseinandersetzungen der Chemieindustrie an, kann die IG Chemie die Höhe des Metallabschlusses erreichen oder sogar darüber hinaus kommen?

Die Haltung auf Seiten des Arbeitsringes Chemie ist da eindeutig. Otto Esser, Karl Wamsler und andere Sprecher der Chemiekapitalisten haben den Metallabschluß als „volkswirtschaftlich schädlich" kritisiert und wollen mit allen Mitteln darunter abschließen. In den entsprechenden Veröffentlichungen wird sowohl auf die wirtschaftliche Lage der Chemieindustrie verwiesen wie auf die gestiegenen Arbeitskosten pro Arbeiter. Neu ist dabei eine verstärkte Debatte unter den Chemiekapitalisten über den Chemiestandort Bundesrepublik, wo erwogen wird, bestimmte Produktionen wegen der hohen Energiekosten, Lohnnebenkosten und Umweltschutzauflagen in andere Länder zu verlagern. Bei den Lohnkosten wird eine Rechnung aufgemacht, daß die Arbeitskosten pro Arbeiter auf jährlich 41400 DM gestiegen sind, wovon allein 18400 DM auf die Lohnnebenkosten entfallen, vor allem auf Urlaubs-, Krankheits- und Feiertagszahlungen. Gleichzeitig haben die Chemiekapitalisten eine straffe Zentralisierung der Tarifverhandlungsführung innerhalb ihres Verbandes festgelegt. Zusätzlich zum zentralen Koordinierungsrat, der die Taktik in den Verhandlungen bis ins Kleinste festlegt, haben die drei großen Bezirke noch einmal eine Tarifgemeinschaft gebildet, die bis in die innerbetriebliche Lohn- und Zulagengestaltung reicht. Eine Spaltung der Chemiekapitalisten, wie es der IG Metall bei den Metallkapitalisten gelungen ist, die 4,9% in Baden-Württemberg durchzusetzen, kann man von daher ziemlich ausschließen.

Die IG Chemie hat als tarifpolitisches Ziel angegeben, die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu stärken und einen Kaufkraftverlust zu verhindern. Anders als in früheren Jahren hat es ausführliche Beratungen unter den mittleren und unteren Funktionären über die Taktik gegeben, durchgeführt von dem neuen Verhandlungsführer Horst Mettke aus dem Hauptvorstand der IG Chemie.

In den Beschlußfassungen der Tarifkommissionen hat sich aber die Linie der reinen Prozentforderungen durchgesetzt. Auffassungen, eine Mindestforderung von 7,5% auf T3 = 200 DM aufzustellen sowohl im Hinblick auf die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen wie auf den abzuschließenden bundeseinheitlichen Entgeltvertrag, sind in der Minderheit geblieben, wenn auch nur knapp wie in Nordrhein, wo die Abstimmung 19 gegen 15 endete.

Auf einer zentralen Konferenz von 450 Tarifkommissionsmitgliedern vergangene Woche in Worms, wurde das Scheitern der Tarifverhandlungen einstimmig gebilligt als „konsequente Antwort auf das völlig unzureichende Angebot der Arbeitgeber". Zustimmung fand Mettke dort, als er erklärte, in keinem Bezirk bei 4,8% abzuschließen. In einem Schreiben an die Vertrauensleute im Bezirk Nordrhein weist der Bezirksleiter Gläsner auf die starre Haltung der Chemiekapitalisten hin, unter dem Metallabschluß zu bleiben, und fordert die Vertrauensleute auf, „ab sofort unsere Forderung offensiv in den Betrieben mit den Beschäftigten zu diskutieren und ihren Protest gegen die Haltung der Unternehmer öffentlich zum Ausdruck zu bringen."

Offen bleibt dabei, wie die IG Chemie das erreichen will, ist doch die gewerkschaftliche Kampfkraft gerade in den Großbetrieben durch die Politik des Hauptvorstandes ziemlich gering. Warnstreiks allein aus den Klein- und Mittelbetrieben werden die Auseinandersetzung nicht entscheiden können. Aber anstatt die Aufforderung Mettkes und Gläsners als Kraftmeierei abzutun, sollte man sie jetzt beim Wort nehmen und sie zur Unterstützung und Organisierung von Aktionen vor allem in den Großbetrieben gewinnen, anstatt sich nachher den schwarzen Peter für eine Niederlage zuschieben zu lassen. Die Erkämpfung eines 4,9%-Abschlusses wird zwar die Kaufkraft nicht sichern, aber politisch zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung beitragen. Und gegen die sich allmächtig und unbesiegbar gebenden Chemiekapitalisten wäre das ein großer Erfolg.

„Der Norden als atomwaffenfreie Zone!"

Kongreß skandinavischer Gewerkschafts- und Friedensbewegung

bag. Aarhus. Unter der Parole „Der Norden als atomwaffenfreie Zone" fand am 23./24. Mai in Aalborg (Dänemark) eine „Nordische Friedenskonferenz" statt. Aufgerufen hatten Gewerkschaftsvertreter aus der Stadt Aalborg, und es kamen 1300 Teilnehmer, davon die meisten Delegierte aus Gewerkschaften, Betrieben und Friedensgruppen. Die dänischen Gewerkschaften waren fast vollzählig vertreten, mit den stärksten Delegationen die Metallarbeiter, die (immer noch ausgesperrten) Drucker und Setzer und die Seeleute. Anwesend waren auch gewerkschaftliche Jugendorganisationen, Schüler- und Studentenvertreter und eine Delegation der dänischen Wehrpflichtigen.

Gleich im ersten Beitrag zum Thema wurde klar, daß es hier weder allein um die Beschwörung von „Atomgefahr" noch um eine einseitige Ablehnung von NATO-Atomwaffen in Nordeuropa ging. Frank Iversen, Vorsitzender des lokalen Gewerkschaftsbundes, forderte in der Begrüßungsrede „Frieden und Freiheit ... in Polen und El Salvador, in Afghanistan und Chile, in Indochina und Afrika", sprach von einer „Bedrohung durch Aufrüstung der Großmächte in Ost und West" und führte weiter aus: „Mit den Atomraketen auf der Halbinsel Kola an der Grenze zu Norwegen und mit der gewaltigen sowjetischen Flotte in der Ostsee wird Dänemark in einer Krisensituation, alleine schon wegen seiner geographischen Lage, im Zentrum der Ereignisse liegen ... Es ist eine Tatsache, daß die Welt in zwei Supermächte eingeteilt ist, die jeweils weitere Länder in einem Verteidigungsbündnis haben. Dänemark hat von diesen beiden Möglichkeiten die NATO gewählt ..."

Die sozialdemokratische schwedische Reichstagsabgeordnete Maj Britt Theorin ging in ihrer Rede ebenfalls von der Situation ihres Landes zwischen zwei Machtblöcken aus: „Die geplanten, mit Atomwaffen bestückten Raketen, die von der NATO an der norwegischen Westküste stationiert werden sollen, haben ihre direkte Flugbahn über Schweden. Unserer Neutralitätserklärung zufolge müßten wir versuchen, sie runterzuholen ... Aber die atomare Bedrohung kommt auch vom Osten. Wir wissen, daß Atomraketen in der Sowjetunion auf den Norden gerichtet sind. Unsere Möglichkeit, eine direkte atomare Bedrohung abzuwehren, besteht darin, den Norden zur atomwaffenfreien Zone zu erklären und damit die Großmächte zu zwingen, ihr Versprechen vor der UNO zu erfüllen, niemals Atomwaffen gegen solche Zonen zu richten. Die russischen Atomraketen werden dann in eine andere Richtung müssen, und die NATO-Raketen vor der norwegischen Küste werden niemals dort stationiert werden können. Die UNO-Empfehlung über atomwaffenfreie Zonen schränkt die Handlungsfähigkeit der Supermächte ein." Als ersten wichtigen Schritt zur Errichtung einer solchen Zone forderte Maj Britt Theorin die Regierungen der skandinavischen Länder dazu auf, eine entsprechende gemeinsame Erklärung zu beschließen. Eine ähnliche Aufforderung wurde am Ende des Kongresses in einer Resolution beschlossen.

Als Vertreter der norwegischen Bewegung für ein atomwaffenfreies Nordeuropa sprach der Geschäftsführer der Hafenarbeitergewerkschaft von Trondheim, Lauritz Sumstad. Mit großen Applaus wurde seine Mitteilung begrüßt, daß der Kongreß des norwegischen Gewerkschaftsbundes gerade die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone im Norden beschlossen hat. Seine wesentliche Kritik richtete sich gegen die Lagerung schwerer militärischer Ausrüstung der NATO in Norwegen. Über den Widerstand dagegen berichtete er, daß die Hafenarbeiter von Trondheim auf einer Mitgliederversammlung beschlossen haben, amerikanisches Kriegsmaterial nicht zu verladen, das in Norwegen gelagert werden soll. Und daß Ende Juli mehrere Tausend Jugendliche aus ganz Skandinavien auf dem geplanten Lagerplatz für amerikanische Waffen bei Trondheim ein Friedensfestival abhalten werden.

Vertreter Islands und Finnlands hielten Appelle, letzterer unter Berufung auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Kekkonen, der schon 1963 ein atomwaffenfreies Nordeuropa empfohlen hatte.

Ein Kapitel für sich war der pensionierte General Gert Bastian aus der BRD. Er wurde mit dem stärksten Applaus des gesamten Kongresses bedacht, was meiner Meinung nach vor allem Freude über Zersetzungserscheinungen innerhalb des stärksten europäischen NATO-Landes ausdrückte. Sein Protest gegen Atomwaffen war jedoch im wesentlichen der Protest eines begeisterten Kriegshandwerkers gegen von ihm nicht mehr kontrollierbare Waffensysteme. Entscheidend war aber, daß auch er, wie die meisten anderen Redner, eine gegen beide Supermächte gerichtete atomwaffenfreie Zone im Norden forderte sowie die Ächtung und Vernichtung der Atomwaffen auf der ganzen Welt.

Ford-England: Geschäftsleitung gibt nach
acm. Nachdem die Geschäftsleitung der Ford-Werke in der Halewood-Fab-
ten, mit den stärksten Delegationen die Metallarbeiter, die (immer noch ausgesperrten) Drucker und Setzer und die Seeleute. Anwesend waren auch gewerkschaftliche Jugendorganisationen, Schüler- und Studentenvertreter und eine Delegation der dänischen Wehrpflichtigen.
Gleich im ersten Beitrag zum Thema wurde klar, daß es hier weder allein um die Beschwörung von „Atomgefahr" noch um eine einseitige Ablehnung von NATO-Atomwaffen in Nordeuropa ging. Frank Iversen, Vorsitzender des lokalen Gewerkschaftsbundes, forderte in der Begrüßungsrede „Frieden und Freiheit ... in Polen und El Salvador, in Afghanistan und Chile, in Indochina und Afrika", sprach von einer „Bedrohung durch Aufrüstung der Großmächte in Ost und West" und führte weiter aus: „Mit den Atomraketen auf der Halbinsel Kola an der Grenze zu Norwegen und mit der gewaltigen sowjetischen Flotte in der Ostsee wird Dänemark in einer Krisensituation, alleine schon wegen seiner geographischen Lage, im Zentrum der Ereignisse liegen ... Es ist eine Tatsache, daß die Welt in zwei Supermächte eingeteilt ist, die jeweils weitere Länder in einem Verteidigungsbündnis haben. Dänemark hat von diesen beiden Möglichkeiten die NATO gewählt ..."
Durch die Entlassungen jetzt sind 2 Leyland Werke in Südafrika lahmgelegt. In drei Ford-Werken in Südafrika weigern sich die 1500 Arbeiter, Fire-
suchen, sie runterzuholen ... Aber die atomare Bedrohung kommt auch vom Osten. Wir wissen, daß Atomraketen in der Sowjetunion auf den Norden gerichtet sind. Unsere Möglichkeit, eine direkte atomare Bedrohung abzuwehren, besteht darin, den Norden zur atomwaffenfreien Zone zu erklären und damit die Großmächte zu zwingen, ihr Versprechen vor der UNO zu erfüllen, niemals Atomwaffen gegen solche Zonen zu richten. Die russischen Atomraketen werden dann in eine andere Richtung müssen, und die NATO-Raketen vor der norwegischen Küste werden niemals dort stationiert werden können. Die UNO-Empfehlung über atomwaffenfreie Zonen schränkt die Handlungsfähigkeit der Supermächte ein." Als ersten wichtigen Schritt zur Errichtung einer solchen Zone forderte Maj Britt Theorin die Regierungen der skandinavischen Länder dazu auf, eine entsprechende gemeinsame Erklärung zu beschließen. Eine ähnliche Aufforderung wurde am Ende des Kongresses in einer Resolution beschlossen.
Als Vertreter der norwegischen Bewegung für ein atomwaffenfreies Nordeuropa sprach der Geschäftsführer der Hafenarbeitergewerkschaft von Trondheim, Lauritz Sumstad. Mit großen Applaus wurde seine Mitteilung
die Spät- und Nachtzulage nur um 3,9% angehoben wurden, was heißt, daß gerade bei überdurchschnittlichem Verschleiß der Arbeitskraft der Lohn
rikanisches Kriegsmaterial nicht zu verladen, das in Norwegen gelagert werden soll. Und daß Ende Juli mehrere Tausend Jugendliche aus ganz Skandinavien auf dem geplanten Lagerplatz für amerikanische Waffen bei Trondheim ein Friedensfestival abhalten werden.
Vertreter Islands und Finnlands hielten Appelle, letzterer unter Berufung auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Kekkonen, der schon 1963 ein atomwaffenfreies Nordeuropa empfohlen hatte.
Ein Kapitel für sich war der pensionierte General Gert Bastian aus der BRD. Er wurde mit dem stärksten Applaus des gesamten Kongresses bedacht, was meiner Meinung nach vor allem Freude über Zersetzungserscheinungen innerhalb des stärksten europäischen NATO-Landes ausdrückte. Sein Protest gegen Atomwaffen war jedoch im wesentlichen der Protest eines begeisterten Kriegshandwerkers gegen von ihm nicht mehr kontrollierbare Waffensysteme. Entscheidend war aber, daß auch er, wie die meisten anderen Redner, eine gegen beide Supermächte gerichtete atomwaffenfreie Zone im Norden forderte sowie die Ächtung und Vernichtung der Atomwaffen auf der ganzen Welt.
Wenn diese Sonderschichten schon nicht abgelehnt wurden (wofür es in der Belegschaft keine Einheit gibt), so war doch klar, daß der Termindruck
schaftliche Lage der Chemieindustrie verwiesen wie auf die gestiegenen Arbeitskosten pro Arbeiter. Neu ist dabei eine verstärkte Debatte unter den Chemiekapitalisten über den Chemiestandort Bundesrepublik, wo erwogen wird, bestimmte Produktionen wegen der hohen Energiekosten, Lohnnebenkosten und Umweltschutzauflagen in andere Länder zu verlagern. Bei den Lohnkosten wird eine Rechnung aufgemacht, daß die Arbeitskosten pro Arbeiter auf jährlich 41400 DM gestiegen sind, wovon allein 18400 DM auf die Lohnnebenkosten entfallen, vor allem auf Urlaubs-, Krankheits- und Feiertagszahlungen. Gleichzeitig haben die Chemiekapitalisten eine straffe Zentralisierung der Tarifverhandlungsführung innerhalb ihres Verbandes festgelegt. Zusätzlich zum zentralen Koordinierungsrat, der die Taktik in den Verhandlungen bis ins Kleinste festlegt, haben die drei großen Bezirke noch einmal eine Tarifgemeinschaft gebildet, die bis in die innerbetriebliche Lohn- und Zulagengestaltung reicht. Eine Spaltung der Chemiekapitalisten, wie es der IG Metall bei den Metallkapitalisten gelungen ist, die 4,9% in Baden-Württemberg durchzusetzen, kann man von daher ziemlich ausschließen.
Tarifverhandlungen Hochseefischerei
ula.Bremerhaven. Die Heuertarifver-
der Bezirksleiter Gläsner auf die starre Haltung der Chemiekapitalisten hin, unter dem Metallabschluß zu bleiben, und fordert die Vertrauensleute auf, „ab sofort unsere Forderung offensiv in den Betrieben mit den Beschäftigten zu diskutieren und ihren Protest gegen die Haltung der Unternehmer öffentlich zum Ausdruck zu bringen."
Offen bleibt dabei, wie die IG Chemie das erreichen will, ist doch die gewerkschaftliche Kampfkraft gerade in den Großbetrieben durch die Politik des Hauptvorstandes ziemlich gering. Warnstreiks allein aus den Klein- und Mittelbetrieben werden die Auseinandersetzung nicht entscheiden können. Aber anstatt die Aufforderung Mettkes und Gläsners als Kraftmeierei abzutun, sollte man sie jetzt beim Wort nehmen und sie zur Unterstützung und Organisierung von Aktionen vor allem in den Großbetrieben gewinnen, anstatt sich nachher den schwarzen Peter für eine Niederlage zuschieben zu lassen. Die Erkämpfung eines 4,9%-Abschlusses wird zwar die Kaufkraft nicht sichern, aber politisch zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung beitragen. Und gegen die sich allmächtig und unbesiegbar gebenden Chemiekapitalisten wäre das ein großer Erfolg.

Ford-England: Geschäftsleitung gibt nach

acm. Nachdem die Geschäftsleitung der Ford-Werke in der Halewood-Fabrik versuchte, einen Disziplinarkodex, der Maßnahmen bei Abteilungsarbeitsniederlegungen und Protestaktionen vorsah, gegen die Arbeiter durchzusetzen, kam es in der vorletzten Woche zu anhaltenden Streiks der 10000 Fordarbeiter. Der Streik weitete sich im Laufe der Woche auch auf die anderen Ford-Werke in England aus. Dem Unternehmen drohten Umsatzverluste – gerade bei der Escord-Produktion im Halewood-Werk – von über 40 Mio. Pfund, weswegen die Geschäftsleitung in der letzten Woche ihren Disziplinarkodex vollständig zurückzog. Das Abkommen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften sieht dafür aber in Zukunft vor, daß vor spontanen Arbeitsniederlegungen im Betrieb ein Schlichtungsverfahren stattfindet. Ob dieses Angebot von den Arbeitern angenommen wurde, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Streiks in der Autoindustrie in Südafrika

thf. 2000 streikende Arbeiter hat British Leyland in Südafrika am Mittwoch, dem 20.5., entlassen. Die Arbeiter hatten seit Freitag zuvor gestreikt, um eine höhere als die von den Kapitalisten zugestandene Lohnerhöhung durchzusetzen. Die Lohnerhöhung um 15 Cents auf 1,30 Rand (ca. 3 DM) gleicht nicht die Teuerungsrate aus. Ein Ultimatum der Betriebsleitung konnte den Streik nicht brechen. Durch die Entlassungen jetzt sind 2 Leyland Werke in Südafrika lahmgelegt. In drei Ford-Werken in Südafrika weigern sich die 1500 Arbeiter, Firestone-Pneus zu montieren, nachdem in der Herstellerfirma Arbeiter entlassen worden waren. Zu Solidaritätsstreiks kam es auch bei General Motors. – Für die vergangene Woche hatte u.a. der ANC zu Streiks wegen der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der „Republikgründung" aufgerufen.

Lohnerhöhung und Sonderschichten bei Ford Köln

hew. In den Fordwerken Köln wird die tarifliche Erhöhung von 4,9% ab 1. April auf den Ford-Einstellohn ausgezahlt, der bei 12,63 DM für Lohngruppe 7 lag. Ab dem 1. August werden die 4,9% dann auf den Ford-Grundlohn ausgezahlt (13,13 DM Ecklohn). Ab August macht die Erhöhung 83,04 für Lohngruppe 2 und 110,72 DM auf den Ecklohn. Für Februar und März werden je 160 DM gezahlt. Die Regelung für die Angestellten ist ähnlich wie die der Arbeiter. So beträgt die Erhöhung ab 1. April für K/T1 88 DM (tariflich 70 DM), für K/T3 119 DM (tariflich 95 DM); ab 1. August werden 4,9% auf die Effektivgehälter ausgezahlt. Damit ist die Erhöhung weitgehend auf den Effektivlohn durchgesetzt; auf das ganze Jahr berechnet macht sie 5,6% bezogen auf den Ford-Grundlohn für LG 2 und 5,2% für die Ecklohngruppe. Dennoch ist diese Auszahlungsweise für Ford eine Verschlechterung, denn in den vergangenen Jahren wurde die Erhöhung direkt auf den Grundlohn bezahlt. Eine weitere Schwäche des Verhandlungsergebnisses ist, daß die Spät- und Nachtzulage nur um 3,9% angehoben wurden, was heißt, daß gerade bei überdurchschnittlichem Verschleiß der Arbeitskraft der Lohn unter sein bisheriges Niveau gedrückt wird. Das Ergebnis muß im Zusammenhang gesehen werden mit der Zustimmung des Betriebsrates zu 6 Sonderschichten, die die Geschäftsleitung wegen eines kurzfristigen Terminauftrags aus Argentinien beantragt hatte. Wenn diese Sonderschichten schon nicht abgelehnt wurden (wofür es in der Belegschaft keine Einheit gibt), so war doch klar, daß der Termindruck der Fordkapitalisten zur Durchsetzung bestimmter Gegenleistungen (was Lohn, Neueinstellungen, verbindliche Zusagen bzgl. Kurzarbeit angeht) genutzt werden sollte. Davon liegt bis jetzt jedoch außer der Lohn- und Gehaltsvereinbarung nichts vor.



ref.Lillehammer. Seit 12 Wochen streiken die Klempnergesellen in Bergen dafür, daß sie den gleichen Lohn wie in vergleichbaren Städten erhalten. Anfang '81 lagen sie beim Stundenlohn ca. 2 DM niedriger. Ihre Forderung besteht schon seit 1979, mittlerweile wurde der Streik für ungesetzlich erklärt. Die Klempner wollen trotzdem nicht aufgeben. Als Vorkämpfer für lokales Tarifverhandlungsrecht finden sie landesweite Unterstützung. *Bild:* „Gewerkschaftliche 1. Mai-Front" in Oslo.

Tarifverhandlungen Hochseefischerei

ula.Bremerhaven. Die Heuertarifverhandlungen für die Hochseefischerei haben am 27. Mai begonnen, die Tarife sind zum 31. Juli gekündigt. Die Gewerkschaft ÖTV fordert 8% mehr. Folgendes Angebot haben die Reedereikapitalisten in der ersten Verhandlungsrunde vorgelegt: Die Heuer der Hochseefischer setzt sich aus Fahrtheuer (Grundlohn) und Fangprämie (Beteiligung am Erlös des Fangs) zusammen. Die Kapitalisten behaupteten eine Zusammensetzung der Grundheuer von 60% Fahrtheuer und 40% Fangprämie im Durchschnitt und boten eine Erhöhung der Fahrtheuer um 7,2% an. Bei Festschreibung der Fangprämie ergäbe sich dann eine Erhöhung der Heuern um 4,3%. Tatsächlich ist das Verhältnis von Fahrtheuer und Fangprämie jedoch umgekehrt (40:60), und die Erhöhung der Gesamtheuer würde nur 3,2% ausmachen. Dies würde schon eine Senkung der Heuer in Anbetracht der Inflation und Preissteigerungen bedeuten, aber die Reeder gehen noch weiter. Die Fangprämie soll nicht festgeschrieben, sondern gesenkt werden, lautet ihr „Angebot": um 15% für Rotbarsch, Makrelen und Sprotten; um 35% für alle Fänge, die von z.B. englischen Kuttern vor deren Küste gekauft und auf westdeutsche Trawler übernommen werden. Dieses gesamte Angebotspaket der Reeder läuft, je nach Fang, auf eine Heuersenkung zwischen 5 und 10% hinaus. Die Tarifkommission der ÖTV informierte die auf See befindlichen Besatzungen über das Angebot, damit sie dazu Stellung nehmen können.

Die 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz:

Selbstbewußte, offene Diskussion

ult./geh. Mit der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz wurde die Reihe der den DGB-Bundeskongreß im nächsten Mai vorbereitenden Konferenzen begonnen. Verabschiedet wurde ein Aktionsprogramm für die gewerkschaftliche Frauenarbeit zur Durchsetzung der gleichen Rechte und Chancen der Frauen.

Hauptpunkte der Debatten waren die Auswirkungen der Rationalisierungen und des technischen Wandels, die Kritik an der faktischen Benachteiligung der Frauen bei den Rentenplänen der Bundesregierung, die Teilzeitarbeit und Frauen in der Bundeswehr.

In den letzten Jahren hat sich das gewerkschaftliche Bewußtsein der Frauen erheblich gesteigert. Dies drückt sich in den Fraueneintritten in die DGB-Einzelgewerkschaften aus, die in der Höhe des Netto-Zuwachses des DGB liegen. Dies zeigte sich in den Debatten und Berichten des Kongresses, die sehr kameradschaftlich geführt wurden.

Differenzen bei der Teilhaberente zur DGB-Position und Bundesregierung

Die Debatte um die Neuregelung der Hinterbliebenenrente wurde auf dem Kongreß in Kritik an den Plänen der Bundesregierung geführt, die, so die Delegierten in ihrer Entschließung, „nicht den gewerkschaftlichen Grundvorstellungen entsprechen. Weder wird eine *tatsächliche* Gleichbehandlung von Ehemann und Ehefrau im Hinterbliebenenfall erreicht, noch wird dafür Sorge getragen, daß der eigenständige Versicherungsanspruch der Frauen wesentlich verbessert und ausgebaut wird."

Zwar hat der DGB selbst die von der Sachverständigenkommission der Bundesregierung vorgeschlagene „Teilhaberente" gefordert (d.h. die Witwe / der Witwer erhalten einen bestimmten Prozentsatz der insgesamt erworbenen Rentenansprüche, die bisherige Witwenrente entfällt). Diese Lösung führt aber nur dann nicht zu einer Verschlechterung bei den berufstätigen Frauen gegenüber der bisherigen Regelung, wenn einerseits der Teilhabesatz eine bestimmte Höhe hat und andererseits die eigenen (der Frauen) Rentenansprüche erhöht werden. Deshalb forderte die Bundesfrauenkonferenz erneut, daß der Rentensatz 75% betragen muß, entgegen dem Kommissionsvorschlag von 70% bzw. den inzwischen „in der Diskussion befindlichen 65%". Gleichzeitig sollen den Frauen die ersten fünf Kalenderjahre der Erwerbstätigkeit oder der Ausbildung in der gleichen Höhe wie den Männern angerechnet werden, ebenso 6 Jahre der Kindererziehung, in einem ersten Schritt drei Jahre rentenrechtlich mit 100% des durchschnittlichen Einkommens der Versicherten. Die weggefallenen Arbeitgeberbeiträge bei der sogenannten Heiratserstattung sollen in die Berechnung einbezogen werden.

Innerhalb des DGB vertreten die Frauenausschüssse am entschiedensten die Position, daß die von der Bundesregierung vorgesehene „Besitzstandswahrung" bei der Hinterbliebenenrente prinzipiell in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen die Männer bevorzugen. Deshalb sind sie gegen diese Regelung und fordern stattdessen gegen mögliche Verschlechterungen im Einzelfall Übergangsregelungen. Ebenso wenden sie sich gegen die Kürzung der Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung, weil auf diese Weise insbesondere die berufstätigen Frauen „die Beitragslast für die nichterwerbstätigen Frauen tragen müßten".

Wie mit der Teilzeitarbeit umgehen?

„Teilzeitarbeit ist ein zur Zeit notwendiges Übel", „eigentlich gehört sie abgeschafft", so Maria Weber vom DGB-Bundesvorstand zum Problem, das neben den Folgen der Rationalisierungen den größten Raum einnahm. Antje Huber, just von der Familienkonferenz in Rom eingeflogen: „... und es ist ja auch verständlich ..., daß viele Frauen Halbtagsarbeit wünschen ... Dies war auch auf der Konferenz in Rom ganz deutlich, der Wunsch nach Halbtagsarbeit und jetzt auch hier natürlich und vorübergehend, sagen wir, solange wir eine generelle Verkürzung der Arbeit in einem vernünftigen Maße noch nicht haben ... müssen wir, trotz der Probleme, die wir alle kennen, natürlich auch sehen, daß es hier Angebote geben muß ... Was ich mir wünschte, wären auch hier mehr Möglichkeiten." *(kein Beifall)* Vielleicht kennzeichnen diese beiden Positionen die Spannbreite der Auffassungen bis hin zum Verbot der Teilzeitarbeit, wie es eine Delegierte unter Beifall forderte. Eine begründete ihre Ablehnung: „Ich habe einen Sohn von 1½ Jahren, ich kenne das Problem am eigenen Leib. Ich arbeite also in 4 Stunden mehr wie die Hälfte. Ich habe den gleichen Anfahrtsweg, wie wenn ich ganztags arbeiten würde. Ich habe weniger Zeit, mit den Kollegen zu reden, habe weniger Zeit für die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb. Ich habe aus diesen Gründen einen Antrag auf eine Ganztagsstelle gestellt." Das Bewußtsein über den ökonomischen Beschiß durch die höhere Intensität: „In 4 Stunden die Arbeit von 6 zu machen", aber nur 4 bezahlt zu bekommen, ist unbestritten. Erkannt wurde auch die Einschränkung der politischen Möglichkeiten durch Teilzeitarbeit. Eine große Rolle spielte das Argument, daß die Teilzeitarbeit, die ja vor allem Frauen machen, diese praktisch weiter auf die Arbeitsplätze für niedrigere Qualifikation und schlechte Bezahlung fesselt und die traditionelle Rollenteilung fixiert.

Andererseits stand die Konferenz vor der Tatsache, daß die Teilzeitarbeit gewünscht wird. Daran knüpften die Delegierten an, die gegen die Abschaffung der Teilzeitarbeit argumentierten. Helga Tölle, Leiterin der Abteilung Frauen des DGB, zählte in ihrem mündlichen Rechenschaftsbericht solche Gründe auf: „Erleichterung der Doppelbelastung durch Haushalt und Beruf", „sie ermöglicht eine weitgehend eigene Kindererziehung", „im fortgeschrittenen Alter ist diese Arbeitszeitform bei Aufnahme oder Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit eine angenehme Form und ermöglicht die Erreichung der Rentenanwartschaften", „Kontakt zu anderen Menschen" und „ermöglicht ein gewisses eigenes Einkommen für eigene Wünsche oder auch für besondere Wünsche der Familie".

In der Ablehnung der Teilzeitarbeit war sich die Konferenz nicht einig, ebenso wie DGB und die Einzelgewerkschaften. Im sozialpolitischen Programm des DGB werden Teilzeitarbeitsplätze gefordert, auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag gegen die Antragskommission mit Mehrheit abgelehnt und die ÖTV lehnt immerhin die „Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen auf Kosten von Vollzeitarbeitsplätzen ab".

Einig war die Konferenz, daß angesichts des Umfangs, der Bedeutung und der Zustände bei der Teilzeitarbeit Maßnahmen getroffen werden müssen. Nach der Mikrozensus-Untersuchung von 1978 soll es 2,18 Mio. Teilzeitbeschäftigte geben. Während bei den Männern die Teilzeitquote bei 3% liege, soll sie bei den Frauen etwa bei 34% liegen. Damit ist sie noch höher als der Akkordarbeiteranteil (31%). Rund ein Viertel der Teilzeitarbeiterinnen unterliegen jedoch nicht der Versicherungspflicht. So forderten vor dem Kongreß Gewerkschafterinnen aus dem Reinigungsgewerbe die Aufhebung der Sozialversicherungspflichtgrenze, die derzeit bei 10 Stunden oder 390 DM liegt. Ebenso geht die Teilzeitarbeit nicht voll in die Rentenberechnung ein.



Entsprechend richteten sich die Beschlüsse der Konferenz gegen „Job Sharing" und das „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit-System" des Einzelhandels. Gefordert wurden die Einbeziehung in die Versicherungspflicht ohne Begrenzung des Einkommens oder der wöchentlichen Arbeitszeit: die für die Lohnfortzahlung festgelegte Grenze von 10 Wochenstunden soll gestrichen werden: Teilzeitbeschäftigte sollen nicht von den tarifvertraglichen Leistungen ausgeschlossen werden. Statt Teilzeitarbeit soll auf eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit hingewirkt werden. Schlecht ist, daß nicht die Ablehnung der Teilzeitarbeit als Ziel des DGB gefordert wurde, sie lediglich als Mittel, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, abgelehnt wurde. Wahrscheinlich werden die Gewerkschaften nicht ohne eine tarifvertragliche Regelung für die Teilzeit auskommen, wenn sie nicht der DAG das Feld überlassen wollen.

Beschlüsse gegen den Krieg reichen nicht aus, die gegen die Krisenfolgen sind teilweise nützlich

Insgesamt hat diese Konferenz mehr als früher konkrete Beschlüsse gefaßt. Die Nachtarbeit soll verboten werden, Rationalisierungsschutzabkommen für alle Bereiche werden gefordert.

Einige Delegierte kritisierten die passive Haltung des Bundesvorstandes zu den autonomen Frauengruppen, die die bestehende Spaltung der Frauenbewegung nicht überwinden könne.

Die Zusammenarbeit sei notwendig, gerade im Kampf gegen den §218. Der Vorstand um Irmgart Blättel und Maria Weber mochte sich dazu aber nicht bereitfinden, ihnen war die schroffe Form der Autonomen zu sehr zu Gemüt gegangen, als daß sie die Auseinandersetzung aufnehmen mochten.

Während in Kritik der „Gleichberechtigungs"-Phrase die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr – ob zivil oder in Uniform – abgelehnt wurde, wurde zum Thema Frieden ein einseitig die SU begünstigender Antrag angenommen.

Das verabschiedete Aktionsprogramm ist kein „Frauen"-Programm. Das kann es auch wohl nicht sein. Vielmehr werden in den 138 Punkten Kritik und Forderungen gegenüber allen Gewerkschaftsmitgliedern erhoben, Frauen und Mädchen in ihrer Politik zu fördern, um so die faktische Ungleichbehandlung zu verringern. Auch solche Kritik ist richtig. Daneben werden konkret allgemeine Forderungen erhoben: 10. allgemeinbildendes Schuljahr, 11. Berufsgrundschuljahr, Arbeitszeitverkürzung, bezahlte Erholpausen, Verbot der Leiharbeit, Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, ausreichende öffentliche soziale Dienste und Hilfen, Kinderkrippen, -gärten, Pflegestellen und besonders: keine getrennte Stellenausschreibung für Männer und Frauen, größerer Anteil der Frauen an den ABM, betriebliche Eingruppierungen überprüfen, keine Diskriminierung der Frauen bei den Zulagen, Anhebung der unteren Lohngruppen, mehr Mutterschaftsurlaub – wahlweise für den Vater oder die Mutter –, währenddessen Zahlung in Höhe des Arbeitslosengeldes. (Der genaue Text wird im nächsten Materialheft Industrie und Gewerkschaft 6/81 veröffentlicht.)



rok.Köln. Im Bereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versiche-
Die HBV erzielt Erfolge in der Tarifpolitik
Kongreß in Kritik an den Plänen der Bundesregierung geführt, die, so die Delegierten in ihrer Entschließung, „nicht den gewerkschaftlichen Grundvorstellungen entsprechen. Weder wird eine *tatsächliche* Gleichbehandlung von Ehemann und Ehefrau im Hinterbliebenenfall erreicht, noch wird dafür Sorge getragen, daß der eigenständige Versicherungsanspruch der Frauen wesentlich verbessert und ausgebaut wird."
Zwar hat der DGB selbst die von der Sachverständigenkommission der Bundesregierung vorgeschlagene „Teilhaberente" gefordert (d.h. die Witwe / der Witwer erhalten einen bestimmten Prozentsatz der insgesamt erworbenen Rentenansprüche, die bisherige Witwenrente entfällt). Diese Lösung führt aber nur dann nicht zu einer Verschlechterung bei den berufstätigen Frauen gegenüber der bisherigen Regelung, wenn einerseits der Teilhabesatz eine bestimmte Höhe hat und andererseits die eigenen (der Frauen) Rentenansprüche erhöht werden. Deshalb forderte die Bundesfrauenkonferenz erneut, daß der Rentensatz 75% betragen muß, entgegen dem Kommissionsvorschlag von 70% bzw. den inzwischen „in der Diskussion befindlichen
„Teilzeitarbeit ist ein zur Zeit notwendiges Übel", „eigentlich gehört sie abgeschafft", so Maria Weber vom DGB-Bundesvorstand zum Problem, das neben den Folgen der Rationalisierungen den größten Raum einnahm. Antje Huber, just von der Familienkonferenz in Rom eingeflogen: „... und es ist ja auch verständlich ..., daß viele Frauen Halbtagsarbeit wünschen ... Dies war auch auf der Konferenz in Rom ganz deutlich, der Wunsch nach Halbtagsarbeit und jetzt auch hier natürlich und vorübergehend, sagen wir, solange wir eine generelle Verkürzung der Arbeit in einem vernünftigen Maße noch nicht haben ... müssen wir, trotz der Probleme, die wir alle kennen, natürlich auch sehen, daß es hier Angebote geben muß ... Was ich mir wünschte, wären auch hier mehr Möglichkeiten." *(kein Beifall)* Vielleicht kennzeichnen diese beiden Positionen die Spannbreite der Auffassungen bis hin zum Verbot der Teilzeitarbeit, wie es eine Delegierte unter Beifall forderte. Eine begründete ihre Ablehnung: „Ich habe einen Sohn von 1½ Jahren, ich kenne das Problem am eigenen Leib. Ich arbeite also in 4 Stunden mehr wie die Hälfte. Ich habe den gleichen Anfahrtsweg, wie wenn ich
che Gründe auf: „Erleichterung der Doppelbelastung durch Haushalt und Beruf", „sie ermöglicht eine weitgehend eigene Kindererziehung", „im fortgeschrittenen Alter ist diese Arbeitszeitform bei Aufnahme oder Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit eine angenehme Form und ermöglicht die Erreichung der Rentenanwartschaften", „Kontakt zu anderen Menschen" und „ermöglicht ein gewisses eigenes Einkommen für eigene Wünsche oder auch für besondere Wünsche der Familie".
In der Ablehnung der Teilzeitarbeit
grenze, die derzeit bei 10 Stunden oder 390 DM liegt. Ebenso geht die Teilzeitarbeit nicht voll in die Rentenberechnung ein.
Entsprechend richteten sich die Beschlüsse der Konferenz gegen „Job Sharing" und das „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit-System" des Einzelhandels. Gefordert wurden die Einbeziehung in die Versicherungspflicht ohne Begrenzung des Einkommens oder der wöchentlichen Arbeitszeit: die für die Lohnfortzahlung festgelegte Grenze von 10 Wochenstunden soll gestrichen werden: Teilzeitbeschäf-
handel von Baden-Württemberg und NRW wurden je 4,9% und zusätzliche
Das verabschiedete Aktionsprogramm ist kein „Frauen"-Programm. Das kann es auch wohl nicht sein. Vielmehr werden in den 138 Punkten Kritik und Forderungen gegenüber allen Gewerkschaftsmitgliedern erhoben, Frauen und Mädchen in ihrer Politik zu fördern, um so die faktische Ungleichbehandlung zu verringern. Auch solche Kritik ist richtig. Daneben werden konkret allgemeine Forderungen erhoben: 10. allgemeinbildendes Schuljahr, 11. Berufsgrundschuljahr, Arbeitszeitverkürzung, bezahlte Erholpausen, Verbot der Leiharbeit, Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, ausreichende öffentliche soziale Dienste und Hilfen, Kinderkrippen, -gärten, Pflegestellen und besonders: keine getrennte Stellenausschreibung für Männer und Frauen, größerer Anteil der Frauen an den ABM, betriebliche Eingruppierungen überprüfen, keine Diskriminierung der Frauen bei den Zulagen, Anhebung der unteren Lohngruppen, mehr Mutterschaftsurlaub – wahlweise für den Vater oder die Mutter –, währenddessen Zahlung in Höhe des Arbeitslosengeldes. (Der genaue Text wird im nächsten Materialheft Industrie und Gewerkschaft 6/81 veröffentlicht.)

Die HBV erzielt Erfolge in der Tarifpolitik

Die Grundlagen lieferten die Beschlüsse des 10. Gewerkschaftstages

rok.Köln. Im Bereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen gibt es -zig verschiedene Tarifverträge. Im Einzel- sowie im Groß- und Außenhandel werden die Tarife auf Landesebene vereinbart. Dazu kommen bundeseinheitliche Verträge für die Banken, privaten Versicherungen, Ersatzkassen, das Reisebürogewerbe, weiterhin verschiedene Tarifverträge für die sog. Wirtschaftsdienste (Parteiangestellte usw.). Eine schwierige Aufgabe für die Gewerkschaft ist es deshalb, in den Tarifkämpfen jeweils ein einheitliches und damit schlagkräftiges Vorgehen der gesamten Gewerkschaft herzustellen.

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der HBV im September 1980 hat deshalb einen Leitantrag zur Tarifpolitik in den 80er Jahren verabschiedet. Zu Löhnen und Gehältern heißt es darin:

„2. Die Löhne und Gehälter sind weiter zu erhöhen.

a) Für alle Arbeitnehmer ist neben der Sicherung der Realeinkommen und der Beteiligung an den durch Produktivitätssteigerungen bewirkten Verbesserungen des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsergebnisses eine Erhöhung des Anteils am Volkseinkommen durchzusetzen.

b) Mit besonderem Nachdruck ist auf die Beseitigung der Einkommensbenachteiligungen hinzuwirken, die für die Arbeitnehmer des Handels gegenüber den Einkünften vergleichbar qualifizierter Arbeitnehmer in der übrigen Wirtschaft bestehen.

c) Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" ist in allen Bereichen zu verwirklichen. Unbegründete Altersabstufungen sind ebenso wie alle Ortsklassenabschläge zu beseitigen.

d) Für alle Arbeitnehmer ist ein Weihnachtsgeld (ein Monatsgehalt) sowie ein zusätzliches Urlaubsgeld in einheitlicher Höhe zu vereinbaren.

e) Die Möglichkeiten zur Vereinbarung zusätzlicher Leistungen zur Sparförderung sind voll auszuschöpfen.

f) Die Vergütungen für Auszubildende sind so anzuheben, daß Chancengleichheit und Unabhängigkeit bei der Wahl und Durchführung der Ausbildung gewährleistet werden. Ungerechtfertigte Abstufungen der Ausbildungsvergütungen sind zu beseitigen. An den übrigen Einkommensbestandteilen wie Sparförderung, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld sind die Auszubildenden voll zu beteiligen.

g) Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer müssen zumindest einen anteiligen Anspruch auf Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Sparförderung erhalten.

h) Die Reform der Lohn- und Gehaltsgruppen ist in allen Tarifbereichen fortzusetzen.

i) Die Effektiveinkommen müssen einschließlich Zuschlags- und Zulagenregelungen (Prämien, Provisionen) tariflich abgesichert werden."

Die Forderung für die Auszubildenden wurde in dem (beschlossenen) Antrag 283 präzisiert: „Auszubildende müssen in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten gestalten zu können."

Mit diesen Beschlüssen hat der Gewerkschaftstag die Einheit aller Beschäftigten im HBV-Bereich im Kampf um Löhne und Gehälter ermöglicht; vor allem dadurch, daß neben der Erhöhung aller Löhne und Gehälter ein Schwerpunkt auf die stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gelegt wird und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zur Grundlage der Tarifpolitik gemacht wird.

In den Tarifrunden des Jahres 81 war es allgemein schwer, Abschlüsse durchzusetzen, die diesen Zielen der HBV entsprechen. Noch schwieriger die Lage im HBV-Bereich: der Organisationsgrad ist allgemein weit geringer als etwa in der Industrie, die meisten Belegschaften verfügen über keine Kampferfahrung. In dieser Situation hat die HBV ein Schwergewicht schon auf die sorgfältige Vorbereitung der Tarifauseinandersetzungen gelegt. In der Gewerkschaftszeitung „ausblick" wurden Kapitalisten-Argumente wie „niedrige Lohnabschlüsse sichern Arbeitsplätze" widerlegt. Bereits vor Kündigung der Tarifverträge wurden die Belegschaften durch Flugblätter informiert. Die Tarifkommissionen beschlossen ihre Forderungen nach Beratung auf allen Gewerkschaftsebenen. Auch dies geschah auf Grundlage des Beschlusses des Gewerkschaftstages: „Besondere Bedeutung für eine erfolgreiche Tarifarbeit hat in allen Bereichen die aktive Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder und die Einbeziehung möglichst vieler Arbeitnehmer."

Eins war klar: auch wenn die Sicherung der Realeinkommen nicht gelingen sollte, wären schon für einen Abschluß über 4% Kampfmaßnahmen erforderlich. Um die Beschäftigten dazu zu befähigen, war einerseits die gründliche Vorbereitung erforderlich, andererseits mußten auf verschiedenen Ebenen Kampfformen entwickelt werden, die es erlaubten, große Teile der Beschäftigten einzubeziehen. Gleichzeitig hat die HBV z.B. im Versicherungsbereich das Schlichtungsabkommen gekündigt, das den Angestellten noch im letzten Jahr Friedenspflicht bis zum Abschluß auferlegte. Insgesamt waren die Bemühungen der HBV erfolgreich. Im Versicherungsbereich, wo der letzte Streik 61 Jahre zurücklag, haben sich mehrere Tausend Angestellte an Warnstreiks und Protestaktionen in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, München, Augsburg, Saarbrücken und Westberlin beteiligt. Dazu kamen außerordentliche Betriebsversammlungen und ungezählte Protestresolutionen an den Arbeitgeberverband.

Die bisherigen Tarifabschlüsse der HBV in diesem Jahr haben alle keine Sicherung des Realeinkommens bewerkstelligen können. Sie lagen aber in der Höhe und der Struktur besser als Abschlüsse in anderen Bereichen: Im hessischen Großhandel wurden die Löhne und Gehälter um durchschnittlich 5,6% erhöht, allerdings bei einer Laufzeit von 13 Monaten. Im Großhandel von Baden-Württemberg und NRW wurden je 4,9% und zusätzliche Anhebungen in den unteren Gehaltsgruppen vereinbart. Die HBV rechnete als Gesamtvolumen des Abschlusses 5,4%.

Im Bayrischen Großhandel und bei den Banken ist der allerdings nicht gelungen, da die DAG jeweils allein bei 4,8% und sonst nichts mit den Arbeitgebern abschloß. Die HBV betrachtet die Verhandlungen in diesen Bereichen noch nicht als beendet, jedoch ist die Lage jetzt natürlich noch schwieriger.

Mit diesen Abschlüssen sind die Beschäftigten nicht zufrieden und können es auch nicht sein. Für einen größeren Teil der Belegschaften ist mit dem Tarifabschluß die Auseinandersetzung aber auch noch nicht beendet. Die Erkenntnis, daß die HBV weiter gestärkt werden muß, um bessere Tarife zu erreichen, wächst und schlägt sich, soweit ich das überblicken kann, in vielen Gewerkschaftseintritten nieder. Auch bei den Betriebsratswahlen ist die Stärkung der HBV erkennbar. Bei den bis Ende April durchgeführten Wahlen konnte die HBV ihren Anteil in den Betriebsräten auf 68,4% der Betriebsräte in ihrem Bereich steigern. Bei der Zürich-Versicherung in Frankfurt, wo ein Warnstreik durchgeführt worden war, hat die HBV alle Betriebsratssitze gewonnen.

Die HBV hat mit ihren tarifpolitischen Beschlüssen auf dem Gewerkschaftstag den richtigen Weg eingeschlagen. Immer größere Teile der Beschäftigten in Handel, Banken, Versicherungen und Wirtschaftsdiensten unterstützen diesen Weg und stärken die HBV. Die Bedingungen, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen, haben sich in der Tarifrunde 81 verbessert.

Positiv ist anzumerken, daß versucht wird, zu der aktuellen Verschärfung des Betäubungsmittelgesetzes (BtmG) Position zu beziehen, und darüberhinaus die Veränderungen im Bereich der Kostenregelung für Drogenabhängige angerissen werden. Dies steht in wohltuendem Gegensatz zu der raumverschwendenden Gemeinplatzverbreitung des „allwissenden" M. Fochler zu demselben Thema im letzten Jahr. Dennoch werden in dem Artikel eine Anzahl falscher oder unzureichender Positionen vertreten:

1. Es stimmt zwar, daß im Jahre 1979 die Zahl der Drogentoten auf über 600 gestiegen, im darauffolgenden jedoch auf unter 500 gesunken ist, immerhin um fast 25%. Eine aussagekräftige Schlußfolgerung läßt sich somit aus der schlichten Angabe der Drogentoten eines Jahres überhaupt nicht ziehen. Selbst wenn man die Entwicklung dieser Zahlen betrachtet, kann man zu keinem sinnvollen Ergebnis kommen oder kommt zumindest zu einem mißverständlichen, denn eine aus dieser isolierten Betrachtung durchaus logische Folgerung, daß sich aus einer Verringerung der Drogentoten ein Rückgang des Drogenproblems ergibt, wird ernsthaft niemand behaupten können.

Leserbrief zum Artikel „Rauschgiftsucht", KVZ Nr. 15:

Eine Anzahl falscher oder unzureichender Positionen ...

Dazu ist die Erhebung dieser Daten viel zu uneinheitlich und von unterschiedlichen Einflüssen abhängig. So gelten als Drogentote gemeinhin nur jene, bei denen ein Zusammenhang zur Drogenbenutzung unübersehbar ist, sprich die Spritze muß möglichst noch im Arm stecken. Überdies ist eine politische Einflußnahme auf diesen Erhebungsbereich durchaus vollstellbar, mit dem Ziel, scheinbare Erfolge der Bundesregierung in der Drogenbekämpfung nachzuweisen.

Die mittelfristigen Folgen des Mißbrauchs von Opiaten werden dagegen überhaupt nicht erfaßt (schwere Leberentzündungen, insges. extrem herabgesetzte Abwehrkräfte des Körpers, Selbstmorde ohne Spritze usw.); sie sind im Vergleich zum Alkoholismus sicherlich kurzfristiger und schwerer.

2. Die Veränderung der sozialen Struktur Drogenabhängiger sowie der ideologischen Grundlagen bzw. Begründungen für den Drogenkonsum werden oberflächlich und falsch dargestellt. Der Drogenkonsum Ende der 60er und insbesondere Anfang der 70er Jahre war u.a. Ergebnis der „gescheiterten Studentenrevolte". Er beruhte auf der falschen These: wenn wir schon die Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht im direkten Angriff gegen sie verändern können, dann eben über den Weg der Bewußtseinsveränderung mittels Drogen.

3. Es hilft nicht weiter in der Klarheit um die Ursachen der Drogenabhängigkeit, wenn auch an diesem Punkt die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion herhalten müssen, im Gegenteil. Ihr verharmlost an dieser Stelle die Ware Droge gewaltig, denn wie keine andere Ware sonst nimmt ihr Gebrauchswert für den Käufer und Konsumenten einen so hohen Stellenwert ein, daß auf ihn nicht mehr verzichtet werden kann. Dies ist eine Besonderheit der Ware Droge und auch ihre besondere Gefahr, die eben nicht aus dem Profitinteresse der Kapitalisten ableitbar ist. Darüberhinaus nehmt Ihr an dieser Stelle eine unzulässige Beschränkung des Drogenbegriffs vor, indem Ihr ihn auf den Bereich der illegalen Drogen reduziert. Entscheidend ist nicht, daß der Kapitalismus „Haschisch, Opium, Heroin und Kokain" den Weg in die „europäischen Hauptländer" geebnet hat, sondern daß er Sucht und Suchtverhalten zwingend hervorbringt; die Droge, die dabei vom einzelnen als Ausgleich benutzt wird, ist ihm im Grunde egal.

4. Richtig ist die Feststellung, daß die Kriminalisierung der Drogenabhängigen auf der Grundlage des BtmG geschieht. Beide Änderungen dieses Gesetzes jedoch – die erste 1971 vom Opiumgesetz zum BtmG, sowie die jetzt durchgeführte Änderung – waren und sind Verschärfungen, die auf eine umfassende Kontrolle und vollständige Bestrafungshandhabe über jeden Drogenabhängigen hinauslaufen. Denn es wird sowohl das Strafmaß erhöht, als auch der Umfang des Täterkreises erweitert.

5. Die schlichte Klage über zu wenig Therapieplätze ist undifferenziert und fällt auf die vernebelnde Aussage von „Therapie statt Strafe" herein. Wenn man die vorherrschenden und offiziell gewünschten Therapiezentren kennt, so laufen sie in überwiegendem Maße auf Unterdrückung, Anpassung und Zerstörung des einzelnen Abhängigen hinaus.

Dies geschieht im wesentlichen durch die Kostenabwälzung der eigentlich zuständigen Sozialämter, die bisher nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ohne stark reglementierende Vorschriften in bezug auf die Therapie Kostenzusagen erteilt haben, auf die Kranken- und Rentenversicherungsträger. Diese Institutionen erteilen auf Grundlage eines einseitigen und falschen Krankheitsbegriffes (krank = arbeitsunfähig – arbeitsfähig = gesund) nur den Einrichtungen eine Kostenanerkennung, die einen krankenhaus- bzw. psychiatrieähnlichen Ablauf mit psychisch und medikamentös ausgerichteter „Therapie" und einem Arzt als oberstem Leiter gewährleisten. Diese Praxis (Hessenmodell) wird inzwischen schon von zahlreichen Bundesländern geübt, so daß gewisse Einrichtungen zunehmend Schwierigkeiten in der Auslastung haben. Andererseits wollen die Bundesländer in Zukunft eine Auslastung von mindestens 90% fordern, was für viele auf eine grundlegende Änderung ihrer Therapiekonzeption hinauslaufen würde.

6. Eine absolute Begriffsverwirrung liegt in dem Zusammenwerfen der Forderung nach Straffreiheit für alle Drogenabhängigen (eine richtige Forderung, weil sie sich gegen die Kriminalisierungsbestrebungen des BtmG richtet) und „Legalisierung von Haschisch" vor. Legalisierung bedeutet, den ohnehin schon umfangreichen Drogenmarkt in der BRD noch um eine weitere Droge, nämlich das Haschisch, zu erweitern und damit den Kapitalisten eine zusätzliche, äußerst günstige Profitquelle zu erschließen. Überdies bietet man damit den Jugendlichen, die aus Schwierigkeiten und Problemen mit ihrer Umwelt eine Ausweichmöglichkeit in der Droge sehen, eine weitere „Aussteigeralternative" an, anstatt sie zu direkten und kritischen Auseinandersetzung mit derselben zu befähigen ...

r.b., Hamburg

5 Staatsanwälte, 0,3 g Haschisch, 15600 DM Geldstrafe

oder: Schonungslose Drogenbekämpfung in Hamburg

Hamburg. Nicht weniger als 5 Staatsanwälte wurden verbraucht, um H.-G. Behr, gebürtiger Österreicher und Autor des Buches „Weltmacht Droge" nach 18tägiger Verhandlung das „Handwerk zu legen". Behr hatte in seinem Buch auffällige Zusammenhänge zwischen deutschen Waffen- und asiatischen Heroinproduzenten enthüllt. Auch die bemerkenswerten Exportmengen von Essigsäureanhydrit (einem Katalysator bei der Herstellung von Heroin) der Pharmakonzerne Hoechst und Merck in die Türkei ließ er nicht unerwähnt.

Darüberhinaus hatte Behr begonnen, die Praktiken polizeilicher Ermittlung in Hamburg genauer zu untersuchen, wobei ihm eine gewisse Eintracht zwischen Räuber und Gendarm nicht verborgen blieb.

Eine erfolgte Anklage gegen Behr wegen Haschischkonsum und -handel stellte sich jedoch als nicht allzu sattelfest heraus. Nicht nur, daß sich die Hauptbelastungszeugen in hemmungslose Widersprüche verwickelten und selber noch die Finger in Drogengeschäften haben, obendrein wurde einer auch noch des Meineides überführt.

Eine solche „Anklage" durchzupauken, dazu bedurfte es nicht nur eines Ignoranten wie des Richters Soltmann, sondern immerhin 5 Staatsanwälte, von denen der eine – durch Behrs Verteidiger der Kumpanei mit den Belastungszeugen überführt – nach einem Nervenzusammenbruch das Handtuch werfen mußte.

Der für das Plädoyer benötigte Staatsanwalt – durch alle Erkenntnisse in den Verhandlungen vorher unbeeinflußt, weil nicht anwesend – sah sich dennoch gezwungen, die Straftat des „Handels mit 0,3 g Haschisch" fallenzulassen. Der Rest, schlichter Besitz eines Nichtvorbestraften von Haschisch, reichte ihm immerhin für 9 Monate Haft und 12000 DM Geldstrafe. Durch diese Radikalkur waren offenbar seine Kräfte aufgezehrt, so daß die Urteilsverkündung ein neuer Staatsanwalt erleben konnte:

15600 DM Geldstrafe, ersatzweise 130 Tage Haft, so hieß das Urteil. Behr entschied sich angesichts dieses Willkürurteils für die Berufung. Eine Einladung von der Ausländerbehörde hat er inzwischen erhalten.

... und eine Situationsbeschreibung über Drogenhilfe

rmb.Hamburg. Ich arbeite in einer Therapie-Einrichtung zur „Rehabilitation" ehemaliger Drogenabhängiger.

Unser Ziel ist es, Drogenabhängige zu befähigen, ihre Angelegenheiten selber in die Hand zu nehmen, gleichberechtigte und befriedigende Beziehungen aufzubauen, ihre Arbeitskraft auszubilden und zu entwickeln, sich an den Auseinandersetzungen der Gesellschaft aktiv zu beteiligen; kurz: ihr Leben selber zu organisieren, anstatt sich den Lebensrhythmus von der Jagd nach Drogen bestimmen zu lassen oder als elender Bittsteller von arroganten Behördenvertretern herumkommandiert zu werden.

Möglich wird das nur, wenn Drogenabhängigkeit nicht als individuelles Versagen oder exotische Krankheit begriffen wird, sondern als eine von vielen deformierten Lebensformen, mit den unerträglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser gesellschaftlichen Verhältnisse fertig zu werden.

Gelingen wird dies v.a. nur, wenn der Einzelne einerseits erkennt, wie diese Gesellschaft organisiert ist und funktioniert, er vor allem aber auch praktische Erfahrungen im Rahmen der Therapie sammeln kann. Praktische Erfahrungen mit der aktiven Teilnahme an Auseinandersetzungen, die seine eigenen Bedürfnisse betreffen, mit der vorsichtigen Entwicklung von Beziehungen, die nicht von Konkurrenz und Leistungsdruck, sondern gemeinsamen Interessen und Gleichberechtigung geprägt sind, und er muß insbesondere erleben, daß Mißerfolge nicht durch die Einnahme von Drogen beseitigt werden, sondern nur durch die gemeinsame Überprüfung ihrer Ursachen und Gründe und entsprechender Konsequenzen.

All dies soll in Zukunft nicht mehr möglich sein:

● Die Behörden planen eine Anhebung der Mindestauslastung von bisher 80% auf 90% der therapeutischen und anderen sozialen Einrichtungen.

Das heißt für uns als eine private Einrichtung, die auf die Belegung durch die jeweiligen Sozialämter angewiesen ist, bei einer maximalen Kapazität von 40 Plätzen (in 5 Einrichtungen) ständig mindestens 36 belegt zu haben. Unsere Therapie ist – wie viele andere auch – nach einem 2-Stufensystem aufgebaut, wo nach ca. ½ Jahr 8 bis 9 Leute blockweise von einer 1. Stufeneinrichtung in eine 2. Stufe überwechseln und von dort aus nach und nach die Therapie verlassen. Sollten jedoch nur 2 bis 3 Klienten die Therapie beendet haben, müßte die ganze Gruppe aufgelöst werden, da die durchschnittliche Belegung von 7 nicht mehr gewährleistet ist. (Aus therapeutischen Gründen ist ein Nachrücken aus der ersten Stufe nicht möglich.) Das bedeutet für uns entweder eine Veränderung des therapeutischen Konzeptes oder eine totale Überfüllung der ersten Stufe, um den Schnitt zu halten.

● Seit der Einführung des Hessenmodells (siehe 5. meines Leserbriefes) bekommen wir aus vielen Bundesländern keine Klienten mehr. Lediglich Hamburg und Westberlin bleiben im wesentlichen als Kostenträger für die Finanzierung einer Therapie bei uns übrig. Auch andere Einrichtungen in Hamburg haben inzwischen erhebliche Belegungsprobleme. Darüberhinaus gibt es auch in Hamburg bereits Überlegungen, das Hessenmodell zu übernehmen, womit eine Sozialtherapie unserer Art einer medizinisch, pharmakologisch, psychotherapeutisch ausgerichteten weichen müßte.

● Mit dem Bau des Drogenknastes in Brauel (Niedersachsen) sorgt Hamburg schon – im Einklang mit Westberlin und Niedersachsen – für eine entsprechende „Alternative" zu den bestehenden Therapie-Einrichtungen.

● Drogenberatungsstellen wie die Göttinger Drobs, die mit uns zusammengearbeitet hat, werden dichtgemacht.

● Der gemeinsame Widerstand vieler Hamburger Einrichtungen sowie einiger Kollegen der verantwortlichen Behörden gegen die Entwicklungen – die maßgeblich von der Gesundheitssenatorin Elstner sowie dem berüchtigten Hamburger Drogenbeauftragten E. Günther betrieben werden – soll gebrochen werden. So erteilte Frau Elstner auf einer öffentlichen Anhörung zum Drogenproblem Kollegen der Sozialbehörde Redeverbot, weil diese sich entschieden gegen das Hessenmodell sowie den Bau des Drogenknastes Brauel ausgesprochen hatten. Sie verbot ihnen darüberhinaus an der Koordinierungssitzung der Hamburger Drogeneinrichtungen teilzunehmen, um damit eine bewährte Institution, die aus der praktischen Arbeit entstanden ist und inzwischen zu einem Instrument im Widerstand gegen die Behördenmaßnahmen geworden war, lahmzulegen.

Gegen all diese Absichten und Entwicklungen ist es bisher nur ansatzweise gelungen, über die betroffene Fachöffentlichkeit hinaus eine größere Gegenöffentlichkeit zu organisieren. Eine möglichst breite Bekanntmachung dieser Tendenzen und des Kampfes dagegen könnte dazu ein erster Schritt sein.

Zeugnis eines Punk über Punk

Magisterarbeit des „Hollow Skai" und seine Einschätzung über die „Punker-Generation"

acm. Nach „Apocalypse now", „No future" und anderen Sensationsartikeln der Illustrierten ist man erfreut, wenn einem nicht eine sekundäre und oberflächliche Abhandlung über Punk als Mode-Erscheinung vorliegt, sondern der Versuch einer wissenschaftlich-historischen Abhandlung über den Punk. Und als solche kann man die Magisterarbeit „Punk, Versuch der künstlerischen Realisierung einer neuen Lebenshaltung" von Hollow Skai, erschienen als „Sounds-Buch" (14 DM), eindeutig bezeichnen. Hollow Skai, Mitträger der Punk-Szene in Hannover, heute Betreiber des selbstverwalteten Plattenvertriebs „No fun", hat diese Arbeit vor eineinhalb Jahren fertiggestellt und das Buch ist im „chaotischen Punk-Lay-Out" gehalten: handgetippt, mit Bildern, Zeitungsausschnitten, geschnipselten Überschriften versehen.

In seiner Arbeit versucht Hollow Skai die Entstehung des Punk gesellschaftlich-historisch zu begründen, zeigt auch die Vermarktung dieser Lebenshaltung auf und behandelt solche Fragen wie: Politisierung des Punk, faschistoide Strömungen, künstlerische Ausdrucksformen, neu entstandene Kommunikationsinstrumente und nicht zuletzt auch die Rolle der Frau im Punk.

Das wesentliche an der Arbeit scheint mir die Einschätzung über die Entstehung des Punk zu sein und die Begriffsbestimmung, die er vollzieht; während das nachfolgende eine Beschreibung der künstlerischen Formen ist und dokumentarischen Charakter hat. Hier möchte ich die Einschätzungen vorstellen, weil man sich mit ihnen auseinandersetzen sollte.

Die Begriffsbestimmung: „Punk war (und ist) nie lediglich eine Mode-Erscheinung der späten 70er Jahre, ein Produkt der allgegenwärtigen Warenwelt, ein Medien-Ereignis gewesen. Punk war immer auch ein Ausdruck von Stadterfahrung, modernen städtischen Lebens, eine Attitüde / Lebenshaltung, vergleichbar dem Dadaismus / Situationismus. Punk als schillerndes Konglomerat verschiedenster Ansprüche, Vorstellungen, Erfahrungen, Weltanschauungen kann nicht als weitere Kunstrichtung aufgefaßt werden, denn Punk war (und ist) immer auch zugleich Anti-Kunst, nicht nur in den Köpfen, sondern praktisch ... Punk hat(te) also auch nichts im Sinn mit einer neuen (?) linksradikalen Position / politischen Dimension: die Punk-Rebellion richtet sich nicht gegen ein bestimmtes politisches System, sondern gegen die Gesellschaft, die Kultur, die derartige (kapitalistische) Systeme hervorbringen. In *dem* Sinn kann Punk als *kulturelle Anarchie* bezeichnet werden." (S. 20)

Punk wird von Hollow Skai als eine *Lebenshaltung* beschrieben, die die bürgerliche Langeweile durchbrechen und gesellschaftliche Erstarrung aufweichen soll. Dabei formuliert er die These: Die Musik ist *Ausdruck* der ökonomischen und Lebenslage der Jugendlichen, in dem sie diese widerspiegelt. Punk sei mehr als eine proletarische Jugendbewegung, keine klassenspezifische Bewegung. Aber: „Wenngleich mir die Verwendung von Begriffen wie ‚Klassenbewußtsein' oder ‚Proletariat', allgemein: die marxistische Unterscheidung in Bourgeoisie und Proletariat nach dem automatistischen Muster der Widerspiegelungstheorie heute als äußerst problematisch erscheint, da ihr ein statisches Modell zugrunde liegt, das wenig geeignet erscheint, den ungeheuer schnellen Umschichtungsprozessen gerecht zu werden, und der Dialektik von Basis und Überbau nicht genügend Rechnung trägt, sollte dennoch festgehalten werden, daß Punk zwar keine einheitliche Linie besitzt, trotzdem ein Geflecht von Bands, Szenen und Individuen mit gemeinsamer Klassenherkunft und gemeinsamer *Einstellung* ist." (S. 32)

Nachdem er meines Erachtens die marxistische Klassen- und Gesellschaftsanalyse etwas leichtfertig als statisch bezeichnet, geht er zur Kennzeichnung der Ausgangsposition dieser Bewegung über: „Hatte die Jugendbewegung der 60er zwar im Grunde nichts mit der Studentenbewegung zu tun, so traf sie sich aber mit dieser; beide überlappten und beeinflußten sich gegenseitig, was wiederum zu dem trügerischen Schluß führte, daß Jugendbewegung per se politisch seien. In der Hinsicht ist die Punk-Generation allerdings genauso unpolitisch, wie es die Beatniks, Gammler oder Hippies zuvor gewesen waren – jedoch entwickelten sie sowohl alternative Projekte wie auch Theorien. Punk ist folglich insofern politisch, wie er zum Handeln / Mitdenken anregt. Allerdings verweist er nicht auf Organisation, was ihn Teilen der Linken suspekt, anderen wiederum sympathisch erscheinen ließ. Für die junge Generation am Ende der 70er Jahre erwies er sich aber als identitätsbildend, weil ihr hierdurch, vielleicht zum ersten Mal, überhaupt Perspektiven eröffnet wurden ... Punk muß in diesem Zusammenhang auch und gerade als Resultat der Stagnation der linken Bewegung verstanden werden, als Ausdruck der Aussichtslosigkeit politischer Handlungsmöglichkeiten Ende der 70er Jahre sowie der Frustrationserfahrung, die die Kreativität und Selbstverwirklichung verhinderten, weil das Individium in seinem Spielraum einschnürenden Strukturen dogmatischer Revolutionstheorien nach sich zogen und immer wieder auf's Neue produzierten." (S. 37/38)

Wenn er an der einen Stelle unfreiwillig auf die eigentliche Kontinuität von Jugendbewegungen hinweist, so liegt darin das Entscheidende. Man kann diese für „unpolitisch" erklären, aber was sind dann gesellschaftliche Bewegungen überhaupt? Und über die Perspektive der Punk-Bewegung als gesellschaftliche Alternative findet man keine Aufschlüsse. Ist dies nicht schon der Hinweis darauf, daß auch diese Bewegung eines Teils der Jugend ohne politische Lösungen, in den Produktionsverhältnissen dieser Gesellschaft, erstickt wird? Und daß auch diese Bewegung ansetzen muß an den Erfahrungen der vorangegangenen Kämpfe der Jugend? Bilden die Besonderheiten dieser Bewegung das Entscheidende oder die Kontinuität jugendlicher Bewegungen mit *besonderem* Ausdruck, die letztlich auf politische Veränderungen drängen? Mir scheint das letztere richtig, was es noch zu beweisen gilt.

Zeugnis eines Punk über Punk

Magisterarbeit des „Hollow Skai" und seine Einschätzung über die „Punker-Generation"

acm. Nach „Apocalypse now", „No future" und anderen Sensationsartikeln der Illustrierten ist man erfreut, wenn einem nicht eine sekundäre und oberflächliche Abhandlung über Punk als Mode-Erscheinung vorliegt, sondern der Versuch einer wissenschaftlich-historischen Abhandlung über den Punk. Und als solche kann man die Magisterarbeit „Punk, Versuch der künstlerischen Realisierung einer neuen Lebenshaltung" von Hollow Skai,

Autor des Buches „Weltmacht Droge" nach 18tägiger Verhandlung das „Handwerk zu legen". Behr hatte in seinem Buch auffällige Zusammenhänge zwischen deutschen Waffen- und asiatischen Heroinproduzenten enthüllt. Auch die bemerkenswerten Exportmengen von Essigsäureanhydrit (einem Katalysator bei der Herstellung von Heroin) der Pharmakonzerne Hoechst und Merck in die Türkei ließ er nicht unerwähnt.

Darüberhinaus hatte Behr begonnen, die Praktiken polizeilicher Ermittlung in Hamburg genauer zu untersuchen, wobei ihm eine gewisse Eintracht zwischen Räuber und Gen-

stellte sich jedoch als nicht allzu sattelfest heraus. Nicht nur, daß sich die Hauptbelastungszeugen in hemmungslose Widersprüche verwickelten und selber noch die Finger in Drogengeschäften haben, obendrein wurde einer auch noch des Meineides überführt.

Eine solche „Anklage" durchzupauken, dazu bedurfte es nicht nur eines Ignoranten wie des Richters Soltmann, sondern immerhin 5 Staatsanwälte, von denen der eine – durch Behrs Verteidiger der Kumpanei mit den Belastungszeugen überführt – nach einem Nervenzusammenbruch das Handtuch werfen mußte.

Der für das Plädoyer benötigte

sah sich dennoch gezwungen, die Straftat des „Handels mit 0,3 g Haschisch" fallenzulassen. Der Rest, schlichter Besitz eines Nichtvorbestraften von Haschisch, reichte ihm immerhin für 9 Monate Haft und 12000 DM Geldstrafe. Durch diese Radikalkur waren offenbar seine Kräfte aufgezehrt, so daß die Urteilsverkündung ein neuer Staatsanwalt erleben konnte:

15600 DM Geldstrafe, ersatzweise 130 Tage Haft, so hieß das Urteil. Behr entschied sich angesichts dieses Willkürurteils für die Berufung. Eine Einladung von der Ausländerbehörde hat er inzwischen erhalten.

auf Unterdrückung, Anpassung und Zerstörung des einzelnen Abhängigen hinaus.

Dies geschieht im wesentlichen durch die Kostenabwälzung der eigentlich zuständigen Sozialämter, die bis-

Ausweichmöglichkeit in der Droge sehen, eine weitere „Aussteigeralternative" an, anstatt sie zu direkten und kritischen Auseinandersetzung mit derselben zu befähigen ...

r.b., Hamburg

... und eine Situationsbeschreibung über Drogenhilfe

rmb.Hamburg. Ich arbeite in einer Therapie-Einrichtung zur „Rehabilitation" ehemaliger Drogenabhängiger.

Kloses Rücktritt:

Für die Kapitalisten war er nicht mehr brauchbar

cld. Am letzten Montag ist Klose als Bürgermeister zurückgetreten. Sein Rücktritt hat in der Springer-Presse kaum versteckte Freude ausgelöst, viele haben den Rücktritt bedauert und schätzen Klose als ehrlichen Mann ein, die Jusos haben zum Kampf für Klose gegen die Rechten in der SPD, die Klose u.a. zu Fall gebracht haben, aufgerufen. Die Legende, daß Parteichef Staak und Fraktionschef Hartmann entgegen den Parteitagsbeschlüssen Klose gestürzt haben, wurde von ihm selbst aufgebracht. In seinem Rücktrittsschreiben an Staak u.a. hatte Klose geschrieben, er werde seinen Hut nehmen, weil die Fraktion und der Landesvorstand nicht geschlossen in der Brokdorf-Frage hinter ihm stünden. Das war seit längerem bekannt und die neuerliche Bestätigung dieser Haltung der SPD-Rechten am letzten Wochenende vor Kloses Rücktritt war vielleicht der persöhnliche Auslöser für den Rücktritt, der Grund war sie nicht.

Zu Fall gebracht wurde Klose von den Kapitalisten, die nicht auf das Kernkraftwerk Brokdorf verzichten wollen, im Verein mit der Bundesregierung, die nicht sonderlich überrascht war von Kloses Rücktritt, und von den Rechten in der Hamburger SPD, die darauf hoffen, durch eine Änderung der Senatspolitik nach den nächsten Bürgerschaftswahlen für die Kapitalisten regierungsfähig zu bleiben.

Klose hatte mit seiner Entscheidung gegen das AKW Brokdorf Stellung genommen. Ursache war unter anderem die Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung, die sich in der offizielle Ablehnung von Brokdorf durch die IG Druck, die GEW und die HBV, sowie in der Anzeige von über 1 500 Gewerkschaftern ausgedrückt hatte. Die Bewegung gegen die Kernenergie hat Klose aber nicht zu ihrem Führer gemacht. Der Versuch der Jusos, die Demonstration zum Hamburger SPD-Parteitag zu einer Demonstration für die Linken in der SPD und für Klose zu machen, mißlang gründlich. Der Aufruf u.a. von Klose, sich nicht an der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf zu beteiligen, hatte keinerlei Wirkung. Eher umgekehrt. Die Entscheidung des SPD-Parteitages und die Haltung Kloses hat der Bewegung gegen das AKW größeren Spielraum gegeben. Sie hat aber nie vergessen, daß Klose zwar gegen das AKW Brokdorf, aber nicht für die Stillegung von Stade, Brunsbüttel und Krümmel ist. Hinzu kommt, daß sein Konzept von mehreren Fernwärmekraftwerken in Hamburg neue Umweltbelastungen und neue Kosten für die Massen gebracht hätte.

Kloses Entscheidung gegen das AKW Brokdorf hatte nicht zu einer stärkeren Bindung der Bewegung an den Rechtsstaat und den Parlamentarismus geführt, sondern eher umgekehrt die Bewegung gegen das Energieprogramm gestärkt. Damit war Klose für die Kapitalisten überfällig. Sie gingen daran, ihn zu demontieren. Als erstes trat Steinert als Aufsichtsratsvorsitzender der HEW zurück und Klose wurde gezwungen Fahning, Chef der Hamburgischen Landesbank und klarer Befürworter von Brokdorf, zum Aufsichtsratsvorsitzendne vorzuschlagen. Ein nicht unerhebliches Druckmittel Klose zu diesem Schritt zu zwingen, dürften die 9 Mrd. DM Schulden gewesen sein, die der Hamburger Staat vor allem bei der Landesbank hat. Es erschien dann eine Anzeige der HEW, in der sie erklärten, daß sie nicht daran denken würden, auf Brokdorf zu verzichten, egal was der Senat als Mehrheitsaktionär durchsetzen wolle. Damit war Kloses Vorstoß gescheitert. In der Regel bestimmt natürlich der Mehrheitsaktionär, was eine AG zu tun und zu lassen hat. Für solche Unfälle wie diesen hier ist aber vorgesorgt. Das Allgemeinwohl gibt den Ausschlag. Das Allgemeinwohl hat die Bundesregierung dahin festgelegt, daß das Kernenergieprogramm notwendig sei. Klose hätte also keine Chance gehabt. Er hätte das Problem nur auf nach die nächsten Bürgerschaftswahlen vertagen können. Diese Lösung schloß sich aus, da abzusehen ist, daß die SPD ihren Wahlsieg von 1978 nicht wiederholen kann.

Denn die Bestrebungen der Kapitalisten, Klose wegen Brokdorf zu Fall zu bringen, trafen zusammen mit dem schwindenden Einfluß der SPD und Kloses unter den Massen, nicht nur in der Anti-AKW-Bewegung.

Der Giftmüllskandal, der vor allem Kloses persönlichem Ansehen geschadet hat, weil er die Verantwortung auf einen anderen abschob, hat seinem Ansehen stark geschadet. Die Durchsetzung der Sparmaßnahmen zusammen mit Nölling, hinter dem Rücken der SPD-Fraktion hat seine Position in der SPD geschwächt. Vor allem aber die Sparmaßnahmen selber stoßen auf den Widerstand der Massen, die nicht bereit sind, eine Kürzung der allgemeinen Reproduktionskosten durch den Staat in Kauf zu nehmen, was sich gegenwärtig vor allem in der Bewegung gegen die Schulschließungen zeigt. Im Kampf gegen die Sparmaßnahmen und gegen die Schulschließungen entwickelt sich die Massenbewegung zunehmend weg von der SPD. Der eine oder andere wird sich auch daran erinnern, daß Klose Bürgermeister wurde, als es darum ging, in der Krise 74/75, scharfe Einsparungen in den Ausgaben für die Reproduktion durchzusetzen und die Investitionshilfen für die Kapitalisten zu erhöhen. Kloses Vorgänger Schulz, war damals als zu weich in der Durchsetzung dieser Maßnahmen eingeschätzt worden.

Daß Klose jetzt nicht an seinem Sessel kleben bleibt, sein Fähnchen nach dem Wind hängt und für die getroffene Entscheidung zu Brokdorf einsteht, macht ihn sympatisch. Daß die Massenbewegung in ihren Kämpfen zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen den bürgerlichen Staat und die Kapitalisten nicht auf einen bürgerlichen Politiker wie Klose und nicht auf das Parlament setzen kann, zeigen die Ereignisse.



Räumung des besetzten Hauses in der Stresemannstraße

Nachlese zum Hamburger Schülerstreik

edd./sud. Die Berichterstattung der letzten KVZ, Nr. 22 S. 13, über den Schülerstreik veranlaßt uns dazu, hier noch einmal Stellung zu nehmen. Als wir den Bericht gelesen hatten, haben wir uns nicht nur gefragt, ob wir gar auf einer anderen Kundgebung gewesen, sind, sondern auch, ob diese liberale Berichterstattung nicht eher in die Morgenpost als in eine kommunistische Wochenzeitung gehört. So sind es mehrere Punkte, die u. E. nötig sind, um diese Bewegung politisch bewerten zu können, um zu entscheiden, welche Kräfte man unterstützen muß usw.

Es fängt an mit der seichten Darstellung des Polizeieinsatzes, den wir unmittelbar miterlebten. Der gesamte Vorplatz der Schulbehörde in der Hamburger Staße (im ersten Stock des Einkaufszentrums) wurde von den Schülern besetzt. Dies hat seine Tradition in allen bisher in Hamburg stattgefundenen Schulkämpfen (siehe Berufsschülerstreik), um den Angriff direkt vor diejenige Behörde des bürgerlichen Staates zu tragen, der für die Maßnahmen gegen die arbeitende und und lernende Jugend verantwortlich ist. Hier prügelte sich die Polizei den Platz frei, begann dann den ersten Stock bis hin zum Erdgeschoß zu räumen, prügelte

wurde dies auf der Kundgebung deutlich gemacht. Dies ist schon politisch mehr als nur die Forderung nach ,,191 neuen Klassen''. Grundbedingungen des von der Arbeiterklasse erkämpften Volksbildungswesens sollen erhalten bleiben. So war die Ansprache des GEW-Vertreters und die des Vertreters der DGB-Jugend für die Schulbewegung außerordentlich wichtig zur Verbindung mit der Arbeiterbewegung.

Das politische Bewußtsein über den Zusammenhang ihres Kampfes war bei den Schülern noch nicht sehr weit entwickelt, was sich auch an den mitgeführten Transparenten ausdrückte, die sich mehrheitlich mit der Forderung ,,Weg mit Struppl und Seppl'' befaßten. Aus den Berichten aus den Schulen wurde jedoch deutlich, daß sich seit dem letzten großen Schülerstreik hier etwas in die richtige Richtung bewegt hat. Als ein wichtiger Angriff gegen den bürgerlichen Staat wurde der Kampf um die Freilassung aller inhaftierten Schüler geführt. Rund 300 zogen von der Kundgebung direkt vor der Hamburger Straße, nachdem die Polizei sie leergeknüppelt hatte, zur Polizeiwache Oberaltenallee und forderten die Freilassung der Inhaftierten. Erst als unter Androhung der Stür-

Bürgerkriegsmanöver gegen Hausbesetzer

Rechten in der Hamburger SPD, die darauf hoffen, durch eine Änderung der Senatspolitik nach den nächsten Bürgerschaftswahlen für die Kapitalisten regierungsfähig zu bleiben.

Klose hatte mit seiner Entscheidung gegen das AKW Brokdorf Stellung genommen. Ursache war unter anderem die Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung, die sich in der offizielle Ablehnung von Brokdorf durch die IG Druck, die GEW und die HBV, sowie in der Anzeige von über 1 500 Gewerkschaftern ausgedrückt hatte. Die Bewegung gegen die Kernenergie hat Klose aber nicht zu ihrem Führer gemacht. Der Versuch der Jusos, die Demonstration zum Hamburger SPD-Parteitag zu einer Demonstration für die Linken in der SPD und für Klose zu machen, mißlang gründlich. Der Aufruf u.a. von Klose, sich nicht an der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf zu beteiligen, hatte keinerlei Wirkung. Eher umgekehrt. Die Entscheidung des SPD-Parteitages und die Haltung Kloses hat der Bewegung gegen das AKW größeren Spielraum gegeben. Sie hat aber nie vergessen, daß

denken würden, auf Brokdorf zu verzichten, egal was der Senat als Mehrheitsaktionär durchsetzen wolle. Damit war Kloses Vorstoß gescheitert. In der Regel bestimmt natürlich der Mehrheitsaktionär, was eine AG zu tun und zu lassen hat. Für solche Unfälle wie diesen hier ist aber vorgesorgt. Das Allgemeinwohl gibt den Ausschlag. Das Allgemeinwohl hat die Bundesregierung dahin festgelegt, daß das Kernenergieprogramm notwendig sei. Klose hätte also keine Chance gehabt. Er hätte das Problem nur auf nach die nächsten Bürgerschaftswahlen vertagen können. Diese Lösung schloß sich aus, da abzusehen ist, daß die SPD ihren Wahlsieg von 1978 nicht wiederholen kann.

Denn die Bestrebungen der Kapitalisten, Klose wegen Brokdorf zu Fall zu bringen, trafen zusammen mit dem schwindenden Einfluß der SPD und Kloses unter den Massen, nicht nur in der Anti-AKW-Bewegung.

Der Giftmüllskandal, der vor allem Kloses persönlichem Ansehen geschadet hat, weil er die Verantwortung auf

genwärtig vor allem in der Bewegung gegen die Schulschließungen zeigt. Im Kampf gegen die Sparmaßnahmen und gegen die Schulschließungen entwickelt sich die Massenbewegung zunehmend weg von der SPD. Der eine oder andere wird sich auch daran erinnern, daß Klose Bürgermeister wurde, als es darum ging, in der Krise 74/75, scharfe Einsparungen in den Ausgaben für die Reproduktion durchzusetzen und die Investitionshilfen für die Kapitalisten zu erhöhen. Kloses Vorgänger Schulz, war damals als zu weich in der Durchsetzung dieser Maßnahmen eingeschätzt worden.

Daß Klose jetzt nicht an seinem Sessel kleben bleibt, sein Fähnchen nach dem Wind hängt und für die getroffene Entscheidung zu Brokdorf einsteht, macht ihn sympatisch. Daß die Massenbewegung in ihren Kämpfen zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen den bürgerlichen Staat und die Kapitalisten nicht auf einen bürgerlichen Politiker wie Klose und nicht auf das Parlament setzen kann, zeigen die Ereignisse.

edd./sud. Die Berichterstattung der letzten KVZ, Nr. 22 S. 13, über den Schülerstreik veranlaßt uns dazu, hier noch einmal Stellung zu nehmen. Als wir den Bericht gelesen hatten, haben wir uns nicht nur gefragt, ob wir gar auf einer anderen Kundgebung gewesen, sind, sondern auch, ob diese liberale Berichterstattung nicht eher in die Morgenpost als in eine kommunistische Wochenzeitung gehört. So sind es mehrere Punkte, die u. E. nötig sind, um diese Bewegung politisch bewerten zu können, um zu entscheiden, welche Kräfte man unterstützen muß usw.

Es fängt an mit der seichten Darstellung des Polizeieinsatzes, den wir unmittelbar miterlebten. Der gesamte Vorplatz der Schulbehörde in der Hamburger Staße (im ersten Stock des Einkaufszentrums) wurde von den Schülern besetzt. Dies hat seine Tradition in allen bisher in Hamburg stattgefundenen Schulkämpfen (siehe Berufsschülerstreik), um den Angriff direkt vor diejenige Behörde des bürgerlichen Staates zu tragen, der für die Maßnahmen gegen die arbeitende und und lernende Jugend verantwortlich ist. Hier prügelte sich die Polizei den Platz frei, begann dann den ersten Stock bis hin zum Erdgeschoß zu räumen, prügelte
10- bis14-jährige die Rolltreppen rauf und runter. Dagegen gab es von seiten einiger Schüler aktiven Widerstand, aber er blieb vereinzelt und konnte nicht organisierend auf die gesamte Kundgebung wirken. So wurden keine Ketten gebildet, außer von einigen ,,gewaltlosen Jusos'' vor der Polizei. Die Polizei wurde aber vollkommen berechtigt mit Steinen angegriffen, als sie wahllos in die Schüler prügelte. Dies muß seitens einer revolutionären Zeitung unterstützt werden, wenn auch nicht ohne deutlich zu machen, daß hier die *Organisation* und das Bewußtsein des Kampfes fehlten.

In der Kundgebung, die draußen vor der Schulbehörde stattfand, hatte diese Auseinandersetzung ihre *politischen* Auswirkungen. Die Fraktionen der SDAJ, der Falken und der SSB/H formulierten sofort eine Erklärung gegen diejenigen, die der Polizei Widerstand leisteten, distanzierten sich von diesen, mußten aber unter dem Druck der Bewegung sich auch gegen den Polizeieinsatz aussprechen. Diese Resolution wurde angenommen. Allerdings, und dies zeigt, daß sich die Schulbewegung langsam politisch entwickelt, auch eine Erklärung, vorgebracht von einem Schülerkammermitglied aus der FSP II, der den Polizeieinsatz verurteilte, diesen als Angriff auf die Demonstrationsfreiheit zurückwies und die Freilassung aller inhaftierten Schüler forderte, auch diese Resolution erhielt starken Beifall. Das Element des Kampfes um Demokratie wächst in der Schulbewegung zusehends. Insbesondere an dieser Resolution, aber auch an den Berichten, daß Schüler z. B. der Klosterschule ihre Schule besetzen und mehr oder weniger selber verwalten,

wurde dies auf der Kundgebung deutlich gemacht. Dies ist schon politisch mehr als nur die Forderung nach ,,191 neuen Klassen''. Grundbedingungen des von der Arbeiterklasse erkämpften Volksbildungswesens sollen erhalten bleiben. So war die Ansprache des GEW-Vertreters und die des Vertreters der DGB-Jugend für die Schulbewegung außerordentlich wichtig zur Verbindung mit der Arbeiterbewegung.

Das politische Bewußtsein über den Zusammenhang ihres Kampfes war bei den Schülern noch nicht sehr weit entwickelt, was sich auch an den mitgeführten Transparenten ausdrückte, die sich mehrheitlich mit der Forderung ,,Weg mit Struppl und Seppl'' befaßten. Aus den Berichten aus den Schulen wurde jedoch deutlich, daß sich seit dem letzten großen Schülerstreik hier etwas in die richtige Richtung bewegt hat. Als ein wichtiger Angriff gegen den bürgerlichen Staat wurde der Kampf um die Freilassung aller inhaftierten Schüler geführt. Rund 300 zogen von der Kundgebung direkt vor der Hamburger Straße, nachdem die Polizei sie leergeknüppelt hatte, zur Polizeiwache Oberaltenallee und forderten die Freilassung der Inhaftierten. Erst als unter Androhung der Stür-
mung der Polizeiwache die Schüler mit einer Delegation Zutritt zu den Zellen zwecks Inspektion bekamen, war man sicher, daß sie hier nicht waren. (Die Inhaftierten waren in Langenhorn, damit die Schüer da nicht so schnell rankamen.) Eine Delegation zur Polizeiführung wurde dann von der Schülerkammer aus gebildet, ebenso eine zu Grolle, beide mit dem Auftrag, die Forderung ,,Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren, Freilassung aller Schüler'' mit vorzutragen. Trotz der bewußten Abwiegelei seitens sozialdemokratischer und vor allem revisionistischer Schülerfunktionäre (wie Thomas Martens) wurde der Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat geschärft.

Ein wichtiges Problem zeigte sich bei dem Polizeieinsatz. Verschiedene Schüler, die sich selber zu den Punks rechnen, waren zwar im Kampf gegen die Polizei äußerst militant, aber die Bewußtheit des Kampfes war wenig entwickelt. Dies hatte z.B. auch zur Folge, daß revolutionäre und sozialistische Schulsprecher, die versuchten, den Kampf zu organisieren, immer auch Gefahr liefen, nicht nur von der Polizei, sondern auch von Schülern verprügelt zu werden. Dies auf der Seite, auf der anderen der durchorganisierte Apparat der revisionistischen Schülerfunktionäre, der nicht unwesentlich dazu beitrug, bestimmte Spaltungslinien in die Bewegung zu schlagen.

Die Kundgebung zeigt, daß der inhaltliche Angriff auf das Schulwesen, die demokratische Forderung für eine polytechnische Einheitsschule, weiter entwickelt werden muß. Dazu ist die weitere Verbindung der Schüler mit der DGB-Jugend äußerst nützlich.

Bürgerkriegsmanöver gegen Hausbesetzer

sud./edd. Am 29. Mai besetzten in St. Pauli beim Grünen Jäger/Stresemannstraße rund 300 Leute ein Hinterhaus. Sie forderten, daß dies zu einer Art Stadtteilzentrum ausgebaut werden sollte. Die Aktion wurde im wesentlichen von autonomen Gruppen wie den Autonomen Schanzenviertel getragen. Mehrere Transparente wurden aus dem besetzten Haus gehängt: ,,Olaf Ritzmann Haus'' und ,,Friede den Hütten, Krieg den Palästen!''. Ein Angriff von rund 30 Polizisten wurde zurückgedrängt, daraufhin zog die Polizei ab, nachdem es hieß, daß der Vermieter keinen Strafantrag stellen würde. Die ganze Nacht über verbrachten rund 200 Leute bei dem besetzten Haus und erklärten, sie wollten es gegen die Polizei verteidigen, wenn diese angreifen würde. Flugblätter an die Bevölkerung usw. zur Information und Unterrichtung von der Aktion gab es am Freitag nicht, vorher wurden aber im Schanzenviertel Info-Stände von verschiedenen Gruppen durchgeführt.

Die Räumung durch die Polizei in den frühen Morgenstunden des 30.5.81 (Beginn um 4.35 Uhr) war generalstabsmäßig vorbereitet. Das Hamburger Abendblatt, das den Redaktionsschluß gegen 3 Uhr hatte, konnte bereits das Bulletin der Polizei von der geglückten Räumung abdrucken, die *vorher* bereits der bürgerlichen Presse zugestellt wurde. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich 4 Hundertschaften an der Räumungsaktion. Das gesamte Viertel wurde systematisch abgeriegelt, Sonderkommandos der Polizei stürmten mit Hilfe von Sturmleitern, zwei Schützenpanzern und einem Wasserwerfer neuesten Typs (35 atü Druck, ,,Brokdorf Nr. 19) das besetzte Haus. Die Besetzer und jene, die das Haus halten wollten, konnten nur durch gezielten Steinhagel verhindern, daß es nicht zu noch größeren Verletzungen kam als den 20 die der Ermittlungsausschuß der Bunten Liste bis Redaktionsschluß feststellen konnte. Die Polizei griff äußerst brutal, aber planmäßig zu, während die Verteidiger des Hauses konzeptlos waren. Es gelang ihnen aber doch noch, aus dem Haus zu entkommen, so daß die Polizei nur 16 Leute festnehmen konnte. Bei weiteren 12 ist bis jetzt ungeklärt, ob sie verhaftet worden sind. Die Aktion wurde unter völliger Abschirmung der Bevölkerung durchgeführt. Passanten wurden abgedrängt, das Viertel gesperrt. Spezielle Greiftrupps des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) provozierten untern den Passanten und verhafteten auch dort einige. Der Einsatzleiter der Polizei gab, nachdem das Haus bereits geräumt war, den Befehl, die Hundestaffel auf die Passanten zu hetzen, die immer noch die Polizeiketten umringten. Dabei gab es mehrere schwere Verletzungen. Innensenator Pawelczyk tat alles, um seine Zusage ,,In Hamburg bleibt kein Haus 24 Stunden besetzt'' in die Tat umzusetzen, vor allem, nachdem in den besetzten Wohnungen im Brockmannsweg ihm dies nicht gelungen ist. Sie sind weiterhin von Mietern besetzt.

Am Sonnabend, den 30.5., fanden Gespräche zwischen verschiedenen Organisationen und den Besetzern statt, wie man weiter vorgehen soll. So wird die Forderung nach Freilassung aller Inhaftierten und Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren eine wichtige Rolle. Darüber wird man die Woche über in Flugblättern nähere Informationen bekommen. Das politische Problem bei dieser Besetzung war die Frage, daß nicht genau begründet war, warum man gerade dieses Haus besetzt hat, welche Forderungen die Besetzer haben und daß auf Information der Bevölkerung keinen Wert gelegt wurde. Dies ermöglichte der Polizei erst, die Besetzer in der Bevölkerung politisch zu isolieren und sie in diesem Bürgerkriegsmanöver brutal zu räumen. Auch der Innensenator weiß, daß die Besetzer Sympathien überall in der Bevölkerung haben, muß also alles tun, um einen solchen Einsatz politisch und ideologisch zu rechtfertigen. Hier wurde es ihm zu einfach gemacht. Der Kampf gegen die Kriminalisierung der Hausbesetzer von St. Pauli wird auch dadurch erschwert, muß aber jetzt unabhängig davon, wie man zu dieser Aktion steht, von allen demokratischen und revolutionären Kräften in Hamburg gemeinsam geführt werden, um diesen massiven Angriff auf die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit durch die Polizei und den Senat geschlossen zurückzuweisen.

Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611 / 730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611 / 730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040 / 394904; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, Für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Bernd Wagner, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

„Anti-Atom-Forum" in Kiel

Zu einigen Fragen, die sich in der Bewegung gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen stellen

pes. Am Samstag vergangener Woche fand in Kiel eine Veranstaltung unter dem Motto „Der Atomtod bedroht uns alle; keine Atomraketen in Europa" statt zur weiteren Mobilisierung gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Europa. In 12 Arbeitsgruppen und im Plenum wurden wichtige Fragen des „Wettrüstens", der Politik der Bundesregierung und der beiden Supermächte oft kontrovers diskutiert. Einige Schwerpunkte dieser Debatte und wichtige Fragen dieser „Friedensbewegung" soll der Artikel behandeln.

Nach den Erkenntnissen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat die SU gegenwärtig 120 SS 20-Raketen stationiert. Diese Rakete ist mit einem Dreifach-Sprengkopf versehen, d.h., eine Trägerrakete kann drei unterschiedliche Ziel auf einmal treffen. Von Seiten der Revisionisten wird nun behauptet, daß diese Waffe keinerlei qualitativen Unterschied zu den „veralteten" SS 4, SS 5 darstelle. Frage ist, was man unter qualitativ versteht. Die SS 20 haben eine Streuung von 400 m bei einer Reichweite von 4000 km. Die Vorgänger haben Werte von einer Streuung von 2400 bzw. 1250 m bei Reichweiten von 2000 bzw. 3700 km (SS 4/SS 5). Stationiert auf Selbstfahrlafetten ist die SS 20 schwer verwundbar und ihre hohe Treffergenauigkeit machen eine Qualität gegenüber den Vorgängertypen aus.

Die von den USA produzierten Pershing II Raketen und der Marschflugkörper Cruise Missile stellen eine ähnliche qualitative Verbesserung der „eurostrategischen" Waffensysteme dar. Beide haben nur eine Streuung von wenigen Metern (15 – 45 wird geschätzt) und sind so in der Lage, fast unverletzliche Punktziele wie Raketensilos, Kommandozentralen u.ä. genau zu treffen. Mit den Reichweiten von 1700 (Pershing II) und 2500 km (Cruise Missile) können sie von europäischem Boden direkt die SU angreifen, was bislang nur mit Interkontinental-Raketensystemen der Fall war. Sowohl die Pershin II als auch der Marschflugkörper Cruise Missile lassen sich als taktische Waffen in einem konventionell geführten Krieg einsetzen, was ihre Gefährlichkeit erhöht. Das SIPRI schreibt in seinem Jahrbuch 1980/81 zur Einschätzung dieser neuen Waffensysteme (die neuen sowjetischen Backfire Bomber und die US-amerikanischen F-111 werden als Trägersysteme eurostrategischer Atomwaffen miteinbezogen): „Die neuen eurostrategischen Waffen auf beiden Seiten der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt müssen als eine Steigerung der Fähigkeit, einen Krieg zu führen, betrachtet werden. Die gesteigerte Effektivität der neuen Waffen macht ganz Europa im Hinblick auf eine atomare Verwüstung verletztlicher."

Diese Einschätzung halte ich für richtig. Das Motto des Forums „Der Atomtod bedroht uns alle" beinhaltet die Furcht, daß Europa im Falle eines Krieges zur Wüste gemacht wird. Das Problem stellt sich nur, daß es nicht nur die US-Mitelstreckenraketen sind, aus der sich diese Gefahr ergibt. Die Konzentration der „Friedensbewegung", so verstehen sich die Initiatoren des Krefelder Appels und diejenigen, die die Kampagne gegen die US-Mittelstreckenraketen betreiben, auf diese Mittelstreckenraketen birgt die Gefahr in sich, sowohl einseitig nur den Kampf gegen die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten zu führen, als auch die Faktoren für die wachsende Kriegsgefahr nur in diesen Atomwaffen zu sehen.

Zu ersterem: Die Revisionisten in dieser Bewegung sind als Apologeten des Sozialimperialismus bestrebt, deren Kriegsvorbereitungen zu verharmlosen und als Defensivrüstung darzustellen. Große Teile der Bewegung, noch nicht einmal nur welche, die davon ausgehen, daß dort der „reale Sozialismus" herrsche, halten angesichts des Kriegsgeschreis der Reagan-Regierung und der Stationierung der Raketen in Europa tatsächlich die US-Imperialisten für aggressiver und gefährlicher. Denn auf der anderen Seite steht Breschnews Moratoriums-Vorschlag, stehen die Verhandlungsangebote, steht zuletzt der bislang inhaltlich unbekannte, aber immerhin als Vermittlung und wahrer Verständigungsvorschlag angesehene Brief an die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa. So ist z. B. ein Argument der Revisionisten, das aber wesentlich weiter verbreitet ist, die USA wolle UdSSR totrüsten. Gemeint ist damit, daß durch die ständige Erhöhung der militärischen Ausgaben der NATO und insbesondere der USA, durch die Entwicklung neuer und technologisch hochwertiger und somit teurer Waffensysteme die SU gezwungen sei, ihrerseits riesige Mengen des Bruttosozialprodukts für Aufrüstung und Neubewaffnung auszugeben, was zu Lasten des Lebensstandards des Volkes gehen müsse. Das ist eine Frage, die man unabhängig von der Einschätzung, ob die SU nun noch ein sozialistisches Land ist oder nicht, gar nicht richtig beantworten kann. Einerseits sind die tatsächlichen Militärausgaben der SU nicht bekannt, sondern nur über CIA-Quellen erhältlich, die sowieso, und sicher mit einigem Recht, angezweifelt werden. Zum anderen war es ja so, daß die SU durch die Ablehnung einer Anti-Hitlerkoalition in den dreißiger Jahren durch die imperialistischen Mächte gezwungen war, große Anstrengungen im Rüstungsbereich zu unternehmen und die Verbesserung der Reproduktion der Massen zurückstellen mußte. Auf diese Parallele wird oft Bezug genommen. Es zeigt sich an dieser Frage, wie dringlich es ist, die innere Entwicklung der SU aufzuklären.

Es ist überhaupt nicht so, daß irgendwer außer den unverbesserlichen Revisionisten die Aggressionspolitik der UdSSR gegeüber Afghanistan, Kampuchea, Eritrea oder Polen für gut heißt. Es stellen sich nur viele die Frage, warum sie das getan hat und geben sich nicht damit zufrieden, wenn man sagt, daß das dem aggressiven Charakter dieser Supermacht entspricht, weil über diesen tatsächlich wenig klar ist, denn er entspringt den inneren Widersprüchen und Gesetzmäßigkeiten dieses Landes. Das Bedürfnis, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, sie zu klären, ist groß in der Bewegung. Es muß geklärt werden, um den Revisionisten die Führung dieser Bewegung abzuringen. Und das muß deshalb passieren, weil mit dem Krefelder Appell keine Mehrheiten in der Bevölkerung zu finden sind. Denn dieser Appell unterstellt explizit die Friedfertigkeit der SU und es spricht einfach zuviel Erfahrung, Augenschein und natürlich auch Indoktrination gegen die Einschätzung.

Auf dem Forum wurde der Versuch gemacht, zumindest die Frage der SU offener zu halten. Zu dem Abschlußdokument lag ein Antrag vor: statt „Unsere verantwortlichen Politiker haben uns in eine Sackgasse des Wettrüstens geführt" zu schrieben „die Politiker in West und Ost . . .". Dieser Antrag wurde von den Revisionisten gleich als Spaltung der Bewegung verschrien, weil er gegen den Krefelder Appell stünde. Bei letzterem haben sie recht. Unterstützt wurde der Antrag auf dem Abschlußplenum von ca. 20% der Anwesenden. Es kommt darauf an, diese Kräfte in der Bewegung zu unterstützen mit den Möglichkeiten, die die Revolutionäre haben, die o. g. Probleme aufzuklären und in die Vewegung hineinzutragen.

Eine zweite Schwäche, die deutlich zutage trat, war die Konzentration nur auf die nuklearen Mittelstreckenraketen. Viele haben das erkannt und einer drückte das so aus, ihm sei ziemlich egal, ob er nun eines atomaren oder konventionellen Todes sterbe, ihm käme es darauf an, gar nicht in einem Krieg der Supermächte unterzugehen.

Wenn man die atomaren, insbesondere die eurostrategischen (was auch gleichzeitig eurotaktische Waffensysteme sind) Waffenarsenale der beiden Supermächte vergleicht, liegt der Schluß nahe, die SU sei unterlegen. So wird die neue Qualität und die Überlegenheit der Pershing II und Cruise Missile oft damit begründet, die USA hätten jetzt eine Waffe, die sie zu einem Erstschlag befähige, dem nicht notwendig der Zweitschlag auf das Gebiet der USA folgen müsse. An diesem Argument ist einiges richtig: mit den neuen Mittelstreckenraketen, die sich durch hohe Zielgenauigkeit und durch Unverletzlichkeit im Flug auszeichnen, ist es den USA möglich, vom Gebiet Europas entscheidende Waffenarsenale und Kommandostellen in der SU zu treffen. Außerdem eignet sich diese Rakete auch als taktische Waffe, um z. B. Truppenkonzentrationen und Aufmarschgebiete zu zerschlagen. Ein Zweitschlag der SU müßte sich jetzt nicht nur gegen die USA richte, sondern hauptsächlich erstmal auf diese Raketenbasen in Europa, weil es wenig nützt, mit Interkontinentalraketen die USA anzugreifen, wenn von Europa aus entscheidende Schläge gegen die SU geführt werden.

Ich halte das für Tatsachen, an denen man sich nicht vorbeimogeln sollte. Tatsache ist aber auch, daß weder nur mit den Mittelstreckenraketen der Krieg geführt wird als auch, daß nur durch die Verhinderung der Stationierung der Mittelstreckenraketen die Kriegsgefahr reduziert wird. Es kommt darauf an, will die Bewegung gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr werden, insgesamt den Rüstungsanstrengungen und dem expansionistischen Treiben der beiden Supermächte Einhalt zu gebieten. Dazu ist notwendig, sich intensiv mit den Fragen zu beschäftigen, welche Auswirkungen der Austritt Westdeutschlands aus der NATO hätte, wie der Abzug aller fremden Truppen aus Europa zu erreichen ist und welche Möglichkeiten dann das Volk in Westdeutschland hat, einem Aggressor zu begegnen. Diese Fragen wurde auch auf dem Forum diskutiert, obwohl es viele Widerstände dagegen gab mit dem Hinweis, vorrangig sei der Kampf gegen die Mittelstreckenraketen, alles andere hätte Zeit. Die Revisionisten gingen noch ein Stück weiter und erklärten den Austritt aus der NATO für eine vollständige Unmöglichkeit, weil die USA dies niemals hinnehmen würden.

Das Forum zeigte insgesamt, daß es innerhalb der Bewegung eine rege Debatte um die wesentlichen Fragen im Kampf gegen die Kriegsgefahr gibt. Es gibt einige, die das Interesse an Unterdrückung dieser Debatte haben. Nötig ist es, diese Debatte zu fördern und die Mitarbeit innerhalb der Bewegung zu intensivieren. Viele fortschrittliche Menschen müssen sich dabei mit den Revisionisten herumschlagen. Das Forum hat gezeigt, daß man das gut kann und deren „Fachwissen" genau solche Grenzen hat wie ihre Apologetik.

Erklärung des 1. Friedensforums am 23. Mai 1981 in Kiel

Am 23. Mai 1981 hat das erste Friedensforum in Kiel stattgefunden. Über weltanschauliche und politische Unterschiede hinweg eint uns die Erkenntnis, daß es um des Friedens willen notwendig ist, die geplante Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Mitteleuropa zu verhindern. Diese neuen Waffen machen eine Erstschlagsstrategie möglich und damit einen Atomkrieg wahrscheinlicher. Sie beschwören eine ernste Gefahr für den Frieden herauf, insbesondere für die Länder, die als Atomrampen benutzt werden.

Uns eint auch direkte Betroffenheit und Angst, denn auch in Schleswig-Holstein werden Atomraketen gelagert. Damit werden auch wir zum Ziel eines Atomkrieges.

Die neue Raketengeneration leitet ein qualitativ verändertes Wettrüsten ein. Die Rüstungskosten werden unbezahlbar, und schon jetzt werden durch den wachsenden Hunger in den Ländern der Dritten Welt immer mehr Menschen bedroht. Forderungen nach Verzicht auf soziale Aufwendungen und internationale Hilfen zugunsten der Rüstung bekämpfen wir.

Unsere verantwortlichen Politiker haben uns in eine Sackgasse des Wettrüstens geführt. Deshalb müssen die Völker die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen. Nur eine breite und wachsende Friedensbewegung ist in der Lage, der selbstmörderischen Rüstungspolitik Einhalt zu gebieten. Sie muß die Bundesregierung zwingen, den Nachrüstungsbeschluß rückgängig zu machen. Die Teilnehmer des 1. Friedensforums in Kiel erklären ihren Willen, durch Unterschriftensammlungen und andere Aktionen gegen die Stationierung neuer Atomraketen dieses Ziel durchzusetzen.

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden. Eine Politik, die in dem Ausspruch des US-Außenministers Haig zum Ausdruck kommt, „es gibt Schlimmeres als den Krieg", ist ein Verbrechen.

Wir rufen alle Menschen in unserem Land auf, ihre Bemühungen für die Erhaltung des Friedens zu verstärken.

Wir rufen die Bevölkerung Schleswig-Holsteins auf:

Diskutiert die Frage des Friedens und der Abrüstung in den Betrieben, Schulen und Hochschulen, in den Parteien, in den Jugend- und Sportverbänden, in den Gewerkschaften, in Kirchen und Gemeinden!

Unterstützt die Unterschriftenkampagnen gegen die Stationierung neuer Atomraketen!

Unterstützt die vielfältigen Initiativen der Friedensbewegung!

1. Friedensforum am 23. Mai 1981 in Kiel

DER ATOMTOD BEDROHT UNS ALLE
KEINE ATOMRAKETEN IN EUROPA
ABRÜSTUNG IN OST UND WEST

BAFöG-Demonstration am 3.6. in Kiel

2400 bzw. 1250 m bei Reichweiten von 2000 bzw. 3700 km (SS 4/SS 5). Stationiert auf Selbstfahrlafetten ist die SS 20 schwer verwundbar und ihre hohe Treffergenauigkeit machen eine Qualität gegenüber den Vorgängertypen aus.

Die von den USA produzierten Pershing II Raketen und der Marschflugkörper Cruise Missile stellen eine ähnliche qualitative Verbesserung der „eurostrategischen" Waffensysteme dar. Beide haben nur eine Streuung von wenigen Metern (15 – 45 wird geschätzt) und sind so in der Lage, fast unverletzliche Punktziele wie Raketensilos, Kommandozentralen u.ä. genau zu treffen. Mit den Reichweiten von 1700 (Pershing II) und 2500 km (Cruise Missile) können sie von europäischem Boden direkt die SU angreifen, was bislang nur mit Interkontinental-Raketensystemen der Fall war. Sowohl die Pershin II als auch der Marschflugkörper Cruise Missile lassen sich als taktische Waffen in einem konventionell geführten Krieg einsetzen, was ihre Gefährlichkeit erhöht. Das SIPRI schreibt in seinem Jahrbuch 1980/81 zur Einschätzung dieser neuen Waffensysteme (die neuen sowjetischen Backfire Bomber und die US-amerikanischen F-111 werden als Trägersysteme eurostrategischer Atomwaffen miteinbezogen): „Die neuen eurostrategischen Waffen auf beiden Seiten der

von ausgehen, daß dort der „reale Sozialismus" herrsche, halten angesichts des Kriegsgeschreis der Reagan-Regierung und der Stationierung der Raketen in Europa tatsächlich die US-Imperialisten für aggressiver und gefährlicher. Denn auf der anderen Seite steht Breschnews Moratoriums-Vorschlag, stehen die Verhandlungsangebote, steht zuletzt der bislang inhaltlich unbekannte, aber immerhin als Vermittlung und wahrer Verständigungsvorschlag angesehene Brief an die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa. So ist z. B. ein Argument der Revisionisten, das aber wesentlich weiter verbreitet ist, die USA wolle UdSSR totrüsten. Gemeint ist damit, daß durch die ständige Erhöhung der militärischen Ausgaben der NATO und insbesondere der USA, durch die Entwicklung neuer und technologisch hochwertiger und somit teurer Waffensysteme die SU gezwungen sei, ihrerseits riesige Mengen des Bruttosozialprodukts für Aufrüstung und Neubewaffnung auszugeben, was zu Lasten des Lebensstandards des Volkes gehen müsse. Das ist eine Frage, die man unabhängig von der Einschätzung, ob die SU nun noch ein sozialistisches Land ist oder nicht, gar nicht richtig beantworten kann. Einerseits sind die tatsächlichen Militärausgaben der SU nicht bekannt, sondern nur über CIA-Quellen erhältlich, die so-

Auf dem Forum wurde der Versuch gemacht, zumindest die Frage der SU offener zu halten. Zu dem Abschlußdokument lag ein Antrag vor: statt „Unsere verantwortlichen Politiker haben uns in eine Sackgasse des Wettrüstens geführt" zu schrieben „die Politiker in West und Ost . . .". Dieser Antrag wurde von den Revisionisten gleich als Spaltung der Bewegung verschrien, weil er gegen den Krefelder Appell stünde. Bei letzterem haben sie recht. Unterstützt wurde der Antrag auf dem Abschlußplenum von ca. 20% der Anwesenden. Es kommt darauf an, diese Kräfte in der Bewegung zu unterstützen mit den Möglichkeiten, die die Revolutionäre haben, die o. g. Probleme aufzuklären und in die Vewegung hineinzutragen.

Eine zweite Schwäche, die deutlich zutage trat, war die Konzentration nur auf die nuklearen Mittelstreckenraketen. Viele haben das erkannt und einer drückte das so aus, ihm sei ziemlich egal, ob er nun eines atomaren oder konventionellen Todes sterbe, ihm käme es darauf an, gar nicht in einem Krieg der Supermächte unterzugehen.

Wenn man die atomaren, insbesondere die eurostrategischen (was auch gleichzeitig eurotaktische Waffensysteme sind) Waffenarsenale der beiden

hätten jetzt eine Waffe, die sie zu einem Erstschlag befähige, dem nicht notwendig der Zweitschlag auf das Gebiet der USA folgen müsse. An diesem Argument ist einiges richtig: mit den neuen Mittelstreckenraketen, die sich durch hohe Zielgenauigkeit und durch Unverletzlichkeit im Flug auszeichnen, ist es den USA möglich, vom Gebiet Europas entscheidende Waffenarsenale und Kommandostellen in der SU zu treffen. Außerdem eignet sich diese Rakete auch als taktische Waffe, um z. B. Truppenkonzentrationen und Aufmarschgebiete zu zerschlagen. Ein Zweitschlag der SU müßte sich jetzt nicht nur gegen die USA richte, sondern hauptsächlich erstmal auf diese Raketenbasen in Europa, weil es wenig nützt, mit Interkontinentalraketen die USA anzugreifen, wenn von Europa aus entscheidende Schläge gegen die SU geführt werden.

Ich halte das für Tatsachen, an denen man sich nicht vorbeimogeln sollte. Tatsache ist aber auch, daß weder nur mit den Mittelstreckenraketen der Krieg geführt wird als auch, daß nur durch die Verhinderung der Stationierung der Mittelstreckenraketen die Kriegsgefahr reduziert wird. Es kommt darauf an, will die Bewegung gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenra-

mächte Einhalt zu gebieten. Dazu ist notwendig, sich intensiv mit den Fragen zu beschäftigen, welche Auswirkungen der Austritt Westdeutschlands aus der NATO hätte, wie der Abzug aller fremden Truppen aus Europa zu erreichen ist und welche Möglichkeiten dann das Volk in Westdeutschland hat, einem Aggressor zu begegnen. Diese Fragen wurde auch auf dem Forum diskutiert, obwohl es viele Widerstände dagegen gab mit dem Hinweis, vorrangig sei der Kampf gegen die Mittelstreckenraketen, alles andere hätte Zeit. Die Revisionisten gingen noch ein Stück weiter und erklärten den Austritt aus der NATO für eine vollständige Unmöglichkeit, weil die USA dies niemals hinnehmen würden.

Das Forum zeigte insgesamt, daß es innerhalb der Bewegung eine rege Debatte um die wesentlichen Fragen im Kampf gegen die Kriegsgefahr gibt. Es gibt einige, die das Interesse an Unterdrückung dieser Debatte haben. Nötig ist es, diese Debatte zu fördern und die Mitarbeit innerhalb der Bewegung zu intensivieren. Viele fortschrittliche Menschen müssen sich dabei mit den Revisionisten herumschlagen. Das Forum hat gezeigt, daß man das gut kann und deren „Fachwissen" genau solche Grenzen hat wie ihre Apologetik.

„Der Ausblick" erscheint weiter

ulr. „Der Ausblick" Nr.4, „Unabhängige Zeitung entmündigter, aber nicht mundtoter Patienten", wie sie im Untertitel heißt, wird trotz Verbot des Sozialministeriums erscheinen. Dies wurde vom Chefredakteur der Zeitung auf einer Veranstaltung am 25.5. versichert. Aufgerufen zu dieser Veranstaltung hatte die Redaktion der Zeitschrift „Dr. med. Mabuse", anwesend waren der Arzt, der den „Ausblick" mit initiiert hatte, der Chefredakteur aus dem Landeskrankenhaus Schleswig (LKH), Ärzte und Patienten aus der Anstalt Rickling. In teilweise sehr lebhafter Debatte wurden die Fragen des Presserechts für entmündigte Patienten besprochen. Von Anfang an war das Presserecht eine der offiziellen Begründungen des Sozialministeriums, diese Zeitung zu verbieten, in der die Patienten ihre Lage im LKH Schleswig plastisch darstellen. Hinter den Kulissen wurde von Klinikleitung und Sozialministerium efrig daran gearbeitet, die Patienten mundtot zu machen. Der Arzt wurde erst versetzt und dann entlassen. Die Zeitung wurde von der Verwaltung eingesammelt und an die Ersteller zurückgeschickt. Von der „Deutschen Gesellschaft für soziale Psychatrie" kam der Vorschlag, eine überregionale Patientenzeitung zu erstellen. Dieser Vorschlag stieß auf keine allgemeine Gegenliebe. Die Patienten (des LKH Schleswig) wollten lieber ihre eigene Zeitung erstellen. Abschließend wurde von den Veranstaltungsteilnehmern (ca. 100) eine Resolution verabschiedet, die das Sozialministerium auffordert, das Erscheinen der Patientenzeitung mit dem Impressum entmündigter Patienten nicht zu behindern.

Presseerklärung

Der AStA der Universität Kiel wird im Sommer eine Delegation nach Polen senden. Er wird dort Gespräche mit Vertretern der SOLIDARNOSC und der neuen Studentengewerkschaft NZS führen. Im Wintersemester möchte er an der Universität eine polnische Woche veranstalten.

Der AStA hat ein Spendenkonto eingerichtet und will von den Spenden Lebensmittel, Schreibmaschinen und Druckmaterial mit nach Polen nehmen. Er bittet daher um Einzahlung auf folgendes Konto:

„AKTION POLENREISE" c/o Stephan Krukowska, Kto-Nr. 1582 10-203 PSA Hamburg

Veranstaltungskalender

Montag, 1. Juni

Zweites Treffen der Aktionseinheit gegen Flottenschau und das Auftreten von Reaktionären in der Kieler Woche
Kiel: 20.00 Uhr, im Fürsten (Hinterraum), Ecke Kronshagener Weg / Hasseldiecksdammer Weg

Dienstag, 2. Juni

Vorbereitungstreffen zur 3. Sozialistischen Konferenz
Kiel: 19.30 Uhr, im Fotoraum der Räucherei, Preetzerstr. 35

BAFöG-Demonstration am 3.6. in Kiel

Aktionseinheit von Asten, GEW und Landesschülervertretung ruft auf

gej. „BAFöG-Pläne der Bundesregierung – Zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel – So nicht!"; dies ist der Plakataufruf der Aktionseinheit gegen das geplante 7. BAFöG-Änderungsgesetz. Wir haben in dieser Zeitung (s. KVZ 17, S. 12) die Änderungen der Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten umfassend dargestellt. Sie sollen hier noch einmal kurz zusammengefaßt werden:

– Die Anpassung der Ausbildungsförderung an Inflation und Einkommensentwicklung soll nicht – wie gesetzlich vorgeschrieben – im Herbst 1981 vorgenommen, sondern auf April 1982 verschoben werden.
– Die Freibeträge für Kinder sollen in ihrer absoluten Höhe begrenzt werden.
– Der Elternfreibetrag soll bei Arbeit beider Elternteile nicht erhöht werden.
– Die Förderung nach einem ersten Hochschulabschluß soll nur noch eingeschränkt möglich sein.
– Ein Studium – erst nach Abitur und abgeschlossener Lehre aufgenommen – soll nur durch Darlehen gefördert werden.
– Bei Schülern des 2. Bildungsweges (d.h. nach Berufsausbildung, Realschule oder Gymnasium) sollen die Kindergeldbeträge von der Förderung abgezogen werden.

Wie das Deutsche Studentenwerk ermittelte, werden die meisten Schüler und Studenten weniger oder gar kein BAFöG erhalten, die Schulausbildung und der Hochschulzugang sollen eingeschränkt werden. Dies sind die Ziele des 7. BAFöG-Änderungsgesetzes.

Streit um Aktionen

Der Zentralrat der Vereinigten Deutschen Studentenschaften hatte nach Bekanntwerden der BAFöG-Pläne eine zentrale Demonstration in Bonn für den 3.6. beschlossen unter der Losung „BAFÖG statt PERSHING II". Die Landesastenkonferenz Schleswig-Holsteins war gegen eine Bonner Demonstration und hat einstimmig eine Kieler Demonstration, ebenfalls am 3.6., beschlossen. Um die gleichzeitige Ansetzung der Demonstrationen hat es in den letzten beiden Wochen erheblichen Krach gegeben, der in Flugblattsalven und Polemiken von Seiten des MSB Spartakus und des Juso-Sozialreferenten des Uni-Asta seinen Ausdruck fand. Wir haben dieses Verhalten auf den Fachvertreterkonferenzen kritisiert, weil ein deartiges Vorgehen dem Kampf gegen die BAFöG-Pläne der Regierung überhaupt nichts nützt. Richtig ist, wenn auf die BAFöG-Novelle durch eine zentral zusammengefaßte Aktion reagiert wird. Wenn diese unter der Losung „BAFöG statt PERSHING II" stattfindet, so nützt es nichts, wenn man über den vom MSB/SHB mehrheitlich besetzten VDS herummault und gegen die Parole „Rüstung runter – Bildung rauf" polemisiert. Fortschritte gegen die Kürzungen gerade auch im Bildungsbereich werden wir nur erzielen können durch inhaltliche Aufklärung über die Ursachen und Folgen der kapitalistischen Krise und die daraus folgende Regierungstätigkeit. Einfache Aufrechnungen der staatlichen Ausgaben für Bildung und Rüstung helfen jedenfalls nicht weiter. Breite örtliche Aktionseinheiten zwischen Schülern, Studenten und Gewerkschaften sind aber auch ein wichtiger Schritt, die Regierungspläne zu Fall zu bringen. Insofern stellt die Kieler Demonstration einen Fortschritt dar, auch wenn ein anderer Termin als der 3.6. günstiger gewesen wäre. Dies entspricht auch der Auffassung der meisten Fachvertretungen an der Universität.

Im Juni soll die BAFöG-Novelle vom Bundestag verabschiedet werden. Während der ersten Lesung vor zwei Wochen trat die CDU/CSU für eine stärkere Leistungskontrolle und für die Erhöhung und Verzinsung der Darlehenssätze ein. Als ob die jetzt schon bestehenden monatlichen Darlehensanteile bis zu 150 DM nicht schon hoch genug wären und die Verschuldung gegenüber dem Staat sich als Hemmschwelle für viele erweist, überhaupt BAFöG zu beantragen. Bundesbildungsminister ENGHOLM sprach von einem „bildungspolitisch schweren Schritt", der aber aus finanziellen Gründen notwendig sei. Drastische Kürzungen im „sozialen" Bereich zugunsten Milliardensubventionen für die Kapitalisten, dies ist das Rezept der Regierung, um aus der Krise herauszukommen. Der Uni-Asta hat sich schon jetzt für eine Diskussion ausgesprochen, um im Wintersemester größere Aktionen vorzubereiten. Sie werden – nicht nur im Bildungsbereich – notwendig sein, um die Pläne der Regierung zu Fall zu bringen.

Informationsbörse „Forschung und Entwicklung"

Handelskammer fordert ‚Rahmenbedingungen' für Innovationen/Bauchlandung des AStA beim Streiktag

thw. Getragen vom „Arbeitskreis Technologietransfer" – der 1980 auf Initiative des Wirtschaftssenators mit Vertretern der Kapitalistenverbände und von naturwissenschaftlichen Instituten der Universität gegründet wurde – haben 15 naturwissenschaftliche Institute der Universität, 8 Fachbereiche der Hochschule, die Technische Universität Harburg, die Bundeswehrhochschule und einige „Innovationsbetriebe", wie Ingenieurbüros, ihre Forschungen – und Forschungsergebnisse in den Messehallen ausgestellt. „Beiträge zur Transparenz von Forschungsaktivitäten" stellt die April /Mai-Ausgabe der Universitätszeitschrift „Uni-hh" als Aufgabenstellung dieser Ausstellung heraus. Ein nötiger Schritt. Aber guckt man sich die Informationspolitik für diese Ausstellung an, die Vorbereitung dafür in den Hochschulen, die Liste der Eröffnungsredner und ihre Inhalte, so stellt sich schnell die Frage: Transparens für wen? Eingeladen wurden zu dieser Börse insbesondere die Hamburger Kapitalisten, um ihre Förderung ging es auch, das ist eindeutig aus dem Einladungsprospekt und z.B. den Eröffnungsreden zu ersehen: „,... Warum brauchen wir diese Informationsbörse Forschung und Entwicklung, warum braucht gerade Hamburg den Technologietransfer von Wissenschaftlern und Forschern zur gewerblichen Wirtschaft? Hamburgs Wirtschaft wird, obwohl in dieser Region eine beträchtliche Zahl von Großunternehmen ansässig ist, in erster Linie getragen von kleinen und mittleren Unternehmen ... Gleichzeitig sind diese Mittel- und Kleinbetriebe aber aufgrund ihrer naturgemäß beschränkten finanziellen Möglichkeiten nicht in der Lage, in gleichem Maße wie die Großunternehmen Grundlagenforschung zu betreiben, neue Produkte oder Produktionsverfahren zu entwickeln und sie in die Praxis umzusetzen ...". So Wirtschaftssenator Steinert.

Und zu dem Zweck und den „Rahmenbedingungen" der Innovationen hat sich dann der neue Vorsitzende der Handelskammer, Schröder, zum Schluß seiner Rede geäußert: „,... Es kommt weiter darauf an, ein gutes Innovationsklima herzustellen ... besonders bei wachsenden Steuer- und Soziallasten wird zusätzlich das an Innovationswilligkeit und -fähigkeit zerstört, was der Forschungsminister mit seinen Fördermillionen versucht auszubauen ... Vor allem aber kommt es darauf an, die Wettbewerbskraft der innovativen Unternehmen aufrechtzuerhalten und zu steigern. Kann dies auf Dauer gelingen, wenn nach jüngsten Untersuchungen die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich nahezu die höchsten sind? ... Kann es gelingen, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, wenn trotz aller Gegenmaßnahmen die Bürokratisierung weiter voranschreitet und Pläne der Erweiterung oder des Neubaus von Industrieanlagen hier und an anderen Standorten in einer Flut von Vorschriften und Einsprüchen ertrinken?"

Studentische Kritik an der Ausstellung war notwendig, ...

Eine Ausstellung der Hochschulen, die ziemlich offen neuen profitablen Anlagen für das Kapital dient, in einer Situation, in der auf massive Forderungen der Kapitalisten hin die konsumtiven Staatsausgaben – und damit auch die Bildungsausgaben für die Massen, drastisch zusammengestrichen werden, ist eine starke Provokation. Wo die Studenten verbissen, aber ohne Erfolg um 200000 DM gekämpft haben, damit das Mensaessen nicht erhöht wird, macht Sinn bis zu 2 Mio. locker, um diese Informationsbörse zu finanzieren. Der ASTA der Universität Hamburg hatte deshalb für den Tag der Börseneröffnung einen Streiktag mit Aktionen auf der Ausstellung vorgeschlagen und diesen Vorschlag durch eine mit ca. 1500 schlecht besuchten Uni-VV am 14.05. bestätigen lassen. Dieser Streiktag ist eine glatte Bauchlandung geworden. Er fand praktisch nicht statt. Vielleicht ist das in Behördenkreisen vorher schon so eingeschätzt worden und dann gleich die Demonstrationsroute direkt zum Ausstellungsgelände verboten worden. Jedenfalls, nur gute 300 Studenten beteiligten sich an der Aktion. Höhnisch kommentiert dazu Peter Saalbach im Hamburger Abendblatt: „,... Offenkundig schlug er (der ASTA) eine politische Erfahrung in grotesker Weise in den Wind: Wenn zu einer spektakulären Aktion mobilisiert wird, muß der Grund des Protestes bedeutend sein, die Interessen der Betroffenen auch wirklich berührt werden und die Aktion vor allem sorgfältig vorbereitet sein (wenn die Wut schon nicht spontan ist). Tatsächlich lockte das Reizwort „arbeitnehmerfeindliche Informationsbörse" niemand hinter dem Ofen hervor: Ein jeder weiß, daß Uni-Forschung eng mit der Industrie verbunden ist. Mit diesem Faktum läßt sich – zugegeben – kritisch umgehen, doch kein Streik organisieren". Das Letztere kann in Frage gestellt werden. Aber warum hat die Kennzeichnung der Ausstellung als „arbeitnehmerfeindlich" kaum einen gereizt, wo doch einige tausend Studenten in Hamburg sich relativ bewußt für ein „Ausbildung im Arbeitnehmerinteresse" einsetzen, wo es nur eine verschwindende Minderheit gibt, die offen das Kapitalinteresse propagiert. Warum ist die Studentenschaft in eine Lage gekommen, daß bürgerliche Journalisten sie über ihre Kampfform belehren, daß sie sich von den Naturwissenschaftlern auf der Ausstellung isoliert haben, ihre Aktion zumindest als undifferenziert empfunden wurde?

Meiner Ansicht nach liegt es daran, daß die Argumentation des Juso-Stamokap/MSB-ASTAS gegen die Börse inhaltsleer, platt und falsch war.

...aber mit welchen Inhalten

Das einzige, was er dazu inhaltlich zu sagen hatte, stand in dem Aufrufflugblatt zur VV: „,... Provokation, Senat veranstaltet Leistungsshow der Uni für die Großindustrie! Statt das Studium inhaltlich sinnvoll auszubauen, statt dafür Kontakte zu Gewerkschaften, zu Bürgerinitiativen etc. aufzubauen, statt Studiengestaltung durch die betroffenen Studenten, sollen Großkonzerne wie Messerschmidt-Bölkow-Blohm sich an der Wissenschaft bedienen können", „Die „Info-Börse" ist der Anlaß für unseren Streik, weil hier deutlich wird; die Uni soll nicht für uns da sein, sondern für die Industrie ...". Natürlich haben die revisionistischen Ideologen nicht zufällig dabei MBB genannt. Denn MBB ist Rüstungskonzern und da hat man gleich die Verbindung zur Rüstungsforschung. Nachdem viele Studenten sich schon bei der Parole „BAFöG statt Pershing II" an den Kopf gefaßt hatten, war einem *dieses* endgültig über: Die Empörung über die steigenden Rüstungslasten, den Willen das zu bekämpfen, als Vehikel für die revisionistische Friedenspropaganda an jeder passenden und unpassenden Stelle zu nehmen. Diese Ausstellung war zunächst einmal umfassend. Daran hat auch die Ausstellung der Bundeswehrhochschule nichts geändert. Sie war gekommen, um sich salonfähig zu machen, sie blieb aber isoliert. Des weiteren ist die Richtung der Propaganda gegenüber der Rüstungsforschung problematisch. In einem Vorschlag für ein Manifest der Fachhochschulstudenten auf ihrem Kongreß vor 2 Wochen heißt es z.B.: „Wir wollen keine Ingenieure, die durch Beteiligung in der Rüstungsforschung den Frieden gefährden oder durch Rationalisierungsmaßnahmen die Wissenschaft gegen die arbeitenden Menschen einsetzen". Wenn es bedeuten soll, daß durch die Tätigkeit des Ing's der Frieden gefährdet wäre, dann ist das Unsinn, weil das wirklich eine Frage der Tätigkeiten und Absichten der Imperialisten ist, die diesem Ing. diktieren. Wenn es ein moralischer Anspruch gegenüber dem Ing. ist, nicht in die Rüstungsforschung zu gehen, ein Anspruch solche Fragen im sozialwissenschaftlichen Unterricht an den naturwissenschaftlichen Fachbereichen zu behandeln, dann finde ich das berechtigt. In der Forschung zur reinen Destruktion liegt schon ein qualitativer Unterschied zu anderer Forschung. Andererseits, wie steht es z.B. mit dem Ing. bei MBB oder bei Blohm und Voss oder bei der AEG ..., der mal zivile, mal andere Sachen konstruiert. Wie soll er sich verhalten? Sich individuell verweigern? Müßten das dann nicht auch die Arbeiter dort tun? So groß ist der Unterschied zwischen dem Ing. und dem qualifizierten Facharbeiter nicht. Das kann in einer bestimmten politischen Situation als Fanal geschehen. Aber es hat so keine Perspektive, es stößt an die Grenzen des kapitalistischen Besitzes an den Produktionsmitteln, die überwunden werden müssen.

Der Produktionsprozeß ist Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß. Die Forschung muß beide Seiten beinhalten

Die weitere Kritik des AStA's an der Ausstellung war, daß sie dem Kapital dient, *stattdessen* sie den Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, den Studenten dienen solle. Wie das geschehen soll, steht z.B. im Programmentwurf des MSB von 1973 unter der Überschrift „Demokratische Forschungspolitik": „... – *Aufnahme von Problemen der Arbeitswelt in die Forschungstätigkeit der Hoch- und Fachhochschulen, wie Berufsfeldforschung, Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz, – gemeinsame Projekte auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung ..., – Forschungstätigkeit für den Umweltschutz, die die gesamte Komplexität dieser Probleme erfaßt, einschließlich ihrer sozialökonomischen Seite*". Sowohl die Kritik, wie die Vorschläge sind beschränkt. Wie soll sich in diesen Vorschlägen der Naturwissenschaftler wiederfinden, der z.B. Werkstoffentwicklung betreibt, oder aktuell, der an den neuen Medien arbeitet oder an der Energiegewinnung durch Kernenergie? Sie drücken sich daran vorbei, daß unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen der Produktionsprozeß sowohl *Arbeitsprozeß* wie *Verwertungsprozeß* des Kapitals ist. Arbeitsprozeß, insofern eine bestimmte, konkrete nützliche Arbeit verrichtet wird, mit dem Ergebnis eines Gebrauchswertes, den das Produkt besitzt. Verwertungsprozeß, indem eine bestimmte Anzahl von Arbeitsstunden dabei aufgewendet werden, die das Maß für den Tauschwert der Ware sind, worin die unbezahlte Mehrarbeit des Arbeiters enthalten ist, die dann auf dem Markt mit der Realisierung des Tauschwerts als Profit realisiert wird. Den Kapitalisten interessiert nur der Verwertungsprozeß. All sein Handeln ist darauf ausgerichtet, die Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen. Darauf sind die Vorschläge der demokratischen Forschungspolitik ausgerichtet; die Forschung soll dazu dienen, den Kampf um bessere Arbeits- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse zu unterstützen. Das aber eben ist beschränkt, wenn auch unbedingt erforderlich, weil die Forschung innerhalb der Bedingungen des Ausbeutungsverhältnisses verbleibt, die revolutionären Elemente bei der Entwicklung der Produktion selbst verneint werden. Diese Elemente entwickeln sich in dem Arbeitsprozeß. Interessiert den Kapitalisten zwar nur die Verwertung des Kapitals, so muß er zu diesem Zweck doch beständig den Arbeitsprozeß, die Maschinerie umwälzen, erneuern, um in der Konkurrenz zu bestehen:

Mehr und mehr wird der Arbeitsprozeß zum gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, verschärft sich damit auch sein Gegensatz zu dem Anachronismus der privaten Aneignung des gesamten Arbeitsprodukts. Das Kapital ist gezwungen, selbst die Bedingungen, Verhältnisse zu schaffen, in denen seine historische Überlebtheit überdeutlich wird, die darauf drängen, die Ausbeutungsverhältnisse zu beseitigen, um die gesellschaftliche Produktion zum Nutzen der Produzenten zu entfalten. Diese Gesichtspunkte müssen meiner Ansicht nach die die Kritik an der Forschung bestimmen, dann kann der Naturwissenschaftler, Ing. auch positiv gewonnen werden. Als Beispiel dafür noch einmal das obige Zitat gegen den Einsatz der Ingenieure als Rationalisierer. Ich halte es für Unsinn, daß wir gegen Rationaliesierung sind. Wir sind gegen kapitalistische Rationalisierung, die die Ausbeutung erhöht und den Arbeiter kaputt macht. Aber wir sind unbedingt für die Rationalisierung, die Ökonomisierung des des Arbeitsprozesses, um die freie Zeit des Arbeiters zu erhöhen und diese Rationalisierung wird umfassender als die kapitalistische sein, weil sie die ganze unnütze Aufwendung von Arbeitskraft im Kapitalismus beseitigen wird.

Wir können im Kapitalismus die konkret nützliche Forschung für den Arbeitsprozeß nicht verneinen. Sie findet auch unabhängig von unserem Willen statt. Sie sollte auch nicht von der Hochschule verdrängt werden. Würde das gemacht, wäre die Hochschulforschung öde und leer. Mit Recht könnte dann Sinn darauf hinweisen, daß da doch gerade Praxisbezug bestehe. Die Forschung darf aber nicht bei den Verwertungsinteressen des Kapitals stehenbleiben, die Kritik am Kapitalismus muß mit ihr entwickelt werden.

Zum Schluß 2 Thesen dazu, wie dafür eine demokratische Forschung entwickelt werden kann.

Erste Bedingung dafür sollte sein die Autonomie von Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten über die Forschung; Beseitigung der staatlichen Gängelung und der Bestimmung durch Drittmittelforschung. Das sollte gegen die jetzigen Forschungsverhältnisse gestellt werden, nicht die Forderung nach der Bestimmung der Forschung durch die Gewerkschaften. Die Organisationen der Arbeiterklasse müssen die Forscher ideologisch für sich gewinnen.

Kleinbetriebe aber aufgrund ihrer naturgemäß beschränkten finanziellen Möglichkeiten nicht in der Lage, in gleichem Maße wie die Großunternehmen Grundlagenforschung zu betreiben, neue Produkte oder Produktionsverfahren zu entwickeln und sie in die Praxis umzusetzen ...". So Wirtschaftssenator Steinert.

Und zu dem Zweck und den „Rahmenbedingungen" der Innovationen hat sich dann der neue Vorsitzende der Handelskammer, Schröder, zum Schluß seiner Rede geäußert: „,... Es kommt weiter darauf an, ein gutes Innovationsklima herzustellen ... besonders bei wachsenden Steuer- und Soziallasten wird zusätzlich das an Innovationswilligkeit und -fähigkeit zerstört, was der Forschungsminister mit seinen Fördermillionen versucht auszubauen ... Vor allem aber kommt es darauf an, die Wettbewerbskraft der innovativen Unternehmen aufrechtzuerhalten und zu steigern. Kann dies auf Dauer gelingen, wenn nach jüngsten Untersuchungen die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich nahezu die höchsten sind? ... Kann es gelingen, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, wenn trotz aller Gegenmaßnahmen die Bürokratisierung weiter voranschreitet und Pläne der Erweiterung oder des Neubaus von Industrieanlagen hier

kommentiert dazu Peter Saalbach im Hamburger Abendblatt: „,... Offenkundig schlug er (der ASTA) eine politische Erfahrung in grotesker Weise in den Wind: Wenn zu einer spektakulären Aktion mobilisiert wird, muß der Grund des Protestes bedeutend sein, die Interessen der Betroffenen auch wirklich berührt werden und die Aktion vor allem sorgfältig vorbereitet sein (wenn die Wut schon nicht spontan ist). Tatsächlich lockte das Reizwort „arbeitnehmerfeindliche Informationsbörse" niemand hinter dem Ofen hervor: Ein jeder weiß, daß Uni-Forschung eng mit der Industrie verbunden ist. Mit diesem Faktum läßt sich – zugegeben – kritisch umgehen, doch kein Streik organisieren". Das Letztere kann in Frage gestellt werden. Aber warum hat die Kennzeichnung der Ausstellung als „arbeitnehmerfeindlich" kaum einen gereizt, wo doch einige tausend Studenten in Hamburg sich relativ bewußt für ein „Ausbildung im Arbeitnehmerinteresse" einsetzen, wo es nur eine verschwindende Minderheit gibt, die offen das Kapitalinteresse propagiert. Warum ist die Studentenschaft in eine Lage gekommen, daß bürgerliche Journalisten sie über ihre Kampfform belehren, daß sie sich von den Naturwissenschaftlern auf der Ausstellung isoliert haben, ihre Aktion zumindest als undifferenziert empfunden wurde?

nehmen. Diese Ausstellung war zunächst einmal umfassend. Daran hat auch die Ausstellung der Bundeswehrhochschule nichts geändert. Sie war gekommen, um sich salonfähig zu machen, sie blieb aber isoliert. Des weiteren ist die Richtung der Propaganda gegenüber der Rüstungsforschung problematisch. In einem Vorschlag für ein Manifest der Fachhochschulstudenten auf ihrem Kongreß vor 2 Wochen heißt es z.B.: „Wir wollen keine Ingenieure, die durch Beteiligung in der Rüstungsforschung den Frieden gefährden oder durch Rationalisierungsmaßnahmen die Wissenschaft gegen die arbeitenden Menschen einsetzen". Wenn es bedeuten soll, daß durch die Tätigkeit des Ing's der Frieden gefährdet wäre, dann ist das Unsinn, weil das wirklich eine Frage der Tätigkeiten und Absichten der Imperialisten ist, die diesem Ing. diktieren. Wenn es ein moralischer Anspruch gegenüber dem Ing. ist, nicht in die Rüstungsforschung zu gehen, ein Anspruch solche Fragen im sozialwissenschaftlichen Unterricht an den naturwissenschaftlichen Fachbereichen zu behandeln, dann finde ich das berechtigt. In der Forschung zur reinen Destruktion liegt schon ein qualitativer Unterschied zu anderer Forschung. Andererseits, wie steht es z.B. mit dem Ing. bei MBB oder bei Blohm und Voss oder bei der AEG ..., der mal zivile, mal andere Sachen konstruiert.

faßt, einschließlich ihrer sozialökonomischen Seite". Sowohl die Kritik, wie die Vorschläge sind beschränkt. Wie soll sich in diesen Vorschlägen der Naturwissenschaftler wiederfinden, der z.B. Werkstoffentwicklung betreibt, oder aktuell, der an den neuen Medien arbeitet oder an der Energiegewinnung durch Kernenergie? Sie drücken sich daran vorbei, daß unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen der Produktionsprozeß sowohl *Arbeitsprozeß* wie *Verwertungsprozeß* des Kapitals ist. Arbeitsprozeß, insofern eine bestimmte, konkrete nützliche Arbeit verrichtet wird, mit dem Ergebnis eines Gebrauchswertes, den das Produkt besitzt. Verwertungsprozeß, indem eine bestimmte Anzahl von Arbeitsstunden dabei aufgewendet werden, die das Maß für den Tauschwert der Ware sind, worin die unbezahlte Mehrarbeit des Arbeiters enthalten ist, die dann auf dem Markt mit der Realisierung des Tauschwerts als Profit realisiert wird. Den Kapitalisten interessiert nur der Verwertungsprozeß. All sein Handeln ist darauf ausgerichtet, die Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen. Darauf sind die Vorschläge der demokratischen Forschungspolitik ausgerichtet; die Forschung soll dazu dienen, den Kampf um bessere Arbeits- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse zu unterstützen. Das aber eben ist beschränkt, wenn auch unbedingt erforderlich, weil die Forschung inner-

zu erhöhen und diese Rationalisierung wird umfassender als die kapitalistische sein, weil sie die ganze unnütze Aufwendung von Arbeitskraft im Kapitalismus beseitigen wird.

Wir können im Kapitalismus die konkret nützliche Forschung für den Arbeitsprozeß nicht verneinen. Sie findet auch unabhängig von unserem Willen statt. Sie sollte auch nicht von der Hochschule verdrängt werden. Würde das gemacht, wäre die Hochschulforschung öde und leer. Mit Recht könnte dann Sinn darauf hinweisen, daß da doch gerade Praxisbezug bestehe. Die Forschung darf aber nicht bei den Verwertungsinteressen des Kapitals stehenbleiben, die Kritik am Kapitalismus muß mit ihr entwickelt werden.

Zum Schluß 2 Thesen dazu, wie dafür eine demokratische Forschung entwickelt werden kann.

Erste Bedingung dafür sollte sein die Autonomie von Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten über die Forschung; Beseitigung der staatlichen Gängelung und der Bestimmung durch Drittmittelforschung. Das sollte gegen die jetzigen Forschungsverhältnisse gestellt werden, nicht die Forderung nach der Bestimmung der Forschung durch die Gewerkschaften. Die Organisationen der Arbeiterklasse müssen die Forscher ideologisch für sich gewinnen.

Der Nutzen war nicht groß

Schulsenator Grolle am Studienseminar für Lehrerreferendare

wot. Es bleibt dabei, die Referendare werden sich genau überlegen müssen, auf welchen Punkt in der Auseinandersetzung mit der Behörde für Schule und Berufsbildung sie in nächster Zeit die Auseinandersetzungen zu konzentrieren haben. Einfach breit dem Schulsenator Grolle einen Forderungskatalog entgegenzustellen und auf Erfüllung zu beharren, wird die Auseinandersetzung nicht weiterbringen.

Die Veranstaltung des Studienseminars für Lehrerreferendare mit Schulsenator Grolle letzten Dienstag im Audi-Max hat unter dieser fehlenden Spezifizierung gelitten. Grolle, sicher nicht aufgetreten in der abgewichsten Manier, wie man es sonst mittlerweile schon von den Politikern gewöhnt ist, war deshalb nicht gezwungen dazu Stellung zu beziehen, was sich *jetzt* ändern soll und auf welchem schnellstmöglichen Wege, sondern konnte mehr unverbindlich zu den verschiedenen Forderungen seine Meinng darlegen. Bloß, dadurch ändert sich im Referendariat jetzt nichts. Insofern kein Erfolg für die Referendare auf dieser Veranstaltung. Einige Dinge müssen aber rasch angefaßt werden, daß ist auf dieser Veranstaltung deutlich geworden.

Z.B., die Bedingungen, unter denen die Sonderschulreferendare gegenwärtig ihr Examen abzulegen haben: Weil 60 Sonderschulreferendare in einem Hauptseminar zusammengefaßt sind, und der Hauptseminarleiter mit dem Besuch jedes einzelnen in der Schule überlastet ist, werden die Examenslehrproben von einem Hauptseminarleiter abgenommen, der nicht die Kollegen kennt und oftmals nicht einmal Ahnung vom Fach hat. In einem satirischen Sketch auf der Veranstaltung, sind diese unglaublichen Prüfungsbedingungen jedem vor Augen geführt worden, wenn z.B. „Boxsport-Hauptseminarleiter Schmeling" an der Lehrprobe eines Tanzlehrerreferendars die „mangelnde Beinarbeit" kritisiert, daß er „immer nur im Clinch" gewesen sei und kein einziger „rechter Haken zu sehen" gewesen wäre.

Ein weiterer konkreter Punkt ist die Hausarbeit, die von jedem Referendar angefertigt werden muß. Vier Wochen Zeit zur Niederschrift erhält man, um einen selbständig durchgeführten Unterrichtsversuch mit eigener fachdidaktischer Fragestellung auszuwerten. Der Versuch selbst muß im Rahmen der normalen Unterrichtszeit entwickelt und durchgeführt werden. Weiterlaufende Hospitationen und Lehrproben rahmen diese „wissenschaftliche Arbeit" weiterhin ein. Was dabei rauskommen kann und zu 90% auch rauskommt, sind oberflächliche Ergebnisse, geschönt mit fachspezifischer Terminologie, um noch einigermaßen gut dazustehen. Den meisten Kollegen ist dies voll bewußt und die Forderung nach Abschaffung dieser Hausarbeit ist Jahre alt.

Grolle zeigte sich angesichts dieser Forderung „persönlich enttäuscht" von den Referendaren, lerne man doch „,... bei keiner Sache so viel wie bei einer schriftlichen Auswertung". Er bezeichnete diese Haltung der Referendare gar als „Akt der Selbstschädigung". Ein Witz angesichts der Situation, unter der die Arbeit zu verfassen ist und der Benotung, die diese Arbeiten regelmäßig erhalten. Sie erhalten von allen Prüfungsteilen die mit Abstand schlechteste Beurteilung. In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, welche Einschätzung die Behörde für Schule und Berufsbildung selbst von der Benotungspraxis am Studienseminar hat: „Entsprechend unsicher sind angesichts eines so unabgeschlossenen Ausbildungsprozesses häufig die Grundlagen für eine Abschließende Beurteilung der Leistungen und der professionellen Fähigkeiten." Der „unabhängige Ausbildungsprozeß" ist übrigens das jetzt existierende 18monatige Referendariat. Die Behörde hat diese Zeilen in einem Antrag an die Deputation auf Verlängerung der Ausbildung auf 24 Monate verfaßt. Seit 10 Jahren existiert dieser „unabgeschlossene Ausbildungsprozeß" und seit 10 Jahren ist die Benotung „entsprechend unsicher". In 2 Jahren, zum 31.3.83, soll das Referendariat auf 24 Monate verlängert werden, solange auf alle Fälle, will die Behörde „entsprechend unsicher" weiter verfahren. Ob es dann „Sicherer" wird, ist eine andere Frage, aber wenn ich zu Beginn des Artikels von „fehlender Spezifizierung" in der Vorgehensweise auch gerade der Vertreter des Referendarvorstandes auf dem Podium geschrieben haben, so ist gerade dies gemeint gewesen, daß man sich nicht auf die Stellen konzentriert hat, und die ja bekannt waren, wo die Behörde offensichtliche Schwächen aufzuweisen hat.

Ein nächster Punkt hat sich auf dieser Veranstaltung „gerächt". Daß es keine Einigung unter den Referendaren und im Vorstand über die *Form* gibt, in der eine Referendarvertretung gesetzlich anerkannt werden soll. Es stehen sich 2 Positionen gegenüber: gesetzliche Anerkennung der Referendarvertretung in Form der „Verfaßten Referendarschaft" oder in Form eines „Ausbildungspersonalrats". Mit dem Argument, man wolle sich vor dem Grolle-Besuch keine „Blöße" geben, ist eine öffentliche Debatte über diese Frage in der „Referendar-Zeitung" von der Mehrheit des Vorstandes seit 2 Monaten abgelehnt worden. Befragt, ob er denn bereit sei, die Referendarvertretung gesetzlich anzuerkennen, antwortete „der Präses", im Grundsatz ja, es sei eine Frage der Satzung, ihm läge kein Antrag vor, und man solle nicht immer auf die Behörde warten, sondern selbst einmal die Initiative ergreifen. Über die Jahre gesehen, die diese Auseinandersetzung mit der Behörde andauert, hat er natürlich unrecht, konkret aber hat er recht.

„Reform der Lehrerausbildung", ein weiteres Thema dieser Veranstaltung. Viele Referendare kritisieren diese 2. Phase der Lehrerausbildung grundsätzlich und fordern eine einphasige Ausbildung, in der Schule und Uni, Theorie und Praxis sich gegenseitig ergänzen. Betrachtet man sich allerdings die „reale Entwicklung", muß man zu dem Schluß kommen, daß an eine Realisierung dieser Forderung in den nächsten Jahren nicht zu denken ist und daß wohl in dieser Republik noch einiges zu passieren hat, bis sich der einfache Gedanke durchsetzen kann, daß Lehrerausbildung in der Schule und im Seminar das gleiche Paar Schuhe sind und nicht eine erste und eine zweite Phase.

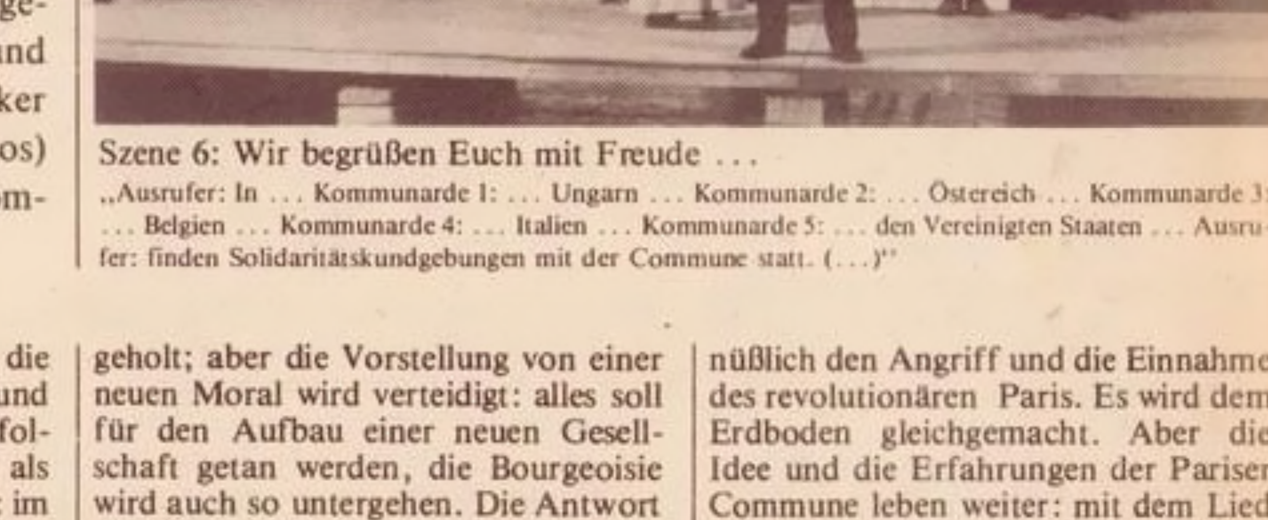
Grolle selbst hat es auf der Veranstaltung für nötig befunden, „seine Person" mit der Realisierung der „Hamburger Linie" zu verknüpfen, einer Linie, die erstmal nur eine gleichlange 8semestrige Ausbildungszeit für alle Lehrerstudenten vorsieht und die schulformbezogene Ausbildung etwas auflockert. Daß dies in Hamburg so beschlossen wird, erachtete er selbst keineswegs als selbstverständlich.

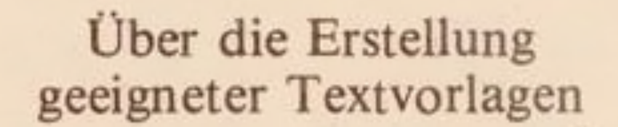
400 Referendare, knapp ein Drittel aller Hamburger Lehrerreferendare, waren zu dieser Veranstaltung gekommen. Die meisten blieben bis zu Schluß. Wenn jetzt am Studienseminar nicht das berühmte „Loch" auftreten soll, sollte die politische Debatte um die Schwerpunkte in der nächsten Zeit und ihren politischen Charakter schnell aufgenommen werden.

Szenen und Lieder zum 110. Jahrestag der Pariser Commune

Versuch, ein revolutionäres Laientheater aufzubauen

bab/nih. VRV/Köln. Am 28. April konnte die VRV Köln/Rhein-Sieg – nach sechs Monaten Arbeit an Erstellung und Einstudierung von Szenen, Liedern und Instrumentalstücken – das kulturelle Programm zur Pariser Commune zum ersten Mal (vor 130 Zuschauern) aufführen. Es folgte eine Aufführung in Aachen am 9. Mai – auf Einladung der dortigen VRV – vor 80 Zuschauern und am 22. Mai eine Aufführung in der am Abend vorher besetzten ‚Alten Mensa' der Universität Bochum, auf Einladung des dortigen AStA, vor ca. 250 Zuschauern. Geplant sind weitere Aufführungen am 20.6. in Frankfurt und am 22.6. in Bonn. Auf allen Veranstaltungen konnten wir feststellen, daß unser Versuch, mit revolutionärem Laientheater andere Wege zu gehen, als wir es in der Vergangenheit mit den Silvesteraufführungen gemacht haben, auf großes Interesse und solidarische Kritik stößt. Mitgearbeitet haben an diesem Programm insgesamt 26 Leute, davon 12 Musiker (Instrumentalbesetzung: Klavier, Posaune, Fagott, Saxophon, 2 Flöten, Akkordeon, Trommel und Bongos) und 11 Spieler. Wir versuchen im folgenden kurz vorzustellen, warum und wie uns das Thema ,,Pariser Commune'' interessiert hat und wie wir bei der Erstellung der Szenen vorgegangen sind.





Szene 6: Wir begrüßen Euch mit Freude ...
,,Ausrufer: In ... Kommunarde 1: ... Ungarn ... Kommunarde 2: ... Österreich ... Kommunarde 3: ... Belgien ... Kommunarde 4: ... Italien ... Kommunarde 5: ... den Vereinigten Staaten ... Ausrufer: finden Solidaritätskundgebungen mit der Commune statt. (...)''

Bei der Wahl des Themas ,,Pariser Commune'' für ein Kulturprogramm der VRV war die ,,runde'' Jahreszahl kein ausschlaggebender Grund. Die Geschichte, die Entstehung und Entwicklung der Commune selbst erschien uns für die konkrete Beantwortung der Frage nach dem Charakter der Diktatur des Proletariats und seiner bestimmten Form der Demokratie gerade in der gegenwärtigen Auseinandersetzung in der demokratischen und revolutionären Bewegung von großem Interesse.

Hinzu kam, daß die Ausgangssituation der Pariser Commune, die auch Ausgangssituation unseres Programms ist, ebenfalls mit einer Reihe von gegenwärtig aufgeworfenen Fragen verknüpft ist: nach dem Sieg der preußischen Truppen und der Fortsetzung des Krieges durch die Preußen, steht Frankreich vor der Aufgabe der nationalen Verteidigung. Es zeigt sich jedoch, daß die französische Bourgeoisie unter dem Druck der bewaffneten Arbeiter die Kollaboration mit den Preußen der konsequenten Verteidigung vorzieht. So sieht sich das Pariser Proletariat gezwungen, um die nationale Verteidigung tatsächlich zu organisieren, die politische Macht in die eigenen Hände zu nehmen.

Um die Darstellung dieser beiden Gesichtspunkte ging es uns bei der thematischen Schwerpunktsetzung und Auswahl der Szenen. Die ausführliche Darstellung der Fehler und Schwächen der Commune ist demgegenüber in den Hintergrund getreten.

Insgesamt ergaben sich 16 verschiedene Szenen oder Bilder, die Lieder eingeschlossen. Die ‚Mittelachse' des Programms bildet das 8. Bild mit dem Lied ,,Der Aufrührer'', das die sozialen Triebfedern für den Kampf um die Commune und ihr Programm zusammenfaßt. Der erste Teil, also die Szenen 1 bis 8, nimmt, nach einem kurzen historischen Einführungstext, seinen Ausgang in der Darstellung einer unter der preußischen Belagerung alltäglichen Pariser Straßenszene, in der es zu einer Konfrontation zwischen Nationalgardisten – bewaffneten Arbeitern – und Bourgeois kommt. Diese Widersprüche, die vor allem in der Frage der nationalen Verteidigung kulminieren, werden durch die folgenden Szenen immer weiter zum ,,tanzen'' gebracht, um dann in Szene 7 (,,Der 18. März: Paris befreit sich'') zu einer vorläufigen Auflösung zu kommen: das Pariser Proletariat übernimmt die politische Macht. Die inhaltliche Bestimmung der Arbeit der Commune wird durch die Verkündung der Dekrete, die die Commune zwischen dem 30.3. und 30.4. erlassen hat, deutlich. In der folgenden Szene wird die Commune als arbeitende Körperschaft vorgestellt: im Zuschauerraum debattieren die Abgeordneten der Commune über die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäcker; es gibt unterschiedliche Positionen zu der Umsetzung dieses Dekrets. In der Debatte einigt man sich auf ein gemeinsames Vorgehen.

Was im ersten Teil schon aufgedeckt wird, findet dann im 2. Teil eine Entsprechung: die Zusammenarbeit der Bourgeoisie ist international; das nationale Interesse tritt im Fall einer revolutionären Erhebung des Volkes in den Hintergrund. Thiers und Bismarck demonstrieren in der Szene: ,,Kuhhandel – Thiers und Bismarck in der Frankfurter Oper'', Einigkeit in allen Fragen. Thiers zögert nicht, die Armee, die die Commune zerschlagen soll, mit Bismarcks Hilfe aufzustellen. Angesichts der skrupellosen Politik der Bourgeois werden Fragen aufgeworfen, die zugleich die Fehler und Schwächen der Commune zur Sprache bringen: warum erklären wir Versailles nicht endlich offen den Krieg, warum haben wir das Geld nicht von der Bank geholt; aber die Vorstellung von einer neuen Moral wird verteidigt: alles soll für den Aufbau einer neuen Gesellschaft getan werden, die Bourgeoisie wird auch so untergehen. Die Antwort der Bourgeoisie ist eindeutig: in der folgenden Szene beschreibt Thiers genüßlich den Angriff und die Einnahme des revolutionären Paris. Es wird dem Erdboden gleichgemacht. Aber die Idee und die Erfahrungen der Pariser Commune leben weiter: mit dem Lied ,,Sie ist nicht tot'', 1885 von E. Pottier geschrieben, endet das Programm.

Über die Erstellung geeigneter Textvorlagen

Eine der größten Schwierigkeiten, vor der heute fortschrittliche oder revolutionäre Laientheatergruppen stehen, ist die, geeignete Textvorlagen zu finden, die mit bescheidenen finanziellen, technischen und spielerischen Möglichkeiten realisierbar sind. Brechts ,,Tage der Commune'' hielten wir aus diesem Grund – und nicht etwa wegen politischer Ungereimtheiten – für ungeeignet.

Wir haben versucht, uns in zweierlei Hinsicht an die Lösung dieses Problems heranzuarbeiten. Für den Gesamtaufbau des 1½ Stunden dauernden Programms, wie auch beim Aufbau einzelner Szenen, haben wir Prinzipien der Montage angewandt. Bei der Erarbeitung der einzelnen Szenen sind wir fast ausschließlich von historischen Dokumenten ausgegangen.

Der Aufbau des Programms folgt einer Reihe von Thesen zur Einschätzung der Pariser Commune und ihrer Aktualität, die wir aufgrund einer Diskussion des ,,Bürgerkrieg in Frankreich'' (Marx) zusammengestellt haben. Montage bedeutet in diesem Zusammenhang, daß die einzelnen Bilder – ebenso wie die eingeschobenen Lieder – jeweils geschlossene Einheiten sind, die aber durch die Art und Weise der Zusammenstellung eine Entwicklung aufzeigen sollen. Individuelle Charaktere, an Hand deren individueller Entwicklung die historischen Erfahrungen aufgezeigt werden, gibt es nicht. Auch Thiers und Bismarck – die namentlich auftreten – sind nicht



tion der Pariser Commune, die auch Ausgangssituation unseres Programms ist, ebenfalls mit einer Reihe von gegenwärtig aufgeworfenen Fragen verknüpft ist: nach dem Sieg der preußischen Truppen und der Fortsetzung des Krieges durch die Preußen, steht Frankreich vor der Aufgabe der nationalen Verteidigung. Es zeigt sich jedoch, daß die französische Bourgeoisie unter dem Druck der bewaffneten Arbeiter die Kollaboration mit den Preußen der konsequenten Verteidigung vorzieht. So sieht sich das Pariser Proletariat gezwungen, um die nationale Verteidigung tatsächlich zu organisieren, die politische Macht in die eigenen Hände zu nehmen.

nen 1 bis 8, nimmt, nach einem kurzen historischen Einführungstext, seinen Ausgang in der Darstellung einer unter der preußischen Belagerung alltäglichen Pariser Straßenszene, in der es zu einer Konfrontation zwischen Nationalgardisten – bewaffneten Arbeitern – und Bourgeois kommt. Diese Widersprüche, die vor allem in der Frage der nationalen Verteidigung kulminieren, werden durch die folgenden Szenen immer weiter zum ,,tanzen'' gebracht, um dann in Szene 7 (,,Der 18. März: Paris befreit sich'') zu einer vorläufigen Auflösung zu kommen: das Pariser Proletariat übernimmt die politische Macht. Die inhaltliche Bestimmung der Arbeit der Commune wird

sprechung: die Zusammenarbeit der Bourgeoisie ist international; das nationale Interesse tritt im Fall einer revolutionären Erhebung des Volkes in den Hintergrund. Thiers und Bismarck demonstrieren in der Szene: ,,Kuhhandel – Thiers und Bismarck in der Frankfurter Oper'', Einigkeit in allen Fragen. Thiers zögert nicht, die Armee, die die Commune zerschlagen soll, mit Bismarcks Hilfe aufzustellen. Angesichts der skrupellosen Politik der Bourgeois werden Fragen aufgeworfen, die zugleich die Fehler und Schwächen der Commune zur Sprache bringen: warum erklären wir Versailles nicht endlich offen den Krieg, warum haben wir das Geld nicht von der Bank

ist die, geeignete Textvorlagen zu finden, die mit bescheidenen finanziellen, technischen und spielerischen Möglichkeiten realisierbar sind. Brechts ,,Tage der Commune'' hielten wir aus diesem Grund – und nicht etwa wegen politischer Ungereimtheiten – für ungeeignet.

Wir haben versucht, uns in zweierlei Hinsicht an die Lösung dieses Problems heranzuarbeiten. Für den Gesamtaufbau des 1½ Stunden dauernden Programms, wie auch beim Aufbau einzelner Szenen, haben wir Prinzipien der Montage angewandt. Bei der Erarbeitung der einzelnen Szenen sind wir fast ausschließlich von historischen Dokumenten ausgegangen.

Der Aufbau des Programms folgt einer Reihe von Thesen zur Einschätzung der Pariser Commune und ihrer Aktualität, die wir aufgrund einer Diskussion des ,,Bürgerkrieg in Frankreich'' (Marx) zusammengestellt haben. Montage bedeutet in diesem Zusammenhang, daß die einzelnen Bilder – ebenso wie die eingeschobenen Lieder – jeweils geschlossene Einheiten sind, die aber durch die Art und Weise der Zusammenstellung eine Entwicklung aufzeigen sollen. Individuelle Charaktere, an Hand deren individueller Entwicklung die historischen Erfahrungen aufgezeigt werden, gibt es nicht. Auch Thiers und Bismarck – die namentlich auftreten – sind nicht

als Individuen, sondern als Vertreter der, historisch bestimmten, Position der jeweiligen Bourgeoisie gezeichnet. ,,Den'' Kommunarden, der als positiver Held die Geschichte der Commune verkörpert, gibt es nicht. Die 6 Spieler der Communarden sollen gemeinsam stellvertretend für das Pariser Volk stehen. Unserer Auffassung nach hat diese Methode mehrere Vorteile, insbesondere in einer Situation, wo wir auf diesem Gebiet erste Erfahrungen machen. Es ist einfacher, auf diese Art und Weise eine Textvorlage auf gutem Niveau zu erstellen; ohne Spielerfahrung ist es schwierig, über einen ganzen Abend eine individuell differenzierte Figur darzustellen. Darüberhinaus erscheint uns die Montage eine sinnvolle Form, um historische Erfahrungen in ihrer Widersprüchlichkeit, eine bestimmte Entwicklung in ihrer Prozeßhaftigkeit zu zeigen. Gerade bezüglich der Darstellung der Widersprüche im Volk entgeht man so eher der Gefahr, Widersprüche zu personalisieren und damit zu vereinfachen.

Von großem Vorteil bei der Erarbeitung der einzelnen Szenen war, daß wir uns auf zahlreiche, sehr unterschiedliche historische Dokumente stützen konnten, die wir z.T. aus dem Französischen übersetzt haben. Zwei Szenen haben wir dem Brecht-Stück entnommen. In der Szene ,,Der 18. März – Paris befreit sich'' sind wir von Erlebnisberichten beteiligter Communarden ausgegangen. Die Szene ,,Die Commune als arbeitende Körperschaft'', in der das Verbot der Nachtarbeit diskutiert wird, folgt dem entsprechenden Verhandlungsprotokoll der Commune. Thiers Beschreibung des Angriffs auf das revolutionäre Paris ist eine überarbeitete Stelle aus seinen Memoiren.

Die szenische Grundidee für jedes einzelne Bild hat sich am Charakter der

diesem Gebiet erste Erfahrungen machen. Es ist einfacher, auf diese Art und Weise eine Textvorlage auf gutem Niveau zu erstellen; ohne Spielerfahrung ist es schwierig, über einen ganzen Abend eine individuell differenzierte Figur darzustellen. Darüberhinaus erscheint uns die Montage eine sinnvolle Form, um historische Erfahrungen in ihrer Widersprüchlichkeit, eine bestimmte Entwicklung in ihrer Prozeßhaftigkeit zu zeigen. Gerade bezüglich der Darstellung der Widersprüche im Volk entgeht man so eher der Gefahr, Widersprüche zu personalisieren und damit zu vereinfachen.

Von großem Vorteil bei der Erarbeitung der einzelnen Szenen war, daß wir uns auf zahlreiche, sehr unterschiedliche historische Dokumente stützen konnten, die wir z.T. aus dem Französischen übersetzt haben. Zwei Szenen haben wir dem Brecht-Stück entnommen. In der Szene ,,Der 18. März – Paris befreit sich'' sind wir von Erlebnisberichten beteiligter Communarden ausgegangen. Die Szene ,,Die Commune als arbeitende Körperschaft'', in der das Verbot der Nachtarbeit diskutiert wird, folgt dem entsprechenden Verhandlungsprotokoll der Commune. Thiers Beschreibung des Angriffs auf das revolutionäre Paris ist eine überarbeitete Stelle aus seinen Memoiren.

Die szenische Grundidee für jedes einzelne Bild hat sich am Charakter der

Texte orientiert. Die Texte selbst sind aber geändert, spielbarer gemacht worden im Laufe der Proben. Wobei wir versucht haben, ihren historischen Charakter von der Sprache her zu erhalten.

Ob uns das gelungen ist, muß diskutiert werden. Es sollte ein Anfang sein.



Szene 2: Wer meint es ernst mit der nationalen Verteidigung?
,,1. Pariserin: Die Regierung will uns nicht unterstützen; unentschlossen, träg und feig, wie sie ist, geht sie lieber beim Feind um Gnade betteln, als daß sie hier den Kampf organisiert ...'' (...) 2. Pariserin: Unser Wachsamkeitskomitee nutzt jede Gelegenheit, Beschlagnahmen zu verfügen, um Brot und Obdach für alle zu besorgen. Und wir beschaffen Waffen.''



Szene 7: Kuhhandel – Thiers und Bismarck in der Frankfurter Oper
,,Bismarck: ... Aber jetzt haben sie bald 200 000 Mann freigekriegt von uns. – Haben sie überhaupt die Zechinen, sie zu zahlen? Thiers: Ich kann es Ihnen jetzt sagen, das war unsere größte Sorge, aber das ist jetzt geschafft; Bank von Frankreich. Wir konnten bis dato 257 Millionen ziehen.''

Fernsehvorschau:

,,Die kleinen Privilegien''

Die ,,tip'' schreibt über diesen mexikanischen Spielfilm von 1977, der als Erstaufführung gezeigt wird: ,,Julian Pastors Film gehört schon aufgrund seines Themas zu den bemerkenswerten Arbeiten seines Landes''. Imelda, ein junges Indiomädchen, ist schwanger. Weil sie weder einen Vater für ihr Kind hat, noch in ihrem Heimatdorf das Baby großziehen kann, sucht Imelda eine Stelle als Dienstmädchen in der Stadt. Bei einem jungen, vom Luxus verwöhnten Ehepaar, das ebenfalls ein Kind erwartet, kommt sie unter. Dort wird ihr erst klar, wie aussichtslos ihre Lage ist. Nun will sie das Kind nicht austragen.
Dienstag, 2.6., 22.05 Uhr im ZDF

,,Lieber Georg''

Ist ein Drama von Thomas Brasch (,,Engel aus Eisen'') über den expressionistischen Dichter Georg Heym, der in seinen Reimen die Gesellschaft anklagte und 1912 im Alter von 24 Jahren ertrank. Die ,,Hör zu'' schreibt: ,,Eine Weltschmerz-Farce''.
Mittwoch, 3.6., 22.55 Uhr im ZDF

,,Kudenow oder an fremden Wassern weinen''

Als Pfingstzweiteiler hat dieser Fernsehfilm den gleichnamigen Roman von Arno Surminski als Vorbild. Ein Stück Nachkriegsgeschichte um Flüchtlinge aus dem Osten und deren Schwierigkeiten, heimisch zu werden.
Sonntag, 7.6., 20.15 Uhr und Montag, 8.6., 21.05 Uhr im ZDF

,,Gefährlichkeit und Glück der Ameisen''

Dies soll ein Filmbericht über ,,Das japanische Produktionswunder'' sein, in dem ein Autofirmenchef das Prinzip ,,lebenslange Firmenzugehörigkeit'' erläutert und ein Gewerkschafter erklärt, warum seine Organisation die Kapitalbildung der Firmen befürwortet.
Donnerstag, 11.6., 20.15 Uhr im ARD

,,Xoxontla, brennendes Land''

Mexikanische Situationsbeschreibung der armen Landbewohner und die Herrschaft eines Großgrundbesitzers in der Form eines Spielfilms.
Freitag, 12.6., 23.05 im ZDF